

INHALT DES JULIHEFTES / 1932

AUFSÄTZE:

<i>Carl Hanns Pollog: Internationalisierung der Handelsluftfahrt?</i>	385
<i>Gerhard Schacher: Die nationalwirtschaftliche Emanzipation des Orients</i>	393
<i>Karl Mühlmann: Balkan und Vorderer Orient in geopolitischer Bedeutung .</i>	398
<i>von Engelmann: Zur Ostpolitik Kemal Paschas</i>	401
<i>Ismail Hakki Bey Tewfik: Die Bahrein-Inseln</i>	408
<i>Paul Fr. Lüdorf: Zur Geopolitik Nordarabiens.....</i>	417

BERICHTE:

<i>Hans Kohn: Neue Entwicklungen im vorderen Orient</i>	421
<i>Albrecht Haushofer: Berichterstattung aus der atlantischen Welt</i>	428
<i>Karl Haushofer: Bericht über den indopazifischen Raum.....</i>	434
SPÄNE	441
GRUNDFRAGEN:	
<i>Hans Offe: Der Staaten-Spiegel.....</i>	443
LITERATURBERICHT:	
<i>Hans Hummel: Büchertafel</i>	447

CARL HANNS POLLOG:

Internationalisierung der Handelsluftfahrt?

Bekanntlich hat André Tardieu, als er Ministerpräsident Frankreichs war, im Namen der französischen Regierung der Genfer Abrüstungskonferenz einen Plan für die Beschränkung des Luftkriegs vorgelegt, der als einen wichtigen Punkt die Internationalisierung der Handelsluftfahrt vorsieht:

1. Es ist der Zivilluftfahrt jedes Landes verboten, Luftfahrzeuge zu bauen und in Dienst zu stellen, deren Tonnage bzw. Volumen die zahlenmäßig noch festzulegenden Höchstwerte x für Landflugzeuge, x' für Wasserflugzeuge und Flugboote und x'' für Lenkluftschiffe überschreitet.

2. Es ist unter den Auspizien und der Kontrolle des Völkerbundes eine internationale Handelsluftfahrt zu schaffen, die allein berechtigt ist, unter Wahrung gerechter Berücksichtigung der Luftfahrtindustrien der einzelnen Länder Luftfahrzeuge zu bauen und in Dienst zu stellen, deren Tonnage bzw. Volumen die unter Ziffer 1 angegebenen Höchstwerte überschreitet.

3. Der Völkerbund erhält das ausschließliche, dauernde und nicht abtretbare Recht, sämtliche Luftfahrzeuge der internationalen Handelsluftfahrt zu requirieren, sowie besondere Garantien, die ihm die tatsächliche Ausübung dieses Rechtes sichern.

4. Es ist der Militärluftfahrt jedes Landes verboten, Luftfahrzeuge zu bauen und in Dienst zu stellen, deren Tonnage bzw. Volumen die zahlenmäßig noch festzulegenden Höchstwerte y für Landflugzeuge, y' für Wasserflugzeuge und Flugboote und y'' für Lenkluftschiffe überschreitet.

5. Es ist der Militärluftfahrt jedes Landes erlaubt, Luftfahrzeuge zu bauen und in Dienst zu stellen, deren Tonnage bzw. Volumen unter den noch festzulegenden Höchstwerten z für Land-, z' für Wasserflugzeuge und Flugboote und z'' für Lenkluftschiffe bleibt, wobei die z -Werte kleiner sind als die y -Werte der Ziffer 4.

6. Luftfahrzeuge zu bauen und in Dienst zu stellen, deren Tonnage bzw. Volumen zwischen den Werten z und y für Landflugzeuge, z' und y' für Wasserflugzeuge und Flugboote und z'' und y'' für Lenkluftschiffe liegt, ist nur der Militärluftfahrt derjenigen Länder erlaubt, die sich verpflichten, im Falle einer Völkerbundsaktion gegen einen Staat gemäß der Völkerbundssatzung diese Luftfahrzeuge dem Völkerbund zur Verfügung zu stellen.

7. Für den Fall eines in Verletzung der Völkerbundssatzung oder der sonstigen internationalen Abmachungen ausgeführten Luftangriffs behält der angegriffene Staat das Recht, gegen den Angreifer seine gesamte Militärluftfahrt, einschließlich der Luftfahrzeuge, die er nach Ziffer 6 zur Verfügung des Völkerbundes zu halten hätte, einzusetzen.

8. Es ist ein Schema aufzustellen, nach dem die Militärluftfahrt der vertragsschließenden Staaten über ihre Verpflichtungen aus Ziffer 6 hinaus an der Bildung einer internationalen Luftstreitmacht des Völkerbundes teilzunehmen hat.

9. Die Verwendung von Brandbomben oder von Bomben, die Giftgase oder Krankheitskeime enthalten, ist der Militärluftfahrt jedes Landes unter allen Umständen verboten.

Man sieht also, daß in einigen dieser neun Leitsätze die bekannten „Neun Regeln oder Begriffsbestimmungen zur Unterscheidung ziviler und militärischer Luftfahrzeuge“, die jahrelang die deutsche Luftfahrt in ihrer Bewegungsfreiheit behindert haben, wenn auch nicht dem Buchstaben, so doch dem Sinne nach ihre Auferstehung feiern¹⁾. Es wäre aber falsch, etwa aus diesem oder irgendeinem anderen Grunde die französischen Vorschläge im Geiste des Wortes „Was kann aus Nazareth Gutes kommen?“ von vornherein abzulehnen. Sie verdienen vielmehr ernsthafteste Erwägung *sine ira et studio*, eine Erwägung, die sich vor allem mit folgenden Gesichtspunkten zu beschäftigen hat:

a) Militärischer Gesichtspunkt: Lassen sich zahlenmäßige Grenzen zwischen Militär- und Zivilluftfahrzeugen ziehen, läßt sich mit einer solchen Grenzziehung die Internationalisierung eines Teiles der nationalen Luftfahrt rechtfertigen, und welchen Einfluß hätten diese Maßnahmen auf die gegenwärtig bestehende Militärluftfahrt?

b) Wirtschaftlicher Gesichtspunkt: Ist die Internationalisierung der Handelsluftfahrt erwünscht, und welchen Einfluß hätte diese Maßnahme auf die gegenwärtig bestehende Zivilluftfahrt?

c) Moralischer Gesichtspunkt: Ist der Völkerbund die geeignete Organisation, um einen Teil der bisher nationalen Luftfahrt militärischen und zivilen Charakters in eigene Regie zu übernehmen?

*

¹⁾ Die Übereinstimmung der beiden Ziffern ist nur Zufall, denn die „Neun Regeln“ waren in Wirklichkeit zehn, und die obigen Leitsätze sind aus verschiedenen Kapiteln des französischen Vorschlags ausgezogen, in dem man schließlich noch mehr Leitsätze finden könnte.

Es wurde zum ersten Male im Jahre 1922 versucht, eine zahlenmäßige Grenze zwischen Zivil- und Militärluftfahrzeugen zu ziehen, als Deutschland von der Internationalen Luftfahrt-Überwachungskommission die bereits erwähnten „Begriffsbestimmungen“ mitgeteilt wurden¹⁾. Sie sollten eine Art von Ausführungsbestimmungen zu den Artikeln 198—202 des Versailler Vertrags sein, durch die dem Deutschen Reich das Halten von Luftstreitkräften untersagt wurde. Sie wirkten sich aber als schwere Knebelung der deutschen Zivilluftfahrt aus, weil die in ihnen vorgesehenen Höchstwerte für Geschwindigkeit, Zuladung usw. verschiedentlich sogar unter den Mindestwerten für die erreichbaren Leistungen der Handelsluftfahrzeuge lagen, wie sie in anderen Staaten gefordert wurden. Der Grundgedanke bei der gesamten Regelung war natürlich der, daß Zivilflugzeuge unter gewissen Voraussetzungen militärisch verwendbar sind, Voraussetzungen, die eben durch die „Begriffsbestimmungen“ für unsere Luftfahrt ausgeschaltet werden sollten.

Seitdem führen in dieser Frage die beteiligten Stellen aller Staaten einen Eiertanz auf. Deutschland, das begreiflicherweise von den Beschränkungen frei werden wollte, erklärte, Militär- und Zivilluftfahrzeuge unterschieden sich derart voneinander, daß an eine Verwendung von Zivilmaschinen für militärische Zwecke, auch nach einem Umbau, nicht zu denken sei. Die ehemaligen Feinde Deutschlands dagegen vertraten den Standpunkt, daß eine solche Verwendung, zum mindesten nach verhältnismäßig belanglosen und sehr rasch ausführbaren Abänderungen, ohne weiteres möglich sei. Sie mußten ja diesen Standpunkt einnehmen, denn andernfalls hätten die „Begriffsbestimmungen“ auch nicht den Schatten einer Berechtigung gehabt. Sie mußten sich aber andererseits hüten, diese Anschauung zu oft und zu laut zu verkündigen, denn sonst hätte man ihnen bei dem Verlangen nach Abrüstung ihre eigene Handelsluftfahrt als „*potentiel de guerre*“ anrechnen können.

Welche von beiden Behauptungen ist nun die richtige? Wie so oft in ähnlichen Streitfällen, beide und keine. Alles, was der Mensch herstellt, selbst der friedlichste Gegenstand, kann u. U. als Waffe dienen. Warum sollte es bei Luftfahrzeugen anders sein? Es gibt viele Beziehungen zwischen dem leichten, schnellen Post- und dem Aufklärungsflugzeug, zwischen der schweren, mehrmotorigen Passagier- oder Frachtmaschine und dem Bombenschlepper, und der Kamera im Photoflugzeug ist es gleichgültig, ob sie das Gelände für ein projektiertes Wasserkraftwerk oder eine Schützengrabenstellung photographiert. Ich könnte eine lange Liste von Flugzeugtypen aus allen Ländern der Erde, wo nur Flugzeuge gebaut werden, geben, die sowohl in der Handels- wie in der Militärluftfahrt des eigenen oder eines anderen Landes verwendet werden. Mit entsprechenden Abänderungen, wohlgemerkt, denn im Zivilflugzeug findet sich weder ein Maschinengewehrring noch eine Visiervorrichtung für den Bombenabwurf, auch ist die Einrichtung, zuweilen auch die An-

¹⁾ Text der „Begriffsbestimmungen“ s. C. H. Pollog, „Der Weltluftverkehr“ (B. G. Teubner, Leipzig 1929), S. 9.

ordnung der Kabinen, Laderäume usw. verschieden. Aber würden die Konstrukteure die gleiche Typenbezeichnung für Zivil- und Militärmaschine beibehalten, wenn die Abweichungen schwerwiegend wären¹⁾? Es versteht sich auch von selbst, daß ein gewöhnliches Zivilflugzeug nicht fünf Minuten nach Kriegsausbruch für militärische Zwecke verwendbar ist (mit Ausnahme vielleicht der Photomaschine und eines weiteren, gleich zu besprechenden Typs), die Abänderung nähme immerhin eine gewisse Zeit in Anspruch und wäre unmöglich, wenn man die notwendige Ausrüstung und Bewaffnung zum Einbau gar nicht zur Verfügung hat.

Die zweite eben erwähnte Ausnahme ist das Transportflugzeug. Über die Rolle dieses Maschinentyps in der Militärluftfahrt findet man in der Fachliteratur aller Länder recht wenig. Und doch kann der rasche Transport und der dadurch ermöglichte überraschende Einsatz von Menschen und Material an geeigneter Stelle eine Kampfhandlung entscheidend beeinflussen. In den Manövern in Ostfrankreich im Jahre 1931 setzte das von der Regierung requirierte größte Verkehrsflugzeug des Landes²⁾ hinter den Linien der Gegenpartei ein Sprengkommando aus und brachte es nach Erledigung seines Auftrags unbehindert an den Startort zurück. In den amerikanischen Manövern des gleichen Jahres wurde eine Feldbatterie in Transportflugzeuge verladen und war zwei Stunden, nachdem sie den letzten Schuß abgefeuert hatte, an einem fast 300 km entfernten Ort von neuem in Feuerbereitschaft. Die Aufstände auf Zypern im vergangenen Jahre wurden von der englischen Regierung mit Truppen unterdrückt, die aus Ägypten und dem Irak in Flugzeugen herübergeschafft wurden, wie sie zeitweise auf der Linie London—Brüssel—Köln den regelmäßigen Verkehr besorgten. Es kann also keine Rede sein von einer scharfen Grenze zwischen friedlicher und kriegerischer Verwendung der Flugzeuge.

Bei den Luftschiffen ist die Sachlage einfach. Beim heutigen Stand der Technik ist das Lenkluftschiff keine Kriegswaffe mehr. Es hat — im Gegensatz zum Flugzeug — seine Geschwindigkeit, Steigfähigkeit und Wendigkeit seit den Tagen des Weltkriegs nicht wesentlich erhöhen können und ist viel abhängiger vom Wetter als das Flugzeug. Heute haben allein noch die Vereinigten Staaten große Lenkluftschiffe im Heeresdienst, und die Schiffe werden behandelt wie rohe Eier. Das große Lenkluftschiff wäre im Ernstfalle eine ideale Zielscheibe für Jagdflugzeuge und Flakfeuer. Die Notwendigkeit von „Begriffsbestimmungen“ für Lenkluftschiffe fällt also von vornherein weg.

Da Frankreich nicht soweit gehen wollte wie Deutschland (das bekanntlich in Genf vorgeschlagen hatte, die militärische Verwendung von Luftfahrzeugen über-

¹⁾ Die Militärbehörden haben übrigens oft andere Typenbezeichnungen wie die Zivilluftfahrt. Der Uneingeweihte wird unter der Typenbezeichnung N. 2. C—2 der amerikanischen Marine nicht das von der Fabrik bei ziviler Verwendung Curtiss Fledgling genannte Flugzeug erkennen.

²⁾ Aus dem übrigens ein soeben fertiggestelltes schweres Bombenflugzeug entwickelt worden ist.

haupt und allgemein zu verbieten, so wie sie ihm selbst verboten worden ist), kam es auf den Gedanken, den Einzelstaaten wenigstens die gefährlichste Art der Luftwaffe, die schweren Bombenflugzeuge, aus der Hand zu winden. Denn gegen diesen Maschinentyp allein richtet sich der französische Vorschlag. Schwere Bombenschlepper mit großem Aktionsradius würden nach der Meinung wohl aller Sachverständigen die furchtbarste Offensivwaffe in einem kommenden Krieg sein. Sie sowie alle Zivilmaschinen, die sich etwa für den gleichen Zweck verwendbar machen ließen, sollen daher internationalisiert werden. Aus dem dritten der oben angeführten Leitsätze geht aber hervor, daß der Völkerbund das Recht haben sollte, auch diese Waffe anzuwenden: er hätte damit ein Übergewicht über die Militärluftfahrt jedes einzelnen Staates und wahrscheinlich auch jeder denkbaren Kombination von Staaten. Damit wäre eine Weltdiktatur der Genfer Organisation aufgerichtet.

Es käme übrigens noch sehr viel auf die zahlenmäßige Festsetzung der x-, y- und z-Werte des französischen Projektes an. Werden sie recht hoch festgelegt, so hätten schließlich auch die bereits am stärksten gerüsteten Staaten die Möglichkeit noch weiterer Aufrüstung! Nimmt man sie dagegen sehr tief an, so bliebe möglicherweise von der Militärluftfahrt nur eine Art offizieller Flugsport übrig. Damit wäre aber auch — immer nach den Bestimmungen des französischen Vorschlags — das Ende jeder nationalen Verkehrsluftfahrt gekommen.

*

Das Rad der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung läßt sich nicht zurückdrehen. Jeder Staat, der Luftfahrt treibt, wird und muß sich gegen eine von außen diktierte Einschränkung auf diesem Gebiete mit allen Mitteln wehren. So ist sogar unter den namhaften französischen Luftfahrtfachmännern, die nicht im Staatsdienst stehen, soweit mir bekanntgeworden ist, nur ein einziger eifriger Befürworter der französischen Vorschläge von Genf!

An anderer Stelle¹⁾ habe ich die expansive Autarkie als Ziel jeder nationalen Luftfahrt bezeichnet: Luftverkehr durch inländische Gesellschaften mit inländischem Personal und Material und möglichst große Auslandsbetätigung der einheimischen Luftfahrtgesellschaften und -industrie. Wir leben in einer kapitalistisch organisierten Welt, in der auch in der Luftfahrt jeder für sich die größten Rosinen aus dem Kuchen herauszuholen trachtet. Der Kapitalismus kennt aber Ausschaltung unfruchtbarer oder gar schädlicher Konkurrenz durch Verständigungen und Zusammenschlüsse. England, Deutschland, Polen, Spanien und die Schweiz haben zwischen 1924 und 1931 mehr oder weniger zwangsweise die untereinander konkurrierenden einheimischen Luftfahrtgesellschaften ganz oder teilweise, de jure oder de facto, zu Monopolunternehmungen zusammengeschlossen, um die Finanzierung privater Konkurrenzkämpfe durch Subventionen der öffentlichen Hand zu

¹⁾ „Der Weltluftverkehr“, S. 56.

verhindern. In den Vereinigten Staaten setzten fast vom ersten Tage der Überleitung der Handelsluftfahrt aus dem staatlichen in den privaten Betrieb (1926) die Mergers ein. Wäre es da nicht vorteilhaft, daß sich auch die Staaten, die sich (in gewissem Sinne wenigstens) in der Handelsluftfahrt als individuelle Unternehmer gegenüberstehen, zusammenschließen, um die Handelsluftfahrt zu „rationalisieren“, um eine internationale, eine wahrhafte Weltluftfahrt aufzuziehen?

Anzeichen einer derartigen Entwicklung, rein durch individuelle wirtschaftliche (und auch politische) Interessen hervorgerufen, sind bereits seit den Frühtagen der Handelsluftfahrt (1919) zu beobachten. Die Expansivbestrebungen der nationalen Luftfahrt haben dahin geführt, daß heute alle Luftfahrtgroßmächte und selbst eine Reihe von Staaten, die nicht zu diesen gerechnet werden können, ihre Fluglinien über die Landesgrenzen vorgetrieben haben. Im Sommer 1931 verkehrten die Flugzeuge deutscher Luftfahrtgesellschaften oder solcher, an denen deutsches Kapital beteiligt war, in 21 europäischen Ländern. Rein linienmäßig stand an zweiter Stelle in der Expansion Frankreich, das — wieder nur Europa berücksichtigt — Linien nach 18 Ländern besaß. Die Genehmigung für den Luftverkehr im Ausland ist aber für einen Staat oft nur dann zu erhalten, wenn er den Luftverkehrsgesellschaften des betreffenden Landes auch den Verkehr in seinem eigenen Staatsgebiet gestattet. So hatten von den 21 bzw. 18 obenerwähnten Staaten 10 bzw. 7 auch Strecken nach Deutschland bzw. Frankreich in Betrieb. Diese internationale Zusammenarbeit hat drei Formen angenommen, deren letzte bereits sehr eng ist:

a) Ein Staat führt Flugstrecken ins Ausland, ohne daß die betreffenden Routen von dem oder den fraglichen fremden Staaten selbst befliegen werden. Beispiel Prag — Halle/Leipzig — Essen — Rotterdam (Tschechoslowakei: Tschechoslowakische Luftverkehrs A.-G.).

b) Die Flugstrecken werden von Unternehmungen verschiedener Nationalität unabhängig voneinander befliegen. Beispiel Berlin—Hannover—Amsterdam—London (Deutschland: Deutsche Luft-Hansa; Holland: Koninklijke Luchtvaart Mij.).

c) Die Flugstrecken werden von Unternehmungen verschiedener Nationalität gemeinsam befliegen (Poolsystem). Beispiel Berlin — Köln — Paris (Deutschland: Luft-Hansa; Frankreich: Société Générale de Transport Aérien Lignes Farman).

Außerhalb Europas finden sich die Arten a und b besonders in Amerika. Das großartigste Beispiel internationaler Zusammenarbeit ist die Indienlinie, die bis Bangkok von Holland und Frankreich gemeinsam (wenn auch ohne eigentliches Poolabkommen) und nebenher unabhängig bis Kalkutta noch von England befliegen wird. Ein echtes Poolabkommen ist für die vielleicht noch im laufenden Jahre in Betrieb zu nehmende französisch-belgische Linie nach dem Kongo und Madagaskar geplant. Im übrigen gibt es Poolbetrieb außerhalb Europas eigentlich nur auf einer einzigen nordamerikanischen Linie. Es ist erklärlich, daß das eng-räumige Europa, wo überall Grenzsteine am Wege stehen, nicht nur die günstigsten

Vorbedingungen für internationale Zusammenarbeit bot, sondern daß sie hier durch die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse direkt erzwungen wurde, sodaß hier die freiwillige Internationalisierung bereits ein beträchtliches Ausmaß erlangt hat.

Es versteht sich von selbst, daß diese internationale Zusammenarbeit noch ausdehnungsfähig ist. Genau wie durch die weiter oben erwähnten Zusammenschlüsse verschiedener Luftfahrtgesellschaften desselben Landes die innerstaatliche Verschwendung von Subventionsgeldern für Konkurrenzkämpfe beseitigt wurde, gibt es noch genügend Gelegenheiten, zwischenstaatliche unnötige Ausgaben öffentlicher Mittel zu verhindern. Aber hier ist eben die Luftfahrtpolitik im Spiel.

Sie ist auch schuld an so mancher Sonderbarkeit des europäischen Luftverkehrsnetzes, die dringend einer Abhilfe bedarf. Um nur ein einziges Beispiel zu nennen: ist es nicht ein grotesker Zustand, daß Gleiwitz und Kattowitz, Fiume und Susak — Nachbarstädte, für die je ein einziger Gemeinschaftsflughafen genügen würde — ganz verschiedenen Luftverkehrsnetzen angehören, die keinerlei Verbindung miteinander haben? Ein wenig mehr Planwirtschaft könnte gewiß nichts schaden! Für internationale Luftverkehrs-Planwirtschaft haben wir allerdings eine Stelle in der losen Dachorganisation der europäischen Luftfahrtgesellschaften, der International Air Traffic Association. Sie hat schon in vielen Fällen äußerst verdienstvolle Arbeit geleistet, und es liegt kein Grund zu der Annahme vor, daß sie das nicht auch in Zukunft tun würde. Warum sollte sie durch den Völkerbund ersetzt werden? Warum sollte eine Diktatur auch über die Handelsluftfahrt aufgerichtet werden, weil man fürchtet, daß die Verwirklichung des Jahrtausende alten Traums der Menschheit, des Fliegenkönnens, namenloses Elend über die Welt bringen könnte?

Es ist übrigens noch sehr die Frage, ob eine Völkerbunds-Handelsluftfahrt Besseres an die Stelle des Bestehenden setzen würde. Wollte beispielsweise Frankreich eine Invasion britischen oder italienischen, Deutschland eine solche holländischen oder polnischen Luftfahrtpersonals und -materials unter der Flagge des Völkerbundes dulden? Gewiß, die bisherigen internationalen Abmachungen auf dem Gebiet der Luftfahrt waren weitgehend Kompromisse, aber ein Kuhhandel ist immer noch besser als ein Zwang. Soweit bisher Pressestimmen vorliegen, lehnen die unabhängigen Luftfahrtsachverständigen aller Länder im ureigensten Interesse ihres Volkes so gut wie einmütig ab, die Handelsluftfahrt einem überstaatlichen Organismus zu übertragen. Und es ist bezeichnend, daß man in Herrn Tardieu eigenem Lande die Entstehung dieses Projektes der Tatsache zuschreibt, daß der französische Ministerpräsident von der Luftfahrt ganz allgemein nicht viel zu halten scheint, wie ja auch der Schildbürgerstreich der Auflösung des Luftministeriums beweist¹⁾, die inzwischen durch das neue Ministerium Herriot wieder rückgängig gemacht wurde.

*

Wenn man den großen und schönen Gedanken eines Völkerbundes, einer Vereinigung freier Staaten, die freiwillig gewisse ihrer Machtbefugnisse zum allge-

meinen Besten einem übergeordneten Organismus übertragen, zu Ende denkt, so ist es klar, daß dieser Bund Mittel an der Hand haben muß, um die Befolgung seiner Entscheidungen zu erzwingen. Die Vereinigung von Menschen, die wir Staat nennen, hat ja auch bestimmte Befugnisse, die früher jeder Einzelmensch hatte, dem Beamtenorganismus der Polizei übertragen, da bis dato die Räuber und Mörder sich nicht freiwillig ins Gefängnis begeben. Aber die Völkerbundsfreunde werden erfolglos versuchen, die Welt davon zu überzeugen, daß der Völkerbund in seiner jetzigen Gestalt, der Genfer Scheinvölkerbund, dazu geeignet wäre, das schärfste Schwert und gleichzeitig das modernste und zukunftsreichste Verkehrsmittel der Menschheit zu übernehmen. Zu sehr haben die Ereignisse der letzten Wochen und Monate (Japan/China, Litauen/Memel) das Vertrauen auch bei ehrlichen Anhängern des Völkerbundsgedankens erschüttert. Man soll eigentlich nicht prophezeien, aber hier kann man mit Gewißheit voraussagen, daß das Schwert in der Scheide bleiben oder gar gegen den Unrichtigen gezogen, daß das Verkehrsmittel — verbürokratisiert — verkümmern würde.

Wie der französische Vorschlag durch Ziffer 7 der anfangs aufgeführten Leitsätze selbst zugibt, wäre sogar bei all diesen Vorsichts- und Verlegenheitsmaßregeln die Möglichkeit eines Luftüberfalls immer noch nicht ausgeschlossen. Die Betätigung des den Einzelstaaten noch verbleibenden Restes einer nationalen Luftfahrt könnte sogar nicht nur durch einen Überfall mittels einer beschränkten Militär-Luftfahrt zum Kriege führen. Es ist noch in allgemeiner Erinnerung, wie antifaschistische Flieger Flugblätter über italienischen Städten abwarfen. In Zeiten der Spannung zwischen zwei Staaten könnte ein ähnlicher Übergriff eines einzigen Militärpiloten — gegen den Willen oder ohne das Wissen seiner vorgesetzten Stellen natürlich — die schwersten Folgen nach sich ziehen. Ja, es könnte selbst ein Zivilflieger einmal statt Propagandazetteln eine Bombe im gegnerischen Staat abwerfen! Das könnte die ganze Völkerbunds-Luftfahrt militärischen und zivilen Charakters nicht verhindern, und die Auswirkungen wären furchtbar.

*

Ergebnis: Die Internationalisierung der Handelsluftfahrt ist aus militärischen Gründen unnötig und aus wirtschaftlichen und nationalen Rücksichten — nicht nur Deutschlands, sondern jedes beliebigen Staates — unannehmbar.

¹⁾ Es war bei den Wahlen zur Deputiertenkammer dafür Propaganda gemacht worden, daß die Wähler die Kandidaten eine Verpflichtung unterschreiben lassen sollten, letztere würden sich im Falle ihrer Wahl für die Wiederherstellung des Luftministeriums einsetzen. 58 der Gewählten hatten sich bedingungslos, einige weitere noch unter gewissen Bedingungen, damit einverstanden erklärt.

GERHARD SCHACHER:**Die national-wirtschaftliche Emanzipation des Orients**

Werner Sombart hat vor kurzem in einer vielbeachteten Schrift¹⁾ den Standpunkt vertreten, daß die Weltwirtschaft der hochkapitalistischen Periode, die sich auch als „Herrschaft der weißen Rasse auf der Erde“ oder als „Ausbeutung der Erde durch Westeuropa“ kennzeichnen lasse, ihr Ende erreicht habe. Immer deutlicher wird der Entschluß der industriell zurückgebliebenen Länder, ihre Rohstoffe nicht mehr zur Weiterverarbeitung nach Westeuropa und den Vereinigten Staaten zu exportieren, um sie dann in der Form von Fertigwaren nach Erzielung großer Gewinne durch die Verarbeiter von diesen zurückzukaufen. Immer deutlicher tritt das Bestreben, eigene Industrien auf der Grundlage der eigenen Rohstoffe aufzubauen, hervor, und mit diesem Industrialisierungsprozeß der Wirtschaft ist zwangsläufig ein ebenso entschiedener Nationalisierungsprozeß der Politik verbunden. Es gibt keinen Erdteil, auf dem sich diese Erscheinungen nicht in zahlreichen Abwandlungen und dennoch eindeutig feststellen lassen. Betrachtet man die Auswirkungen dieser Entwicklung im Nahen Osten, so tritt hier als wichtigstes Sondermoment der bedeutende Einfluß des russischen nationalen Industrialisierungsprozesses auf die westasiatischen Länder hervor, und diese Einflüsse sind es denn auch, die trotz der großen strukturellen Verschiedenheiten der einzelnen Volkswirtschaften Vorderasiens diesem ganzen wirtschaftlichen und politischen Emanzipationsprozeß sein einheitliches Gepräge verleihen.

Vor wenigen Wochen ermöglichte der neue russisch-türkische Kreditvertrag gute Einblicke in den Gang dieser Entwicklung. Sowjetrußland ist hier zum erstenmal in größerem Umfange als Kreditgeber aufgetreten, und wenn auch die in zwanzig Jahren zinsfrei rückzahlbare Summe von 33 Mill. Reichsmark noch verhältnismäßig gering ist, so wird die Transaktion doch besonders dadurch beachtlich, daß für diesen Betrag ausschließlich Produktionsmittel von den Russen geliefert werden, die zum Aufbau neuer türkischer Industrien oder aber zur Erweiterung des schon bestehenden industriellen Produktionsapparates dienen sollen.

Dieser am 6. Mai d. J. abgeschlossene Vertrag, der im übrigen keinerlei politische oder militärische Abmachungen enthält, sichert der türkischen Regierung einen Kredit von 8 Mill. \$ mit der Maßgabe zu, daß für diesen Betrag Maschinen aller Art aus Rußland zu beziehen sind. Grundsätzlich steht der Türkei hierbei das Wahlrecht darüber zu, welche Maschinen sie aus Rußland beziehen will; die Preise sollen von Fall zu Fall je nach der Lage des Weltmarktes ausgehandelt und festgesetzt werden. Die Maschinen dürfen nicht Privaten ausgehändigt, sondern sie müssen vom türkischen Staat selbst benutzt und betrieben werden. 25% der Kreditsumme, also 2 Mill. \$, entfallen auf den Bezug von Maschinen der Zuckerindustrie, die für zwei neue türkische Zuckerfabriken in Eskischehir und in Siwas bestimmt sind. Die beiden bisher arbeitenden Zuckerfabriken deckten 30% des türkischen Inlands-

¹⁾ „Die Zukunft des Kapitalismus“. Berlin 1932.

bedarfs, und man nimmt an, daß das Land, nachdem diese beiden neuen Fabriken in Betrieb genommen worden sind, mindestens die Hälfte des eigenen Zuckerbedarfes durch die Inlandsproduktion decken wird. Ferner sollen vor allem Textilmaschinen für das Baumwollgebiet in Aadana geliefert werden, und schließlich größere Posten an landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten. Die türkisch-russische Handelsbilanz zeigte für das vergangene Jahr mit einer Ausfuhr von 4,7 Mill. und einer Einfuhr von 7,3 Mill. türkischen Pfunden einen Passivsaldo zuungunsten der Türkei. Eine Verringerung dieses Einfuhrüberschusses dürfte einstweilen kaum zu erwarten sein, obwohl vielfach mit einer Verstärkung der russischen Rohstoffbezüge aus der Türkei gerechnet wird. Aufmerksamkeit verdient in diesem Zusammenhange schließlich noch die Tatsache, daß Rußland der weitaus wichtigste Käufer der türkischen Baumwolle ist und daß der Ausbau einer eigenen großen türkischen Textilindustrie, wie er unter teilweiser Mitwirkung russischer Maschinen im Baumwollrevier von Aadana in Angriff genommen worden ist, unter Umständen spätere Rückwirkungen auf die türkische Baumwollausfuhr nach Rußland zeitigen könnte.

Die Emanzipationsbestrebungen der Staaten des Vorderen Orients, besonders der Türkei und Persiens, sind nach Beendigung des Weltkrieges immer schärfer hervorgetreten. Man hat zunehmend erkannt, daß die westeuropäischen und amerikanischen Kredite die wirtschaftliche Produktionskraft der Länder nicht stärken, sondern schließlich nur die Einflußsphäre der Kreditgeber und damit die Abhängigkeit der orientalischen Staaten von der westeuropäischen und amerikanischen Finanz und Politik immer mehr vergrößern. Überall stellen wir im Nahen Osten das Bestreben fest, die Annahme neuer Kredite seitens der alten Gläubiger zu vermeiden, sich auf den Ausbau des Binnenmarktes zurückzuziehen, um auf diese Weise auch in politischer Hinsicht wesentlich selbständiger gegenüber den westlichen Großmächten auftreten zu können. Diese erhöhte Selbständigkeit kommt vor allem bei der Liquidierung der Vorkriegskredite klar zum Ausdruck. Hier zeigt sich, daß die früheren Gläubiger Schritt für Schritt zurückweichen müssen, und tatsächlich sind diese westeuropäischen Investitionen heute fast durchweg als verloren anzusehen. Der Einfluß des Westens ist geschwunden, und wenn man auch auf Anleihen aus Paris und London in Angora und Teheran verzichten mußte, so erkannte man bald, daß dieser Verzicht weit weniger schwer fällt, als man es wohl ursprünglich gefürchtet hatte, weil man dagegen die Möglichkeit zu einem nationalwirtschaftlichen und unabhängigen Neuaufbau eingetauscht hat.

Dieser nationale, auf der Grundlage der eigenen Wirtschaftskräfte betriebene Aufbau liegt in den Ländern des Nahen Ostens in der Hand junger bürgerlicher Schichten, die bis zu einem gewissen Grade mit denjenigen des aufstrebenden Bürgertums nach der Französischen Revolution verglichen werden können, obwohl der Einfluß der monarchischen oder pseudomonarchischen Spitze auf diese Entwicklung hier nicht unterschätzt werden darf. Die Sowjets haben diesen Nationalisierungsprozeß im Vorderen Orient sowie übrigens auch in allen anderen asiatischen Randstaaten willfährig unterstützt. Die Periode von 1920 bis 1924, in die beispielsweise die Auflösung der iranischen Kommunistischen Partei durch Lenin

fällt, stand ganz unter der These, daß die Voraussetzung einer sozialistischen Entwicklung in diesen Ländern zunächst darin liegen müsse, daß sich hier vorerst der Prozeß der nationalen bürgerlichen Revolution gegen die alten Mächte abwickeln müsse. Ein eigenes Proletariat in diesen Ländern konnte nach der Auffassung der Sowjets erst dann entstehen, wenn das nationale Bürgertum dort seinen revolutionären Kampf gegen das imperialistische Kapital durchgefochten haben werde. Diese Periode, in der die Sowjets als Bundesgenossen des nationalen Bürgertums in ganz Asien auftraten, fand etwa 1924 ihr Ende, als sich Moskau mit neuer Initiative der Entwicklung der proletarischen Kräfte in seinen Randländern zuwandte und damit fast überall in den schärfsten Gegensatz zu den herrschenden Mächten gelangte. Heute scheint man bereits zu erkennen, daß diese Wandlung einer der größten Irrtümer war, den man in Moskau jemals beging, und die Entwicklung der fernöstlichen Verhältnisse scheint jedenfalls deutlich zu zeigen, daß die Erfolge einer solchen Kampfansage gegen das Bürgertum der asiatischen Länder bisher völlig ausgeblieben sind. Im Gegensatz zu dem Vorgehen der Sowjets in China stand ihre fast unentwegt aufrechterhaltene Bündnisfreudigkeit gegenüber dem nationalen Bürgertum im Vorderen Orient, und diese Tendenzen einer Beförderung des nationalistischen Aufbaues der Türkei und Persiens in Zusammenarbeit mit dem eingeborenen Bürgertum hat zweifellos neben gewissen militärpolitischen und strategischen vor allem auch handels- und wirtschaftspolitische Motive. Auch der russische Industrialisierungsprozeß wird nämlich, falls er erfolgreich durchgeführt wird, unzweifelhaft zu einem gewissen Exportzwang führen müssen, und die Sowjets scheinen, wie sich gerade aus dem neuen russisch-türkischen Kreditabkommen deutlich ergibt, diesen späteren Notwendigkeiten ihrer Wirtschaft schon jetzt Rechnung tragen zu wollen. Die asiatischen Länder werden früher oder später der gegebene Absatzmarkt für die russische Industrie sein müssen, und die Unterstützung des Industrialisierungsprozesses in der Türkei und Persien dürfte daher hauptsächlich so zu verstehen sein, daß der Außenhandel Sowjetrußlands alles Interesse an der Hebung der Kaufkraft dieser ihrer wichtigsten Exportmärkte ihrer Zukunft bekundet. Der Ausbau des großen einheitlichen Wirtschaftsraumes der Sowjets macht offenbar nicht an den russischen Grenzen halt, sondern er trifft schon heute die Vorbereitungen zu einer wirtschaftlichen Erschließung der ungeheuren asiatischen Absatzmärkte, wobei man sich offenbar darüber klar ist, daß die westasiatischen Länder heute schon deswegen ein geeigneteres Operationsfeld darstellen als Ostasien, weil der Gegendruck hier weit weniger stark ist.

Auf der anderen Seite ergibt sich für den nationalwirtschaftlichen Aufbau der Staaten des Vorderen Orients zwingend die Notwendigkeit, an die Mitwirkung der Sowjets zu appellieren, sofern man den Weg der fortschreitenden Emanzipation von den alten westeuropäischen Gläubigerländern unbeirrt fortsetzen will. An diesem ersten Willen ist nun aber weder in der Türkei noch in Persien, nach der Ent-

wicklung des letzten Jahrzehnts zu urteilen, irgendwie zu zweifeln. Allerdings bildet für die Fortsetzung des Sowjetbündnisses hier der Verzicht der Russen auf eine eigene kommunistische Politik in den Randländern die unerläßliche Voraussetzung. Anderweitige Versuche Rußlands, sich auf die proletarischen Kräfte der Randländer zu stützen, haben fast stets, so besonders im russisch-persischen Grenzkonflikt Ende 1930, zu starken Spannungen und zu Rückschlägen der Sowjetpolitik geführt, so daß man heute wohl annehmen kann, daß auf absehbare Zeit mit einer erneuten Bekämpfung des nationalwirtschaftlichen, in der Hand der jungen bürgerlichen Schichten befindlichen Aufbaues im Nahen Orient durch die Sowjets nicht zu rechnen sein dürfte. Bei den engen politischen Beziehungen zwischen Persien und Rußland und bei der Länge der gemeinsamen Grenze haben die Sowjets von jeher eine sehr bedeutende Rolle im persischen Außenhandel gespielt, und diese Beziehungen sind nach der Bildung des persischen Außenhandelsmonopols im Februar 1931 noch wesentlich enger geworden.

In einem am 27. Oktober 1931 abgeschlossenen russisch-persischen Verträge wurde als Hauptziel beider Monopolländer betont, daß auf eine gegenseitige Ausgleichung der Handelsbilanzen hingearbeitet werden solle. Im Zusammenhange mit diesem Verträge, der übrigens der erste war, den Persien nach Einführung des Außenhandelsmonopols überhaupt mit einem anderen Lande abgeschlossen hatte, ergab sich für Sowjetrußland schon dadurch eine bevorzugte Stellung im Handel mit Persien, weil die Sowjets von den sonst sehr hinderlichen und einschneidenden persischen Devisengesetzen befreit wurden. Das persische Zucker- und Zündholzmonopol wird ausschließlich von Rußland beliefert; Rußland erhielt ferner in fast allen seinen wichtigsten Ausfuhr Gütern beträchtliche Kontingente, so 100% der Petroleumimporte, 65% bei Metallwaren, 55% bei Baumwollwaren, 66% bei Papierkurwaren, 50% der Chemikalieneinfuhr und 55% der gesamten persischen Maschinenimporte. Daneben hat die russische Handelsvertretung nach diesem Verträge die gleichen Privilegien wie die Botschaft. Wenn es Persien durch die Einfuhrdrosselungen des Außenhandelsmonopols gelungen ist, seine Handelsbilanz trotz fortschreitender Weltwirtschaftskrise weiter aktiv zu halten, so wurde hierdurch eine der wichtigsten Voraussetzungen für die ständige Fortführung der Investitionstätigkeit geschaffen. Der nationale Industrialisierungsprozeß dieses Landes ist in vollem Gange, und die hier angedeutete natürliche Entwicklung der Verhältnisse verweist Persien immer mehr auf Rußland, das nach und nach zum Hauptlieferanten besonders für die Produktionsmitteleinfuhr werden dürfte.

Die Schwierigkeiten des nationalwirtschaftlichen Aufbaues dürfen trotzdem in den Ländern des Nahen Ostens nicht unterschätzt werden. Sie beruhen zunächst darauf, daß die vorderasiatischen Staaten, besonders aber die Türkei, auf vielen wichtigen Gebieten nach wie vor auf den Export gewisser Rohstoffe und Lebensmittel angewiesen ist. Hierzu gehört in erster Linie der türkische Tabak, um dessen Absatzsicherung Angora seit Jahren einen schweren handelspolitischen Kampf führen muß. Man erinnere sich z. B. an den Einspruch der Türken gegen die von Deutschland mit Rumänien und Ungarn vereinbarten Getreidepräferenzen und an die damalige Erklärung der Türken, diesen Einspruch nur bei Zusicherung entsprechender Vergünstigungen Deutschlands beim Bezuge türkischen Tabaks zurück-

nehmen zu wollen. Ferner dürfte wenigstens vorläufig kaum daran zu denken sein, daß Sowjetrußland in den orientalischen Ländern bei Bauaufträgen usw. ohne weiteres an die Stelle westeuropäischer und amerikanischer Firmen, so insbesondere auch deutscher Unternehmungen, treten kann. Überhaupt scheint man in der Wirtschaftspolitik bei passender Gelegenheit gern Rückversicherungen nach Westen eingehen zu wollen, und es liegt nur auf dieser Linie, wenn sich neuerdings Angora bereit zeigt, das für seine Ausfuhr so wichtige Tabakproblem in enger Gemeinschaft mit Griechenland und Bulgarien zu lösen. Auch in der Außenpolitik kann man vorläufig von einer unbedingten Gefolgschaft gegenüber Moskau keineswegs sprechen, und diese Tatsache wurde gerade letzthin bei den Verhandlungen über den Eintritt der Türkei in den Völkerbund recht deutlich gemacht. Aber auch solche, z. T. in der wirtschaftlichen Struktur und in verschiedenartigen Sonderinteressen der Orientländer begründeten Erscheinungen dürfen keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß der Autarkisierungsprozeß, die weitest mögliche eigene Ausnutzung der Rohstoffe unter gleichzeitigem Aufbau nationaler, unter sowjetrussischer Mitwirkung und Produktionsmittelbelieferung errichteter Konsumindustrien fortschreitet. Die Emanzipation des Nahen Ostens von der westeuropäischen Industrie und Finanz dürfte nicht mehr aufzuhalten sein, und hierüber wird man sich auch für die Zukunft des deutschen Außenhandels klar sein müssen. Der nationale Industrialisierungsprozeß dieser wie anderer ehemaliger Rohstoffländer stellt eine der wichtigsten Strukturwandlungen in der Weltwirtschaft während der Nachkriegszeit dar, und es wird auch bei einer Besserung der Weltkonjunktur kaum jemals möglich sein, diese strukturellen Wandlungen rückgängig zu machen und die orientalischen Märkte Westeuropa erneut zu erschließen. Raumwirtschaftliche Notwendigkeiten geben im Vorderen Orient gegenüber den rein weltwirtschaftlichen Erwägungen der hochkapitalistischen Periode immer mehr den Ausschlag, und gerade unter diesem raumwirtschaftlichen Gesichtswinkel wird man die finanzielle Emanzipation und den nationalen Industrialisierungsprozeß der Orientländer in seiner engen Verbindung mit der sowjetrussischen Entwicklung betrachten müssen, wenn man Klarheit über die Zukunft der westasiatischen Probleme gewinnen will. Diese Klarheit ist aber um so notwendiger, als auch die weltbewegenden Fragen des Fernen Ostens nicht ohne Zusammenhang mit diesen nach Gestaltung ringenden Kräften des Nahen Orients verstanden werden können.

KARL MÜHLMANN:**Balkan und Vorderer Orient in geopolitischer Bedeutung**

Balkan und Vorderer Orient waren von jeher im politischen Kräftespiel Europas wichtige Größen, einerseits wegen ihrer wirtschaftlichen und militärischen Kraftquellen, andererseits wegen ihrer geopolitischen Lagengunst. Der Balkan verfügt über reiche Bodenschätze und Rohstoffe, die der Weltwirtschaft noch nicht voll erschlossen sind. Mehr noch ins Gewicht fällt die militärische Kraft des Balkans; fast 2 Millionen Mann kann er ins Feld stellen. Wo diese stehen, kann keiner europäischen Großmacht gleichgültig sein. Dies um so weniger, als der Balkan in die wichtigsten europäischen Probleme unmittelbar einzugreifen vermag. Rumänien ist der Nachbar Rußlands, Jugoslawien berührt sich mit Italien. Beide Staaten, Rumänien und Jugoslawien, grenzen an das zu Mitteleuropa gehörige Österreich und Ungarn. Die hieraus sich ergebende Bedeutung des Balkans für alle europäischen Streitfragen läßt sich am treffendsten in der militärischen Sprache ausdrücken: die Flanken- und Rückenstellung des Balkans bei allen Gruppierungen in Mitteleuropa.

Damit ist die Balkanpolitik der europäischen Großmächte vorgezeichnet. Die Losung heißt, entweder den Balkan gewinnen oder ihn ausschalten. Ersteres bedingt, engere oder losere Bindungen mit ihm einzugehen und dafür den Nachteil geringerer Bewegungsfreiheit im großen politischen Spiel in den Kauf zu nehmen. Letzteres setzt voraus, die Balkanstaaten gegeneinander auszuspielen. Dabei hat derjenige leichteres Spiel, der selbst ein starkes politisches Gewicht in die Wagschale zu werfen hat. Wo dies nicht vorhanden, muß größeres diplomatisches Geschick den Vorsprung des Stärkeren einzuholen suchen.

Wie vor dem Kriege, so ist auch in der Nachkriegszeit auf dem Balkan alles in Fluß. Der Wunsch, alle Volksteile in einen Nationalstaat zusammenzufassen, hat in den letzten Jahrzehnten die Balkanstaaten das Schwert ziehen lassen. Die Türkei und Österreich-Ungarn waren die Leidtragenden. Mit der Verdrängung und Zerschlagung dieser beiden Staaten ist dies Ziel im großen ganzen erreicht. Noch ist aber der Balkan weit vom Zustande der Befriedung. Die großen Nachbarn im Süden und Norden des Balkans sind verschwunden, an ihre Stelle ist aber gegenseitiger Zwist um strittige Grenzgebiete getreten. Mißtrauisch und lauernd stehen sich in der Gegenwart die vier Balkanvölker Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien und Griechenland gegenüber. Hier der Wunsch nach Sicherheit, dort der Wunsch nach Vergeltung, das ist das Kennzeichen der gegenwärtigen Balkanlage.

So knüpfen sich die Fäden zwischen den europäischen Großmächten und den Balkanstaaten zusammen: die Großmächte auf der Suche nach Trabanten für das große Kraftfeld der europäischen und Weltpolitik, die Balkanstaaten zur Hilfstellung sich anbietend, um im Schatten der großen Politik ihre eigentlichen Balkanziele zu verwirklichen. In großen Linien sei dies hier an zwei Beispielen auf-

gezeigt. Die Sorge vor italienischen Ausdehnungsbestrebungen im westlichen Mittelmeer und im Adriagebiet hat Frankreich und Jugoslawien zusammengeführt. Der beiderseitige Wunsch, Rußland und Ungarn niederzuhalten, hat Frankreich und Rumänien verbunden. Gleichlaufende Interessen haben endlich Frankreich und Griechenland eine Annäherung vollziehen lassen. Von dieser bedrohlichen Gruppierung betroffen, schlossen sich auf der anderen Seite Italien und Bulgarien zur Abwehr zusammen. Nicht umsonst hat ferner Italien auf Albanien Hand gelegt.

Einer besonderen Würdigung bedarf die Türkei infolge ihrer Lage am Zusammenschluß zweier Erdteile. Ihr Schwergewicht ruht in Asien, nur mit einem kleinen Landbesitz reicht sie nach Europa herüber. Gerade diese geopolitische Lage gibt der Türkei eine weltgeschichtliche Bedeutung. Denn sowohl zu Lande wie zu Wasser legt sie sich als Riegel dem russischen Weltreich vor. Von welcher ungeheurer Bedeutung diese Abschließung Rußlands vom Weltverkehr, wenigstens von einer seiner Hauptadern war, hat der Weltkrieg schlagend bewiesen. Die dauernde Sperrung der Meerengen nahm Rußland die Möglichkeit, seine Armee mit den reichen Hilfsmitteln seiner westlichen Verbündeten auszustatten. Die Frage drängt sich auf, ob der Bolschewismus in Rußland sich durchgesetzt hätte, wenn nicht Volk und Heer, Front und Heimat als Folge der Abriegelung der Dardanellen durch Entbehrung und Mangel aller Art völlig zermürbt gewesen wären. Weltweite Ausblicke öffnen sich damit. Auch in der Gegenwart, Frieden genannt, haben die Meerengen nichts von ihrer Weltstellung eingebüßt. Der größte Teil der russischen Ausfuhr geht durch Bosporus und Dardanellen in das Weltmeer. Auch das Gedeihen Rumäniens hängt von der freien Durchfuhr durch die Meerengen ab. Lebenswichtig für die Anliegerstaaten des Schwarzen Meeres, ist freie Schifffahrt auf diesen Weltverkehrsadern auch von großer Bedeutung für alle mit dem russischen Raum handeltreibenden Staaten. Daher die im Frieden von Lausanne durchgesetzte Internationalisierung der Meerengen, um eine Wiederholung der Tragödie 1914—1918 zu verhüten. Trotz aller Internationalisierung hält aber der Türke nach wie vor die Schlüssel zu den Toren zwischen Mittelländischem und Schwarzem Meer in der Hand.

Noch weitere Trümpfe hält die Türkei in der Hand. So klein der europäische Gebietsraum auch ist, so sichert er ihr doch die Stellung einer Balkanmacht. Vermittels dieses Brückenkopfes ist die Türkei in der Lage, mit starker militärischer Kraft auf dem Balkan aufzutreten. Keine Balkanpolitik, sei es der Großmächte, sei es der eigentlichen Balkanstaaten, kann an dieser Tatsache vorübergehen. In jeder Balkankombination muß daher auch die Türkei als beachtenswerter Faktor einbezogen werden. Der Besitz der kleinasiatischen Küste von den Dardanellen bis zum Golf von Alexandrette macht die Türkei ferner zu einer Mittelmeermacht, wenigstens für das östliche Becken des Mittelländischen Meeres. Bei allen hier teilweise verdeckten, teilweise offen zutage liegenden Streitfragen zwischen den Mittelmeermächten England, Frankreich und Italien wird die Türkei ein gewichtiges Wort

mitsprechen können. Für England und Frankreich ist die Türkei endlich unmittelbarer Nachbar für ihre Interessengebiete im arabischen Sprachraum. Auch in diesen für die englische und französische Weltmachtstellung so wichtigen Fragen werden sich die beiden führenden Weltmächte stets mit der Türkei auseinanderzusetzen haben. Bedrohungen im Nahen Orient zwingen Paris und London zu militärischen Gegenmaßnahmen, lähmen daher die englische und französische Stoßkraft in ihrer anderweitigen Betätigung. Deutlich trat dies im letzten Kriegsjahr in die Erscheinung, wo über 1 Million Mann des britischen Imperiums fern von Mitteleuropa im Nahen Orient auf türkischen Kriegsschauplätzen gebunden waren. Was damals galt, gilt unverändert heute für die Politik und ihr letztes Mittel, den Krieg.

Die Stellung der Türkei für alle Fragen des Nahen Orients ist um so bedeutender, als die englisch-französische Stellung daselbst keineswegs als gesichert angesehen werden kann. Ebenso wenig wie von einer Befriedung des Balkans kann von der arabischen Welt gesprochen werden. Zwar haben zur Zeit England und Frankreich ihre im Nahen Orient seit langem verfolgten Ziele erreicht: der gefährliche deutsche Nebenbuhler ist beseitigt, England beherrscht die Curzonsche Landbrücke zwischen Ägypten und Indien, Frankreich hat seinen schon vor dem Kriege starken Einfluß in Syrien ausgedehnt und befestigt. Aber dennoch glimmt der Funke unter der Asche, wie Vorgänge der letzten zehn Jahre zur Genüge beweisen, und läßt die neuen Herren ihres Besitzes nicht recht froh werden. Nur widerwillig fügen sich die arabischen Nachfolgestaaten der Türkei der stärkeren militärischen Macht. In sich zerspalten, sind sich Syrien, Palästina, Ostjordanland, Irak und Nedschd in dem Gedanken einig, ihre Geschicke nach eigenem Willen zu bestimmen und die Eindringlinge davonzujagen. Angriffspunkte gegen die englische Weltmachtstellung bieten sich der arabischen Welt genug. Die Lebensader des britischen Imperiums, der Suez-Kanal, wird beiderseits von der arabischen Welt flankiert. Auch andere Punkte der britischen Etappenlinie nach dem Fernen Osten liegen in arabischer Reichweite; ganz zu schweigen von den Zentren der englischen Ölversorgung im arabischen Mossul- und arabisch-persischen Karungebiet. Nicht so gefährdet wie die britische ist die französische Machtstellung im Nahen Orient. Abgesehen von dem politischen Prestige stehen aber hier große wirtschaftliche Belange auf dem Spiel. Ungezählte Milliarden Franken sind in Syrien investiert ebenso wie in der benachbarten Türkei. Man vergesse nicht, daß Frankreich der Hauptgläubiger der Türkei und dort wirtschaftlich stark beteiligt ist, u. a. am Verkehrsnetz und an der Kohlenförderung.

Und Deutschland? Nichts wäre falscher, als über seine drängenden Tagessorgen Balkan und Nahen Orient in seinem politischen Kalkül zurückzustellen. Eine geschickte Auswertung der im Balkan und Nahen Orient liegenden Möglichkeiten vermag wesentlich dazu beizutragen, daß unsere politischen Gegner nicht ihr ganzes erdrückendes Übergewicht gegen uns zusammenfassen können. Wir dürfen hoffen, daß diese Möglichkeit in der Wilhelmstraße erkannt ist.

V. ENGELMANN:**Zur Ostpolitik Kemal Paschas**

Das Osmanische Reich der Vorkriegszeit lebte von seiner Schwäche. Solange es lediglich vegetierte, ohne die heterogenen Elemente seines riesigen Territoriums zum organischen Ganzen und damit zu einem Machtfaktor umschweißen zu können, mußte die Rivalität der Großmächte, allen voran England und Rußland, ihm diese Schattenexistenz garantieren: Unterpfand eines mühsam erhaltenen labilen Gleichgewichts in der bei dem Widerstreit der Interessen auf gütlichem Wege nicht zu liquidierenden orientalischen Frage. Nicht einmal theoretisch war ja das Problem des Nahen Ostens zu lösen, wie die Unzulänglichkeit der während des Krieges zwischen den Alliierten geschlossenen Geheimverträge beweist.

Die neue Türkei lebt vom Gegenteil: von weiser Beschränkung auf das eigentlich türkische Territorium, das sie noch dazu von Fremdelementen in einer oft drastisch-asiatischen Weise säuberte. Zugute kommt ihr eine gewisse Ablenkung der großen Kolonialmächte; bei der Verschiebung der weltpolitischen Brennpunkte, bei den internen Schwierigkeiten schicksalhafter Art sind sie — zum mindesten vorübergehend — nur noch so weit an der Türkei interessiert, wie ihre eigenen unmittelbaren oder kolonialen Belange in Mitleidenschaft gezogen werden könnten. Diese vorübergehende Ruhe kann die Türkei bei richtiger Auswertung von Zeit und Gegebenheiten zur inneren Konsolidierung und außenpolitischen Erstarkung benutzen. Aus dieser Lage resultiert eine Aktivität der jungen Republik, wie sie sich in Vorkriegszeiten nicht einmal ein Herrscher von der Klugheit eines Abdul Hamid hätte erlauben können. Eine Aktivität, die sich naturnotwendig in der Richtung des geringsten Widerstandes bewegt; zu Nationen, die selbst eine neue oder gar analoge Entwicklung durchmachen wie die Türkei. Nach Osten also. Fast überall in diesen mehr oder weniger neu aufgenommenen Beziehungen spielen für die Türken neben außenpolitischen Fragen solche interner und wirtschaftlicher Natur mit, die der Lösung zugeführt wurden oder ihrer noch harren.

Rußland

Der älteste Freund der kemalistischen Türkei ist das bolschewistische Rußland, das sie als erster Staat bereits 1921 anerkannte. Zwar waren die Zielsetzungen verschieden; denn für Mustapha Kemal stellte der türkische Unabhängigkeitskampf nur ein Mittel dar, um die vollkommene Befreiung Anatoliens durch einen regulären Frieden zu sichern, während er den Russen als Selbstzweck — Schädigung und Schwächung Englands — galt; trotzdem liefen die augenblick-

lichen Interessen auf parallelen Bahnen. Seitdem hat sich das Verhältnis in betonter gegenseitiger Freundschaft entwickelt. Außenpolitische Streitpunkte gibt es für die Partner zur Zeit nicht mehr. Die Dardanellenfrage, wichtigste Ambition des Zarismus, hat eine Lösung gefunden, mit welcher das bolschewistische Rußland sich abfinden kann, wenn sie auch keine Ideallösung in seinem Sinne darstellt, wie die auch heute noch fehlende russische Ratifizierung des von ihm mitunterzeichneten Meerengen-Abkommens beweist. Der Imperialismus der Sowjets ist um nichts geringer als der zaristische, nur bewegt er sich nicht auf nationalen Bahnen, sondern mehr im Rahmen einer Idee: der Föderation des werktätigen Volks zunächst der benachbarten und späterhin aller Staaten, die dann auch entsprechende politisch-strategische Sicherung benötigt. So wird der Riegel der Meerengen stets Blickpunkt erster Ordnung für Moskau bleiben. Solange aber diese Stellung in der Hand einer innerlich starken, nach außen unabhängigen und den Sowjets wohlgesinnten Türkei ist, wird man die Regelung anerkennen.

Die Verhältnisse an der 602 km langen gemeinsamen Grenze wurden im Jahre 1920 durch den Frieden von Alexandropol und den ihn in der Hauptsache bestätigenden, fast ein Jahr später geschlossenen Vertrag von Kars zur Zufriedenheit beider Teile geregelt. Die seinerzeit besonders stachelige armenische Frage existiert nach ihrer gewaltsamen Liquidierung durch die Türken und ihrer, mangels Vorhandensein materieller Interessen, völligen Vernachlässigung durch die Alliierten sowie nach der Bolschewisierung der Kaukasusarmenier nicht mehr. Und da ferner Mustapha Kemal von vornherein und durchaus eindeutig die großturkischen Utopien der Jungtürken abgelehnt hat, besteht auch jenseits der Grenze keinerlei türkische Irredenta.

Rußland hat sich vorläufig mit der bürgerlichen Staatsform des türkischen Freundes abgefunden und sich zur Unterlassung jeder kommunistischen Propaganda auf türkischem Hoheitsgebiet verpflichtet. In der Hauptsache hält es dies Versprechen, denn die immerhin ab und zu wahrnehmbare, eigentlich mehr anstandshalber ausgeübte unterirdische Tätigkeit der Komintern nimmt hier nicht entfernt die Ausmaße an wie anderswo. In der Tat kann der Moskauer Außenpolitik nichts daran liegen, den Freund und einzigen Mittler zu Europa durch innere Kämpfe zu schwächen. In der Türkei selbst denkt man nicht an kommunistische, der Mentalität des Anatoliens weltenfern liegende Experimente (gerade jetzt vollzieht sich die Umwandlung des „bäuerlichen Denkens“ in „Gelddenken“, um mit Spengler zu sprechen; also gerade Entwicklung im kapitalistischen Sinne); man versäumt auch keine Gelegenheit, die gewollte Gegensätzlichkeit zu bolschewistischer Gesellschaftsordnung bei offiziellen, an Rußland gerichteten, aber mindestens ebenso sehr für Europa bestimmten Reden unverblümt zum Ausdruck zu bringen; noch letzthin ließ Ministerpräsident Ismet Pascha bei seinem Besuch in Moskau die Gelegenheit zu einer solchen Erklärung nicht vorbegehen.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern intensivieren sich von Jahr zu Jahr, weisen aber stets ein erhebliches Plus zugunsten Rußlands auf, dessen Handelsbilanz mit der Türkei eine Aktivität von 3 bis 10 Millionen T.Pfd., je nach Konjunktur, zeigt. Eine genauere Analyse des Warenaustausches ist hier nicht möglich, zur kurzen Skizzierung sei nur angeführt, daß die Sowjets in der Hauptsache Petroleum und dessen Derivate liefern (etwa 5 Mill. T.Pfd.), ferner Zucker, Zement, Gummischuhe, wozu in neuester Zeit noch gewisse andere technische Produkte, wie Baumwollwaren, Flaschen und technische Gläser, Elektroartikel, Isolatoren usw. in immer größerem Ausmaß hinzukommen. Trotz des genannten Defizits ist Rußland als Abnehmer sehr wichtig für die Türkei, denn er ist Hauptkunde für Rohbaumwolle (2–3 Mill. T.Pfd.) und bezieht sodann Apfelsinen und getrocknete Südfrüchte (etwa 1 Mill.), Gerbstoffe (etwa 1 Mill.), Schlachtvieh (0,5–0,8 Mill.), zum Teil Artikel, die anderweitig nur schwer zu placieren sind. Die unter dem Druck der Devisenlage sich für die Türkei immer mehr fühlbar machende Notwendigkeit eines Ausgleichs im Außenhandel (wobei sie allzusehr die übergeordneten Gesichtspunkte der Zahlungsbilanz vernachlässigt gegenüber der reinen Handelsbilanz) hat jüngst in Moskau zu Besprechungen Anlaß gegeben, die zu dem Abkommen führten, dessen Einzelheiten der Beitrag Schacher in diesem Heft mitteilt. Türkischerseits wird es ungefähr als ein Geschenk des großen Bruders aufgefaßt, tatsächlich aber ist es, neben dem nicht zu unterschätzenden Propagandawert der Transaktion, ein Geschäft mit erheblichem Aktivum für Moskau.

Die Anlehnung an die Sowjets ermöglicht der türkischen Regierung ihre Politik der Unabhängigkeit gegenüber den europäischen Staaten; mit der Einschränkung allerdings, daß sie anderweitige, russische Interessen tangierende Bindungen nicht eingehen darf, so müßte z. B. ihr Eintritt in den Völkerbund — die jetzt wieder akute Frage — russische Einwilligung haben oder aber gewisse Vorbehalte einschließen.

Man ist sich in Ankara zweifelsohne durchaus klar darüber, daß die mit eigenen Angelegenheiten mehr als beschäftigten Sowjets tätige Hilfe wirtschaftlich-finanzieller Natur nicht zu leisten vermögen. Deshalb wird das Hauptgewicht auf die politische Seite des Verhältnisses gelegt. Und diese Karte weiß die Türkei sehr wohl zu benutzen; gerade als in Paris erneut die Besprechungen über die Dette Publique und eine eventuelle Anleihe aufgenommen werden sollten, führte man dem Verhandlungspartner nachdrücklich und demonstrativ die Stärke der eigenen Stellung durch den Moskauer Besuch zu Gemüte.

Persien

Die Schwierigkeiten mit Persien sind alten Datums. Schon zu Sultans Zeiten hat es stets Meinungsverschiedenheiten gegeben; teils waren sie religiöser Natur — Streitigkeiten der hiesigen Sunniten mit den Schiiten jenseits der Grenze —, teils territorialer. Die osmanisch-persische Grenzkommision war eiserner Bestand geworden, und die Zugehörigkeit zu ihr vererbte sich vom Vater auf den Sohn und schließlich den Enkel. Geleistet hat sie praktisch nichts, was bei der Divergenz der Gesichtspunkte auch kaum möglich war, sah doch die Pforte den größten Teil der von Türken bewohnten persischen Provinz Aserbeidschan als ihr zukommend an, während der Herrscher des Pfauenthrones Aspirationen auf Gebiete von Türkisch-Kurdistan hegte, da Persien die Kurden als stammesverwandt betrachtet.

Eine Einigung wurde erst möglich, als Persien sich unter Schah Risa Khan zu konsolidieren begann, und diese Einigung war notwendig für die Türkei vor allem aus innerpolitischen Gründen. Das Kurdenproblem wandelte alle Südostprovinzen zu einem Herd ständiger Unruhe um; die fast 400 km lange, unwegsame und strategisch ungünstige persische Grenze machte es den anationalen, unkultivierten und politisch nicht geschulten Nomaden möglich, sich bei den häufigen Aufständen dem Zugriff zu entziehen. Zudem fanden sie bei den unter Sultan Abdul Hamid zwecks Beruhigung des Landes sesshaft gemachten Stammesgenossen diesseits der Grenze stets Rückhalt. Die etwa $\frac{3}{4}$ Millionen Kurden der Türkei bildeten also ein Gefahrenmoment von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Nach Niederschlagung des durch Scheich Said auf englische Anstiftung hin unternommenen Aufstandes im Jahre 1925 wurden die Verhandlungen mit Teheran energisch aufgenommen; schon im folgenden Jahr wurde ein Sicherheits- und Freundschaftsvertrag abgeschlossen, der u. a. Bestimmungen über den Aufruhr im befreundeten Land, also über die Kurden, enthielt. Heute ist die Kurdenfrage in der Türkei, soweit der Außenstehende das beurteilen kann (denn noch immer ist Fremden die Einreise in die Ostvilajets gesperrt), nach der Radikalniederwerfung von 1929/30 und der Umsiedlung Tausender und aber Tausender von Kurden in die westlichen Provinzen auf dem Wege zur Liquidierung. Mit Persien ist man nach fast fünfjährigem Verhandeln zu einer Grenzregulierung gelangt, die das ganze Araratgebiet in türkische Hand gibt, so daß eine militärische Überwachung von der Grenze aus möglich ist. Die Türkei gab dafür an Persien territoriale Kompensationen weiter im Süden. In beiden Fällen handelt es sich um Gelände geringen wirtschaftlichen Wertes. Der Vertrag über die neue Grenzziehung wurde im vergangenen Jahr gelegentlich der Anwesenheit des türkischen Außenministers Tewfik Rüşdi Bey in Teheran unterzeichnet, so daß nunmehr klare Verhältnisse geschaffen sind.

Der Handelsverkehr zwischen den beiden Staaten ist nicht bedeutend, er übersteigt alles in allem selten 3 Mill. T.Pfd., die Bilanz aber ist infolge der starken Teppicheinfuhr der Türkei stets aktiv für Persien, das seinerseits nur in kleinen Quanten Leder, Häute, Baumwoll- und Metallwaren, insgesamt für etwa 100 000 T.Pfd. bezieht. Hier nun denkt die Türkei einzusetzen, ihr Prinzip „Die Türkei den Türken“ schält sich immer klarer heraus, und sie führt es durch, ohne wirtschaftliche Nachteile zu scheuen. Das eben in der türkischen Kammer vorliegende neue Arbeitsgesetz, welches eine ganze Reihe von Berufen den Fremden sperrt, wird künftig, ganz abgesehen von einer sehr schädlichen Einwirkung auf den Fremdenverkehr (Bestimmungen über Gastwirts- und Vergnügungsgewerbe mit weitgehender Ausschaltung der Ausländer), fremden Kapitalisten auch die industrielle Arbeit in der Türkei als nicht mehr ratsam erscheinen lassen, wenn nicht überhaupt unmöglich machen. Für die mit eigener Kraft zu schaffenden Industrien, welchem Unternehmen die jüngsten russischen und italienischen Kredite zugute kommen, werden Absatzgebiete gesucht, und hierzu scheint Persien mit seinem Außenhandelsmonopol recht geeignet. Daß diesbezügliche Verabredungen bei dem genannten Besuch in Teheran getroffen wurden, geht schon aus dem Beschluß einer dortigen Filialgründung der türkischen „İsch Bankassı“ hervor, welche ohne eine derartige Grundlage bei dem geringen bisherigen Warenumsatz in der Luft schweben würde.

In politischer Hinsicht sucht man eine Annäherung auf der Basis der jüngst dokumentierten Verständigung, hingegen verfolgt die Türkei keinerlei imperialistische Ziele. Über die Allgemeineinstellung gegenüber den orientalischen Staaten wird noch zu sprechen sein.

Afghanistan

Die Entwicklung in Afghanistan, des Dritten im Bund, wird in der Türkei mit Gemütsruhe abgewartet. Nachrichten, die von dort hierher gelangen, sprechen von mehr und mehr schwindender Popularität des Königs Nadir Chan und wachsendem Anhang des seinerzeit auf englisches Betreiben hin von den Mollahs gestürzten Amanullah. Seit der Thronbesteigung des jetzigen, übrigens, wie die militärischen Rüstungen am Khaibar-Paß beweisen, auch von den Engländern mit einigem Mißtrauen angesehenen Herrschers ist das Reformwerk ziemlich ins Stocken geraten. Sollte Amanullah wieder zur Macht gelangen, würden auch die zwar nicht gekündigten, aber in den Auswirkungen etwas eingeschlafenen Verträge mit der Türkei zu neuem Leben erwachen, insbesondere bezüglich der Entsendung türkischer Instrukturen und der Ausbildung afghanischer Offiziere in der Türkei.

Es ist viel von dem „vorderasiatischen Dreibund“ Türkei, Persien und Afghanistan gesprochen worden; man sah schon eine engere Koalition im Werden. Diese Vorstellung ist falsch. Die zwischen den genannten Staaten bestehenden Verträge entstanden unter dem Patronate der Sowjets, bezweckten zunächst lediglich, die sonst unabhängigen Partner zu verhindern, sich weiterhin als Objekte im Kampf Englands gegen die Sowjetunion benützen zu lassen. Und das ist der einzige Punkt, in dem die Staaten effektiv untereinander und gegenüber Rußland gebunden sind. Es war im bolschewistischen Sinne der unumgänglich notwendige erste Schritt zur „Revolutionierung Asiens“. Nach und nach aber beginnt die Türkei, sich in Orientangelegenheiten von der russischen Leitung zu befreien, sie glaubt ein Anrecht auf die Führung unter diesen Nationen zu besitzen, hütet sich aber, das nach außen zu betonen, um sich nicht in Gegensatz zu Moskau zu begeben. Nur ab und zu kommt der Anspruch zum Durchbruch, so als seinerzeit die inspirierte türkische Presse mit dieser Begründung einen ständigen Ratssitz für den Fall des Eintritts in den Völkerbund verlangte. Heute ist der Kernpunkt lediglich eine Art Interessengemeinschaft der von europäischem Einfluß befreiten Völker, bei welcher die Türkei die Rolle des *primus inter pares* spielen will. Ein Bündnis würde bei der militärischen Schwäche der beiden Partner und den zwischen den Völkern (nicht den Regierungen) bestehenden Gegensätzlichkeiten religiöser, kultureller und rassischer Natur nur eine Belastung bedeuten. Bei der ganzen Konstellation handelt es sich also durchaus nicht um machtpolitische Auswirkungen, sondern um eine reinliche Abgrenzung der Völkerinteressen und, vom Standpunkt der geschichtlichen Entwicklung gesehen, um das langsame Herauskristallisieren einer neuen staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung in Vorderasien.

Irak

Das Verhältnis zum Irak und speziell dessen König Feissal ist das einer ehrlichen Freundschaft. Da man sich türkischerseits endgültig mit dem Verlust von Mossul und auch der Provinz Suleimanié abgefunden hat und die Gefahr eines Übergreifens der Kurdenunruhen vom Irak her auf das praktisch erreichbare Minimum eingeschränkt ist, bestehen an der rund 400 km langen Grenze keine Gefahrenpunkte mehr. Nachdem England, der Schirmherr des Irak, die orientalische Frage mit der Besetzung von Mossul als Schlüsselstellung auf dem Landweg nach Indien in seinem Sinne gelöst und auf das Glacis gegen Rußland in Gestalt eines „autonomen Kurdenstaates“ verzichtet hat, steht es dieser Freundschaft wohlwollend gegenüber. Denn ihm ist heute eine starke und selbständige Türkei in der linken Flanke besagten Weges und als Hüter der Meerengen lieber als ein zum Kräfteinsatz zwingender Spielball der Mächte. Die Türkei war es in erster Linie, die bei Persien auf Bereinigung der persisch-irakischen Meinungsverschiedenheiten hinarbeitete und endlich, im Jahre 1929, auch die Anerkennung des neuen Königreiches Irak durch den Schah erreichte; diese Zwistigkeiten konnten ja die neue Interessengemeinschaft nur schwächen. Vielleicht liebäugelt man in Ankara auch mit dem Gedanken einer späteren Anlehnung des Irak an die oben skizzierte islamische Gruppe, man hütet sich aber wohl, in Gegensatz zu England zu geraten, welches die Kontrolle über das Zweistromland nicht wieder aufgeben wird.

Die wirtschaftlichen Beziehungen sind gering, und der Warenaustausch erreicht selten 1 Million T.Pfd.; er beschränkt sich in der Hauptsache auf den Kauf von Datteln und die Lieferung von etwas Schlachtvieh durch die Türkei. Hier aber gilt mutatis mutandis dasselbe, was bezüglich Persiens von der Kundensuche für die junge türkische Industrie gesagt wurde. Und diesem wirtschaftlichen Punkt wird in Ankara alle Aufmerksamkeit geschenkt.

Syrien

Eine Sonderstellung nimmt die Türkei gegenüber dem syrischen Mandatsgebiet ein. Sie beobachtet die dortige Entwicklung mit äußerstem Mißtrauen und Gewehr bei Fuß. Die Handelsbilanz mit Syrien ist für die Türkei normalerweise um 2 bis 4 Mill. T.Pfd. aktiv; geliefert werden vor allem Schlachtvieh, Getreide, Früchte (Pistazien), Tabak, Schnittholz und Wolle, bezogen vornehmlich Baumwollwaren, lebende Tiere (Kamele), Butter usw. Das ist das statistische Ergebnis; tatsächlich aber sieht das Bild anders aus. Nach Syrien gelangte ein großer Teil der nach den Kriegsmassakern überlebenden Armenier. Hier wurden im Winter 20/21 die französischen Truppen, in der Hauptsache armenische Legionen unter französischer Führung, nach dem Rückzug aus Zilizien demobilisiert, d. h. zunächst „für einen Winter“ behelfsmäßig in Hütten aus Kistenbrettern, leeren Petrolkanistern usw., vornehmlich in Beyrouth und Aleppo, untergebracht. Aus

einem Winter wurden acht, Frankreich gab kein Geld zur Seßhaftmachung her. Als die Verelendung der etwa 80000 bis 100000 Flüchtlinge auf dem Tiefpunkt angelangt war, griff das amerikanische Hilfswerk ein und begann die Ansiedlung im Einvernehmen mit dem französischen Oberkommissar Ponsot. Seit zirka zwei Jahren entstehen Armenierniederlassungen hart an der fast 700 km langen Grenze mit der Türkei, stets längs der Bagdadbahn bis nach Nissibin hin. Wo sich eine türkische Ortschaft oder Dorfgemeinschaft auf der einen Seite befindet, wird ihr auf der anderen der Grenze eine armenische gegenübergesetzt. Und hier entwickelte sich über das kaum zu überwachende, außerordentlich eingeschnittene Grenzgelände hinweg ein Schmuggelverkehr größten Stils. In Lastautos gelangen die unverzollten Güter quer durch Anatolien bis an das Schwarze Meer! Das Ausmaß ist natürlich nur sehr schwer festzustellen, syrische Handelshäuser schätzen diese illegale Einfuhr der Türkei auf 15 bis 25 Mill. T.Pfd. jährlich, also das Vielfache der ordnungsmäßigen Importe. Es ist das riesenhafte „Loch im Süden“ der Türkei, die sich zu recht kostspieligen Abwehrmaßnahmen und drakonischen Strafen gezwungen sieht. Standgerichte und Massenerschießungen können vielleicht einen anarchistischen Sumpf ausräumen, aber sie sind so wenig zu Dauereinrichtungen geeignet, wie die langfristige Bindung größerer Truppenmassen an einen kleinen Teil der Grenze.

Zu dem rein volkswirtschaftlich-fiskalischen Moment tritt noch ein anderes. Die Türkei sieht, ob mit Recht oder Unrecht, bleibe dahingestellt, in dieser Art Besetzung der Grenze durch ihre Erbfeinde eine, wenn auch latente, so doch ständige Bedrohung; zeigt sie eine gewisse Auswirkung schon jetzt, da angeblich diese neuen Niederlassungen Ausgangs- und Aufnahmestellungen für die zahlreichen Raubzüge nomadisierender Banden auf türkisches Gebiet darstellen. Man kann die türkische Auffassung der Lage verstehen, um so mehr, als das französische Oberkommissariat in Beyruth eine plausible Erklärung dieser eigenartigen Siedlungstaktik nicht zu geben vermochte. Es hat sehr den Anschein, als ob die Armenier, wie schon oft in ihrer blutgetränkten Geschichte, diesmal unter dem Druck bitterer Not, sich für die egoistischen Zwecke einer Großmacht einspannen lassen und damit erneut Gefahr laufen, eines Tages zwischen zwei überragenden Mächten zermahlen zu werden. Die syrische Grenzfrage ist zur Zeit das einzige wirklich brennende Problem auf dem Gebiet türkischer Außenpolitik; es enthält so viel Zündstoff, daß man ihm seine Aufmerksamkeit schenken muß.

ISMAIL HAKKI BEY TEWFIK:**Die Bahrein-Inseln**

Vor Mohammed stand ein Teil des Landes unter persischer Herrschaft, der Statthalter war Sefid Vecih (Asbads). Zur Zeit des Propheten bestand die Bevölkerung von Bahrein aus den Beni Abdül Kais bin Afsa, die aus der Tihâma gekommen waren und die Ijâd vertrieben hatten.

Im Jahre 627 wurde Ali bin Abdullah el Hadramî nach Bahrein gesandt, um den persischen Häuptling El Munsir bin Sâwî zu bekehren. Viele Perser, Juden und Christen lebten damals dort.

Nach Mohammeds Tode empörte sich Sureya bin Dubeiâ el Hutam bin Ghuwata. Bahrein war damals um 900 die Hochburg der Karmaten, die 922 die Stadt El-Ahsâ (El-Hofhuf) bauten. Ihr Gründer war Ebu Tahir Süleyman bin Ebu Said el Ghanabî.

Um 1330 wurde Bahrein von der Insel Hormuz durch Kutbeddin erobert. Ihr alter Name war Owâl (Awâl), die Bezeichnung El-Bahrein (zwei Meere) tritt erst später auf. Der alte Hauptort hieß Tarm (Dârin).

Am 20. Mai 1498 wurde durch die Landung des Portugiesen Vasco de Gama in Kalikut für den indischen und persisch-arabischen Handel Europas der Persische Meerbusen erschlossen.

Die Bahrein-Inseln wurden 1507 von den Portugiesen besetzt, doch zogen sie im Jahre 1622 von Schah Abbas Safewî geschlagen wieder ab, und die Perser waren wieder die Herren auf Bahrein. 1712 eroberte sie Sultan bin Seif II. von Oman.

Zuletzt waren die Perser von 1735 bis 1784 die Herren von Bahrein, nachdem Schah Nadir die Inseln 1735 erobert hatte. Auf diese Besetzung sich stützend, soll Persien im Dezember 1915 in einer Antwortnote auf ein russisches Ultimatum u. a. gefordert haben, daß England Persiens Oberhoheit über die Bahrein-Inseln anerkennt.

Englands Eintritt in das Handelsgebiet des Persischen Golfes fand mit der Begründung einer Faktorei in Dschaschk durch die Ostindische Kompagnie im Jahre 1616 statt, und zwar zu einer Zeit, da dies Feld kein jungfräuliches mehr war, denn die Portugiesen hatten sich schon über 100 Jahre früher in Hormuz festgesetzt.

Im Jahre 1763 erscheint der erste „Governor of the English Nation in the Persian Golf“ in Buschehr, also amtierte um diese Zeit schon im Westen der Meerenge von Hormuz eine Persönlichkeit, in dessen Interesse- und Arbeitskreis die gesamten am Golf anliegenden Landstriche fallen.

Zeitweilig mußte Bahrein Tribut an Maskat zahlen, bis im Jahre 1783 der Utubî (Otûb, Athubi)-Stamm von Subara auf dem arabischen Festland zusammen mit dem Es-Sabah-Stamm Bahrein besetzte und den herrschenden Stamm der Süleyman beseitigte. Zum Stamm Utubî gehört noch heute die Familie des Schechs von Bahrein.

Nach der Eroberung von Bagdad und Basra durch die Türken, standen die Bahrein-Inseln zeitweise in losem Verhältnis zur türkischen Verwaltung. Bis 1800 waren die Bahrein-Inseln unter ihrem neuen Chef vollständig unabhängig.

Von 1800 bis 1801 hatte wieder Maskat und von 1801 bis 1810 die Wahabiten unter ihrem Führer Abdul Asis die Gewalt über Bahrein.

Die Utubî kamen darauf wiederum ans Ruder, mußten aber oft an Oman oder Persien Tribut zahlen. Lord Curzon schreibt, daß einmal zu gleicher Zeit die Flaggen von England, Oman und Nedschd über dem Hauptorte Manâma wehten.

Am 5. Februar 1820 schloß sich der damalige Chef Suleyman bin Ahmed dem allgemeinen Verträge der Trucial Chiefs mit England an. Er verpflichtete sich den Verkauf, der durch Raub oder Seeraub erworbenen Güter in Bahrein zu verhindern.

Von 1820 bis 1828 bezahlte Bahrein Tribut an Maskat, 1830 an die Wahabiten.

Im Jahre 1839 wollte der ägyptische Kommandeur, der in der Nähe gegen die Wahabiten kämpfte, Bahrein angreifen, jedoch verhinderte dies England ebenso wie 1843 die persischen Absichten auf die Inseln.

Mohammed bin Halife, der Enkel von Suleyman bin Achmed schloß mit England 1847 und am 10. Mai 1856 einen Vertrag über die Unterdrückung der Sklaverei ab.

Als kurz darauf die Türkei wieder versuchte, ihre Anerkennung in Bahrein durchzusetzen, erklärte England, es habe mit dem unabhängigen Herrscher dort einen Vertrag abgeschlossen und würde es nicht dulden, daß er sich unter die Oberhoheit der Türkei stelle. Auch Persien versuchte 1867 die Inseln zu annektieren. Um den Schech noch mehr zu binden und die Annexionsversuche zu verhindern, wurden am 31. Mai 1861 und 16. September 1868, nachdem der Schech Ali bin Halife einen Seekrieg mit El-Katar geführt hatte, wieder Verträge mit England abgeschlossen, in denen der Schech sich bereit erklärte, Seeräuberei, Krieg und Sklavenhandel zu unterdrücken, für den Bruch des Friedens in jenem Seekriege aber wurden an die Engländer 100 000 englische Pfund Strafe bezahlt.

Im Verträge vom 31. Mai 1861 wurde die Schutzherrschaft Englands vom Schech anerkannt. Es war abgemacht, daß die Engländer dort nur 5% Einfuhrzoll zu bezahlen hatten.

In den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts, als das Sultanat von Oman sich von Sansibar unabhängig zu machen beginnt, setzte sich unterdes der englische Einfluß auch in Maskat fest. Ein Verwandter von Ali, namens Mohammed, eroberte Bahrein, tötete den Schech und beteiligte sich 1869 wieder am Seeraub, so daß die Engländer mit vier Kriegsschiffen seine Hauptstadt Manâma bombardierten und ihn zuerst nach Bombay, dann nach Aden deportierten. An Stelle des gestürzten Ali wurde 1869 dessen Sohn Issa ibn Ali El Halife von den Engländern zum Herrscher gemacht, der ihnen auch treu blieb und bis zu seiner Absetzung bis 1923 regierte.

Als die Türkei diese Vorfälle vom Wali von Bagdad erfuhr, beklagte sie sich durch ihre Botschaft in London bei der britischen Regierung und verlangte Aufklärungen über die Absetzung des Schechs von Bahrein, den sie als türkischen Untertanen betrachtete. Die Engländer antworteten, daß sie von diesen Vorfällen nichts wüßten, aber der dortigen Seeräubereien wegen ständig im Persischen Golfe englische Kriegsschiffe sich befänden, übrigens erfahre die englische Regierung zum ersten Male, daß die Bahrein-Inseln der Türkei gehören, während dagegen die Perser seit langer Zeit schon die Oberhoheit über die Inseln reklamiert hätten. Der türkische Botschafter entgegnete, daß Persien kein Recht auf die Oberhoheit über Arabien beanspruchen könnte und daß die Bahrein-Inseln seit alten Zeiten zu Basra gehörten. Somit seien seit der Eroberung von Bagdad und Basra die Bahrein-Inseln als zur Türkei zugehörig zu betrachten.

Die Engländer behaupteten später, daß Ali Pascha am 15. April 1871 auf der Englischen Botschaft in Istanbul erklärt haben sollte, daß die Türkei keinen Anspruch auf die Oberhoheit über die Bahrein-Inseln hätte. Diese Erklärungen, die nicht schriftlich festgesetzt worden sind, wurden später von der Hohen Pforte dementiert. Der türkische Botschafter in London erklärte, daß die Bahrein-Inseln zum Nedschd zugehörig wären und somit der Oberhoheit der Türkei unterständen. Leider hatte es der Botschafter unterlassen, diese Erklärung schriftlich abzugeben.

Die Engländer errichteten unterdessen Gebäude in Bahrein und stellten dem Schech 20 Soldaten als Leibwache zur Verfügung. Auf die Vorstellungen der Türkei antwortete der Außenminister Lord Granville mit folgender Depesche¹⁾:

Nr.: 4965/176.

8 août 1872.

Monsieur l'Ambassadeur,

Dans une conversation que j'ai eu avec Votre Excellence au sujet de l'île de Bahrein, vous m'aviez déclaré que vous étiez chargé par votre Gouvernement de faire des représentations amicales à l'égard de tout empiétement sur le territoire appartenant au Sultan, et j'avais alors promis à Votre Excellence que je ferais des investigations là-dessus. J'ai maintenant l'honneur d'informer Votre Excellence que le Secrétaire d'État pour les Indes a prié son Gouvernement de lui fournir des explications sur les procédés faisant l'objet des démarches de Votre Excellence.

Cependant, en attendant le résultat de ces enquêtes le Gouvernement du Sultan peut être assuré que ce n'est point le désir du Gouvernement de Sa Majesté d'intervenir dans les affaires du Golfe Persique à moins qu'elles ne concernent ce qui est imposé par le Traité conclu en vue de maintenir la paix dans ces eaux.

J'ai l'honneur d'être avec la plus haute considération etc.

(signé): Granville.

Die Türkei nahm diese Erklärung leichtgläubig hin und war der Meinung, daß die englische Regierung nunmehr in die Angelegenheiten des Persischen Golfes sich nicht mehr einmischen würde. Aber schon zwei Jahre später, als der englische Konsul in Basra meldete, daß die Türkei die Bahrein-Leute zum Militärdienste

¹⁾ Entgegen unserer sonstigen Gepflogenheit geben wir die diplomatischen Akten im Urtext, da es sich hier um erstmalige Veröffentlichung handelt.

heranziehen würde, richtete Lord Derby am 14. April 1874 folgendes Schreiben an die türkische Botschaft in London:

Nr. 5457/107.

14 Avril 1874.

Monsieur l'Ambassadeur,

Le Gouvernement de Sa Majesté avait pris en considération la dépêche télégraphique de Rachid Pacha que Votre Excellence a bien voulu communiquer à mon prédécesseur le 8 janvier dernier relative aux droits de la Porte d'appliquer la loi de conscription envers quelques natifs de Bahrein résidant à Bassorah.

J'ai maintenant l'honneur de prier Votre Excellence de rappeler à Rachid Pacha que d'après les assurances données par le Gouverneur Général de Bagdad, les personnes soumises à la conscription appartenant à des familles ayant émigré à Bassorah il y a 46 ans s'y étant établies et ayant acquis des propriétés foncières et que ces individus eux-mêmes étaient nés dans la ville susmentionnée, l'Ambassadeur de Sa Majesté à Constantinople répondit à la Sublime Porte que dans ce cas le Gouvernement de Sa Majesté ne voyait aucune juste raison pour soulever des objections sur l'enrôlement de ces hommes et que le Consul Général de Sa Majesté à Bagdad avait reçu des instructions visant cela, mais Son Excellence ajouta que le Colonel Herbert ne voyait aucune raison de traiter les Bahreinistes comme natifs d'une possession Ottomane. Rachid Pacha répondit en assurant Sir H. Elliot que la Porte ne nourrissait aucune intention de considérer les Bahreinistes comme ses sujets et se chargea d'écrire au Vali de Bagdad en ce sens.

Cependant, en dépit de ces assurances Son Excellence signifie dans son télégramme susmentionné à vous adressé que la Porte revendiquait encore ses droits de souveraineté sur les îles de Bahrein.

Le renouvellement de cette réclamation de la part de la Sublime Porte m'oblige à reporter Votre Excellence vers les communications faites à Votre Gouvernement en 1851 et 1870, déclarant distinctement que le Gouvernement de Sa Majesté n'admettait aucune prétention de la Turquie considérant Bahrein comme faisant partie de l'Empire Ottoman et que si quelques natifs de l'île en question se sont adressés aux Consuls Britanniques en Turquie pour demander protection c'est parceque ces derniers ne leur pouvaient refuser leurs bons offices à l'égard de sujets d'un Chef avec lequel le Gouvernement de Sa Majesté est en relations amicales.

signé: Derby.

Andererseits berichtete der türkische Botschafter Musurus Pascha an die Hohe Pforte am 13. Juni 1874, daß der englische Konsul in Bagdad Befehl bekommen hätte, nur die aus den Bahrein-Inseln kommenden und nur vorübergehend in der Türkei sich aufhaltenden Bahrein-Leute zu beschützen, dagegen um die schon immer auf dem Festlande wohnenden Bahrein-Leute sich nicht zu kümmern. England hätte nicht die Absicht, seine Oberhoheit auf die Bahrein-Inseln auszudehnen und betrachte diese Inseln als unabhängigen Staat. Erst viele Jahre später schließt England Verträge mit dem Schech von Bahrein ab und sichert sich somit die Oberhoheit über diese Inseln.

Durch die Verträge, die der Schech von Bahrein mit England am 22. Dezember 1880 und 13. März 1892 schloß, stellte er sich unter britischem Schutz. Die Verträge lauten wörtlich folgendermaßen:

I, Isa bin Ali Al Khalifa, Chief of Bahrein, hereby bind myself and successors in the Government of Bahrein to the British Government to abstain from entering into negotiations or making treaties of any sort with any State or Government other than the British without the

consent of the said British Government, and to refuse permission to any other Government than the British to establish diplomatic or consular agencies or coaling depôts in our territory, unless with the consent of the British Government.

This engagement does not apply to or affect the customary friendly correspondence with the local authorities of neighbouring States on business of minor importance.

The above Agreement is subject to the approval and acceptance of His Excellency the Viceroy and Governor-General of India in Council.

Isa Bin Ali
Ahmed Bin Ali

Signed and sealed at Bahrein on the twenty-second day of December one thousand eight hundred and eighty in my presence.

E. C. Ross, Lieut.-Col.
Political Resident, Persian Gulf

The above Agreement was accepted and ratified by Her Britannic Majesty's Government in 1881.

E. C. Ross, Colonel
Political Resident, Persian Gulf

I, Esau bin Ali, Chief of Bahrein, in the presence of Lieutenant-Colonel A. C. Talbot, C. I. E., Political Resident, Persian Gulf, do hereby solemnly bind myself and agree, on behalf of myself, my heirs and successors, to the following conditions, viz.:

- 1st. — That I will on no account enter into any agreement or correspondence with any power other than the British Government.
- 2nd. — That without the assent of the British Government, I will not consent to the residence within my territory of the agent of any other Government.
- 3rd. — That I will on no account cede, sell, mortgage or otherwise give for occupation any part of my territory save to the British Government.

Dated Bahrein, 13th. March 1892, corresponding with 14th. Shaaban 1309.

Esau bin Ali, Chief of Bahrein

A. C. Talbot, Lieut.-Col.
Resident, Persian Gulf.

Lansdowne,
Viceroy and Governor-General of India.

Ratified by His Excellency the Viceroy and Governor-General of India at Simla on the Twelfth day of May 1892.

H. M. Durand,
Secretary to the Government of India, Foreign Department.

Der Schech von Bahrein verpflichtete sich also, mit keiner Macht außer mit England Verträge zu schließen oder in Schriftverkehr zu treten, kein Land an fremde Regierungen abzutreten oder die Niederlassung eines anderen Konsuls als des englischen in Bahrein zuzulassen. Formell war Schech Issa jedoch noch unabhängiger Herrscher, der aber zugunsten Englands auf einen großen Teil seiner Hoheitsrechte verzichtet hatte.

Ein politischer britischer Agent, der dem britischen Residenten in Buschehr untersteht, kontrolliert den Schech in allen Staatsangelegenheiten. Seit längerer Zeit ist dem britischen Agenten in Bahrein auch ein indischer Assistent mohammedanischer Religion unterstellt.

Der Schech hat als ausübendes Regierungsorgan einen Wesir, dem er die Staatsgeschäfte überträgt.

Durch diese Verträge pflanzte England endlich 1892 auf den Bahrein-Inseln seine Flagge auf. Es tat hiermit einen weiteren Schritt zur Sicherung seines Weges nach Indien. Seitdem nimmt England das Polizeirecht im Persischen Golfe für sich in Anspruch, um, wie es heißt, den Waffenschmuggel nach der ihm untertänigen Küste Belutschistans zu wahren. Nach einem Berichte der persischen Zeitung „Schafak Schark“ sind jedoch in Wirklichkeit trotz des Vertrages vom 30. April 1898 die Bahrein-Inseln unter der wohlwollenden Begünstigung der Engländer ein Schmugglernest geworden, das den persischen Handel schwer schädigt und von wo aus an die persischen Stämme in Persien Waffen verkauft werden. Der britische Generalkonsul in Buschehr entfaltet heute noch bei den persischen Schechs eine englandfreundliche Propaganda und scheut nicht, für diesen Zweck persönlich auch nach Bahrein zu fahren und zu verhandeln.

Wie oben ersichtlich, hat England auch die türkischen Ansprüche auf Bahrein stets zurückgewiesen. Als im Jahre 1892 die Türkei Steuern von den Bahrein-Leuten in Basra erhob, sandte die englische Botschaft in Istanbul eine Note, datiert vom 11. November 1892, an die Hohe Pforte. In dieser Note wird mitgeteilt, daß Bahrein „under British protection“ stände und daß deshalb die Türkei sich in keiner Weise in die Angelegenheiten der Bahrein-Leute einzumischen hätte.

Die Hohe Pforte erklärte der Englischen Botschaft in ihrem Schreiben vom 4. April 1893, daß sie diese Behauptungen nicht annehmen könne und berief sich auf ihre Noten vom 8. August 1872 und 14. April 1874, die sie durch ihre Botschaft in London der englischen Regierung übermittelt hatte.

Die englische Regierung entgegnete hierauf in ihrem Schreiben vom 9. Mai 1893, daß die indische Regierung schon 1820 die Unabhängigkeit der Bahrein-Inseln anerkannt und mit dem dortigen Schech Verträge abgeschlossen hätte und deshalb die Oberhoheit der Türkei über Bahrein nicht anerkennen könne.

Im Verträge vom 30. April 1898 mit England verpflichtet sich der Schech keine Waffen zu importieren oder zu exportieren.

Im Jahre 1911 wurden einige Bahrein-Leute in Basra verhaftet, England verlangte von der Türkei deren Freilassung und stellte noch einmal seinen Standpunkt über Bahrein dar. Die Türkei, die gerade mit dem Bagdad-Bahn-Projekt beschäftigt war, beschloß vorläufig, diese Frage nicht aufzurollen und antwortete der Englischen Botschaft, daß diese Frage mit allen anderen Fragen des Persischen Golfes zusammen gelöst werden müßte. 1912 wünschte der englische Resident von Buschehr, daß der Schech von Bahrein ein Viertel seiner Zolleinkünfte zu Meliorationen und Anstellung eines englischen Richters für Zivilsachen verwandte. Da er sich weigerte, verschob der Resident von Buschehr die Regelung dieser Frage auf spätere Zeiten.

Im Vertrage Nr. 5 vom 29. Juli 1913, den der türkische Staatsmann und frühere Großwesir Ibrahim Hakki Pascha in London unterzeichnete, verzichtet die Türkei auf die Oberhoheit über die Bahrein-Inseln einschließlich der beiden kleinen Inseln „Libnanül Aliye“ und „Libnanüs Safile“, sie erkennt die Unabhängigkeit der Bahrein-Inseln an und England erklärt, daß die Bahrein-Inseln niemals dem Britischen Reiche einverleibt würden. Die Englische Regierung garantiert der Türkei, daß der Schech von Bahrein den türkischen Staatsangehörigen in der Perlenfischerei die Meistbegünstigung gewährt und keine höheren Steuern von ihnen eintreibt. Laut Artikel 3 und 16 des Lausanner Vertrages vom 24. Juli 1923 verzichtete die Türkei auf alle ihre Rechte über die Gebiete außerhalb der neu festgesetzten Grenzen. Im Vertrage zwischen dem Nedschd und England vom 26. Dezember 1915, der am 18. Juli 1916 ratifiziert wurde, verpflichtet sich der Nedschd, das Gebiet von Bahrein, dessen Herrscher mit England in Vertragsbeziehungen stand, nicht anzugreifen. Dieser Vertrag wurde dann später durch den Vertrag von Dschiddah vom 20. Mai 1927 ersetzt. In dem Vertrag von Dschiddah wird bestätigt und anerkannt, daß Bahrein im besonderen Vertragsverhältnis zu England stehe, d. h. es ist ihm untersagt, Beziehungen mit dritten Mächten anzuknüpfen. Bahrein ist nunmehr englische Interessenzzone, die vom außereuropäischen Verkehr abgeschnitten bleibt. Der Nedschd verpflichtet sich, freundliche und friedliche Beziehungen zu Bahrein zu unterhalten.

Hierauf protestierte Persien und machte wieder seine Ansprüche auf die Bahrein-Inseln geltend, sie wurden jedoch im Februar 1928 von England auf das Entschiedenste zurückgewiesen.

Übrigens beansprucht heute noch der Schech von Bahrein den westlichen Teil der Katarhalbinsel, die bis 1914 faktisch türkisch gewesen war.

Im August 1930 protestierte Persien beim Völkerbund gegen England wegen englischer Petroleumkonzessionen auf den Bahrein-Inseln. Der persische Außenminister übermittelte dem Generalsekretär des Völkerbundes zur Bekanntgabe an sämtliche Mitgliedsstaaten ein an den englischen Gesandten in Teheran gerichtetes Schreiben, in dem die persische Regierung gegen den neuen Bruch des souveränen Rechtes Persiens auf die Bahrein-Inseln durch England Protest erhebt. In dem Schreiben heißt es, ein englisches Syndikat habe von dem Schech der Bahrein-Inseln eine Konzession zur Ölausbeutung auf den Inseln erhalten und die Arbeit dort aufgenommen. Die persische Regierung müsse jedoch feststellen, daß die Bahrein-Inseln zweifellos einen integrierenden Bestandteil Persiens bilden. Die persische Regierung protestiere energisch gegen jede Konzession, die nicht unmittelbar von der persischen Regierung auf den Inseln erteilt worden ist.

Die persische Regierung stützt sich hierbei auf die Rechte, die ihr im Jahre 1927/28 durch die englische Regierung und den Völkerbund auf der Grundlage der Anerkennung der Rechte Persiens vom Jahre 1869 voll bestätigt worden waren.

Dieser Protest Persiens wird wie bisher von englischer Seite entschieden zurückgewiesen werden, denn London ist der Meinung, daß der persische Anspruch völlig unbegründet sei. Außenminister Henderson wird wahrscheinlich nicht minder scharfe Worte zur Zurückweisung finden wie seinerzeit sein Vorgänger Chamberlain. In England vermutet man, daß an dem persischen Vorgehen ausländische, vielleicht bolschewistische oder amerikanische Kreise interessiert sind, denen an einer Ausbeutung der Ölquellen und der Perlenfischerei auf der Insel gelegen sei.

England beabsichtigt in nächster Zeit die britische politische Residenz im Persischen Golf von Buschehr nach Bahrein zu überführen. Diese Änderung steht nicht nur im Zusammenhang mit der bevorstehenden Abänderung der indischen Fluglinie, sondern wird auch dazu dienen, die englische Herrschaft über Bahrein zu festigen und den persischen Ansprüchen ein für allemal ein Ende zu machen.

Somit hat England durch Uneinigkeit und Schwäche der arabischen Staaten nicht nur im Persischen Golf festen Fuß gefaßt, sondern auch im Roten Meere, wo die Inseln Kamaran und Farsan ganz unter englische Oberhoheit geraten sind.

Name und Lage: Der Name „Bahrein“ bezeichnete früher die Länder „El Ahsa“ und „El-Katar“, er wird heute nur noch für ein Archipel von fünf Inseln, und zwar für die Inseln „Bahrein“ (früher „Aval“, „Owal“ oder „Hawila“, im Altertum „Tylus“), „Moharrek“, „Umm Na'san“ (unbewohnt), „Sitra“ und „Nebi Salih“ gebraucht. Diese fünf Inseln sind im Osten Arabiens an der Südwestküste des Persischen Golfes, 30,4 km von der Küste entfernt, im Winkel, welcher El-Katar von El-Ahsa trennt, in dem von der Halbinsel El-Katar gebildeten Golfe gelegen.

Fläche, Bodengestaltung, Klima und Sprache: Die Fläche der Bahrein-Inseln beträgt 552 qkm. Die Bodenerhebungen sind gering, der Dschebel Duchân weist 150 m Höhe auf. Die Küsten sind sehr flach und von vielen Sandbänken umgeben. Es gibt zahlreiche ergiebige Quellen, selbst unterseeische (Kewkeb). Der Boden liefert viel Datteln, Mandeln, Limonen, Granatäpfel, Weintrauben, Feigen, Weizen und Gerste. Das Klima ist heiß, lau und schwül. Es regnet nie. Die arabische Schrift und Sprache sind gebräuchlich und vorherrschend. Als Geschäftssprache wird auch persisch gebraucht.

Handel: Es gibt 15 bedeutende Handelshäuser. Im Jahre 1927 betrug die Einfuhr 13 227 000 Rupien, die Ausfuhr 8 359 000 Rupien.

Die hauptsächlichsten Ausfuhrprodukte waren: Perlen im Werte von 2 059 000 Rupien, Reis von 2 233 000 R., Baumwollwaren von 1 676 000 R., Zucker von 773 000 R., Kaffee von 428 000 R. Die Bahrein-Inseln, die 1025 Perlfischersegler besitzen, bilden den Mittelpunkt der umfangreichen Perlfischerei im Persischen Meerbusen. Der Perlenhandel dauert jedes Jahr von April bis Oktober. Besonders dieser reichen Perlenfischerei wegen waren die Inseln immer eine begehrten Beute umliegender Stämme. Außerdem gibt es in Bahrein Webereien, Färbereien und Schneiderateliers. Die Eselzucht erzeugt eine ganz besondere große weiße Eselrasse.

Münzen: Die indische Rupie ist im Umlauf, daneben kursieren der Kran von Bahrein ($\frac{2}{5}$ der indischen Rupie). Der Maria-Theresien-Taler wird überall im Lande angenommen.

Maße: Miskâl (72 Gramm). Gewichte für Perlen sind: Poonah (0,1927 Gramm, 0,205 frz. Karat). Elle zu 60 Zentimeter.

Gerichte und Verwaltung: Manâma und Muharrek haben je einen Emir. Die wichtigsten Gerichtsverfahren werden einem Großkadi zur Verhandlung übergeben, die anderen Gerichtsverhandlungen werden von einem sunnitischen Schech in Muharrek und einem schiitischen Schech in Manâma, sowie sieben Kadis geleitet. Das Handelsgericht (Medchlis Urfi) leitet

seine Verfahren mit Einverständnis des politischen britischen Agenten. Das Schiedsgericht für Perlenangelegenheiten heißt Sâdifet ül Ghaws.

Die Bewohner: Die Bahrein-Inseln hatten im Jahre 1930: 120 911 Einwohner, von denen 120 656 der mohammedanischen Religion angehörten. Die üppige und verschiedenartige Lebensweise der Bewohner ist beeinflusst durch die persische und indische Kultur.

Der Islam faßte festen Fuß auf diesen Inseln, als die Küste von den Arabern islamisiert wurde. Der Islam wurde hier sehr früh eingeführt. Im Jahre 627 wurde Ali bin Abdullah el Hadrami nach Bahrein gesandt, um den persischen Häuptling El Mundsir bin Sâwi zu bekehren.

Die Mohammedaner verteilen sich nach Rassen und Sekten folgendermaßen:

	Sunniten	Schiiten	Summe
Utubî (Otûb)	55 000	—	55 000
Baharina	—	45 000	45 000
Neger	11 000	—	11 000
Huwala	—	2 500	2 500
Perser	100	2 000	2 100
Hasa und Katif Araber ...	2 000	—	2 000
Dawâsir	2 000	—	2 000
Irak Araber	200	300	500
Sâda	400	—	400
Inder	130	20	150
Türken	6	—	6
	68 836	51 820	120 656

Utubî: aus Zubara eingewanderte Araber; Baharina: Landarbeiter und Fischer; Huwala: Araber aus Persien; Dawâsir: Wahabiten, die 1845 aus dem Nedschd eingewandert sind; Sâda: Nachkommen der Propheten; die Sunniten gehören zum größten Teil der malekitischen Sekte an. Dr. Hubert Jansen gibt in seiner Broschüre „Die Verbreitung des Islams“ 51 000 Sunniten und 17 000 Schiiten, also nur 68 000 Mohammedaner für das Jahr 1897 an.

Der Rest der nichtmohammedanischen Bevölkerung verteilt sich folgendermaßen: Inder 150; Juden 50; Syrer 40; Engländer 10; Chaldäer 5. Summe: 255.

Städte: Von den 120 911 Einwohnern leben 82 611 in den Städten: Manâma (Menâma): 25 000 Einwohner. Hauptstadt und Haupthafen. Sitz des Schechs im Winter und Residenz des britischen politischen Agenten. Handelsmittelpunkt mit zwei Häfen, einem reichen Basar und großen Karawansereien. Muharrek (Moharrak): (Moharek, Maharrak) 20 000 Einwohner, Sitz des Schechs im Sommer. Bodadscha (Bodayya): 8000 Einwohner. El Hadd: 7000 Einwohner. Die Zahl der Dörfer beträgt 50.

Notabeln: In Manâma: Nasir Mubarek El Hayri.

Herrscherhaus: Das Herrscherhaus aus dem Stamme der Utubi gehört der sunnitisch-malekitischen Sekte an. Dieses Herrscherhaus regiert seit 1783. Der heutige Schech der Bahrein-Inseln „Sir“ Hamid ibn Isa el Halife regiert seit 1923, er wohnt im Winter in Manâma und im Sommer in Muharrek.

Armee: 30 Soldaten aus Britisch-Indien als Leibwache des Schechs.

Benutzte Quellen: Eigene Notizen. — Englische amtliche Angaben. — Türkische amtliche Angaben. — Bahren Adalari Mes'eleli, Hariciye Nezareti, Babi Ali, Istanbul, Matbai Amire, 1334 (1918). — Kurt Ziemke: Die neue Türkei. Stuttgart, Berlin und Leipzig 1930. — Neue Freie Presse. Wien, 31. 7. 1913. — Türkische Post. Istanbul, 5. 5. 1928 und 3. 9. 1930 sowie 14. 9. 1930. — Annuaire du Monde Musulman. Paris, Ernest Leroux. — Aitchison, C. N.: A Collection of treaties, engagements and sanads, relating to India and neighbouring countries. Calcutta 1909. Band XXII, Nr. XXXIII und XXXIV. — Reichspost. Wien, 27. August 1930. — Journal de Genève. Genf, 27. 8. 1930. — Hubert Hansen: Verbreitung des Islams. Friedrichshagen bei Berlin, 1897. — Izvestia, Moskau, 28. August 1930. — Fritz Bleiber: Die Bahrein-Inseln. Zeitschrift für Geopolitik. 1929. — Hans Kohn: Geschichte der nationalen Bewegung im Orient. Berlin-Grünwald 1928.

PAUL FR. LÜDORF:
Zur Geopolitik Nordarabiens

Den eigentlichen Lebensraum Nordarabiens, allerdings von heute sehr beschränkter Tragfähigkeit, bildet das Hochland Nedschd, die Wiege altarabischer Kultur. Allseitig vorgelagerte, wüstenartige Sperrgebiete haben von jeher das Eindringen fremder Einflüsse erschwert. Daher blieb diese Zentrallandschaft der geopolitisch sonst so exponierten Halbinsel bis zum heutigen Tage politisch unabhängig. In der Bodenformation herrscht hier die Steppe vor. Die Höhenlage des Tafellandes (durchschnittlich 1000 m) bedingt ein erträgliches Klima. Weidegründe sind verhältnismäßig gut und ausgedehnt. Der Boden ist auf weite Strecken hin kulturfähig. Nach Norden und Osten dehnen sich weite Sandwüsten. Bekannt ist der im Norden liegende sog. „große Nefûd“ von etwa 450 km Längenausdehnung. Die unter dem Drucke des Windes wandernden Dünen erreichen oft Höhen von über 100 m. Unter dem Einfluß der Sonnenstrahlung können sie nahezu unpassierbar werden; sie sind daher als sehr schwere Hindernisse zu bewerten.

Am Westrande von Nedschd, jenseits der Wasserscheide, ist der stärker gegliederte Hedschas vorgelagert, die Schlüsselstellung für die Beherrschung Nordarabiens. Zwischen Küste und Tafelland erhebt sich hier ein Randgebirge, das zwischen El Wedsch und Akaba über 2000 m Höhe erreicht und in seinem östlichen Teile vulkanische Durchbrüche aufweist. Diese bilden vielfach ausgedehnte Felder (arab. „harra“) mit oft scharfkantig zerborstener Lava, absolute Hindernisse für den bodengebundenen Verkehr. Nach Nordwesten zu findet der Hedschas seine natürliche Fortsetzung in der Sinaihalbinsel mit durchaus ähnlichen Bodenverhältnissen und der gleichen geringen politischen Leitfähigkeit.

Entscheidend für alles politische Geschehen in Arabien ist von jeher die Wasserfrage. Perennierende Wasserläufe fehlen gänzlich. Die auf einen kleinen Zeitraum des Jahres zusammengedrängten Niederschläge fließen schnell in Form sog. „sêl“ (= Flut, wildes Wasser) ab. In regelmäßiger Wiederkehr haben sie Flußbetten (arab. „wadi“) von zum Teil ungeheuren Dimensionen in den Boden gegraben. Im Entwässerungsgebiet des Hedschas ist insbesondere der Wadi el Ilamd bemerkenswert, der von Hedije aus nach Nordwesten verläuft. In der geschickten Ausnutzung der meist trocken liegenden Wadis bewiesen die Beduinen stets ihre meisterhafte Anpassung an das Gelände. Praktischen Wert hat vornehmlich das durch Brunnen erschlossene Grundwasser, das allerdings noch oft salzig und brackig ist. Die als Karawanen- oder Pilgerstraßen bekannten Routen bestehen aus einer Kette von Brunnen auf Tagemarschentfernung. Zeigt die Niederschlagsbewegung Unregelmäßigkeiten, so ist leicht eine Verödung und Verelendung weiter Landstriche die Folge. Besitz der spärlichen Wasserquellen entscheidet über Leben und

Tod; Kampf um Wasser ist Kampf um die Macht. Sicherlich war der durch Wassermangel begründete Wüstencharakter des Landes in früheren Jahrhunderten weniger ausgeprägt. Er ist später durch fast restlose Vernichtung der Baumbestände rapide gesteigert worden. Wenn die Angaben über das langsame Absinken des Wasserspiegels in den Brunnen Nordarabiens stimmen, dürfte die Vermutung einer weiteren Verödung des Landes — vielleicht Hand in Hand mit tektonischen Erscheinungen — zutreffen.

Spärliche Weidegründe, deren Ertrag nur an einen kurzen Zeitabschnitt des Jahres gebunden ist, verweisen die ohnehin sehr spärliche Bevölkerung auf Viehzucht und Nomadenleben. Fest ansässige Volksteile treten stark zurück. Sie dürften im ganzen Hedschas, Nedschd und Sinai kaum eine Viertelmillion betragen. Der nomadisierende Beduine ist ein durch Geschichte und Landschaft zwangsläufig entwickelter Menschentypus. Raub als rechtmäßige Erwerbsquelle in zahllosen Stammesfehden hat seinen materiellen Sinn überaus stark entwickelt. Gold erfreut sich einer ungeheuren Wertschätzung. So wenig brauchbar der Beduine im offenen Kampfe ist, so glänzend versteht er es, sich dem vertraut gewordenen Gelände anzupassen. Und hier liegt der Grund für seine passive Überlegenheit auch modernen technischen Kampfmitteln gegenüber.

Die Hedschasbahn, Nordarabiens einzige Landverkehrslinie, verbindet auf 1300 km eingleisiger Strecke Damaskus mit Medina. Sie wurde unter Sultan Abdul Hamid zur Betonung des panislamischen Gedankens gebaut. Ihr strategischer oder gar wirtschaftlicher Wert war gering. Seit dem Weltkriege ist sie verfallen. Die ihr im Kriege zuge dachte Rolle wurde durch die absolute Abhängigkeit von der ohnehin überlasteten Landzufuhr aus Mitteleuropa bis zur Unmöglichkeit erschwert. Als Ausdrucksform einer politischen Kraftlinie war sie nicht stark genug, um den Abfall des Hedschas zu verhindern.

Durch das bunte Spiel der Orientpolitik der letzten Jahrzehnte zieht sich ununterbrochen als Leitmotiv Englands Kampf um den Suezkanal. Empfund man auch in London unsere Politik in der Türkei und in Afrika als Spitze gegen Indien, so dachte doch niemand ernsthaft an eine direkte Bedrohung des wertvollen Kanals. Denn zwischen ihm und einem eventuellen Aufmarschgebiet lag der Sperrgürtel des Sinai mit dem anschließenden Hedschas.

Der ungleiche Kampf des Weltkrieges zwischen den kontinental gebundenen Mittelmächten und den seebeherrschenden Angelsachsen mußte einen Plan reifen lassen: Das insulare England dort anzugreifen, wo es gezwungen war, mit der wichtigsten Kraftlinie seines Imperiums „an Land zu gehen“. Aus Mangel an geopolitischem Blick nicht rechtzeitig vorbereitet, blieb die große Idee der Bedrohung des Suezkanals in der Form einer gigantischen Improvisation stecken. Mangel an Stetigkeit in der Zielsetzung schwächte die Stoßkraft einer kostbaren Waffe ab. Der berühmte erste Vorstoß hatte bereits auf dem jenseitigen Kanalufer Fuß gefaßt.



Nach schwierigsten Vorbereitungen, ohne Lastautos, nach mühsamer technischer Vervollkommnung der wenigen Wasserstellen und der Organisation großer Wassertransportkolonnen war ein Expeditionskorps von 13 000 Mann mit 20 000 Kamelen auf 450 km wasserarmer Landstrecke überraschend an den Kanal und intakt zurückgeführt worden. Peinlich überrascht von der eigenen Überschätzung des Wüstenglacis schritt England zur Inbesitznahme des Sinaigebietes und Palästinas.

Als wichtigste Vorbedingung hierzu wurde von Ägypten her eine Wasserleitung und eine Eisenbahn gebaut.

Als sich im Jahre 1916 die arabische Frage mit Englands Hilfe im Aufstande des Scherif Hussein von Mekka entlud, war dieser Bewegung eine allgemeine Stoßrichtung nach Norden zur Bedrohung der Türken in Syrien zugedacht. Die Hemmungen des Bodens veranlaßten England, sich auf die sehr kostspielige Rolle des Organisators zu beschränken. Ungeheure Geldmittel mußten immer wieder beschafft werden, um die Stoßkraft der großarabischen Idee lebendig zu halten. Die Aufstandsbewegung kam erst in Fluß, als englische Kriegsschiffe mitwirkten und Material und Wasservorräte landeten. Ohne deren Mithilfe wäre sie im Gelände versackt. So dienten nacheinander die Küstenplätze Dschidda, Rabigh, Jambo, el Wedsch und Akaba als Basis. Typisch für die geringe politische Leitfähigkeit des Gebiets ist die Tatsache, daß der Aufstand mehr als zwei volle Jahre brauchte, bevor er in Syrien unbequem fühlbar wurde.

Nachdem die Türkei niedergeworfen war, mußte in Englands Interesse die großarabische Idee verschwinden. So entstand mit Hilfe der dehnbaren Rechtsbegriffe von Mandaten und Protektoraten das bekannte System von Interessensphären, um Englands eigentliches Kriegsziel im Orient, die Landverbindung nach Indien, auszubauen. Während der alte Scherif Hussein noch König des Hedschas bleiben durfte, entstand über Palästina, Transjordanland und Irak die neue Landbrücke. Als die Türkei das Kalifat abschaffte, machte sich der in seinem Ehrgeiz bereits lächerliche dreiundachtzigjährige Hussein zum Kalifen. Bald darauf wurde er von Ibn Saûd, dem im Nedschd unabhängig gebliebenen Stammesfürsten, verdrängt. Seit Anfang 1926 besitzt Ibn Saûd den Hedschas, Nordarabiens Schlüsselstellung.

In der nächsten Phase dieses Kampfes wird wieder in überaus deutlicher Weise der Kampf um das Wasser zum Kampf um die Macht. Das Ziel Englands ist die Oase Dschôf el Emir, deren Besitz für die Beherrschung der gleichnamigen Provinz Vorbedingung ist. Bleibt dieser Brückenkopf nördlich des großen Nefûd in der Hand des Ibn Saûds, so ist die englische Landbrücke bedroht.

Entscheidend würde der Kampf aber erst im Hedschas werden, dessen Bedeutung als Schlüsselstellung in diesem Zusammenhang besonders klar zutage tritt. Der Besitz eines Flottenstützpunktes südlich von Akaba mit einer Verbindung zur Hedschasbahn, ein von England angestrebtes Ziel, würde Nordarabien einem starken englischen Drucke von beiden Seiten her aussetzen. Die Eigenart des Bodens aber und eine unverändert traditionelle Feindseligkeit der Bevölkerung gegen jeden Versuch fremden Eindringens werden sich auf absehbare Zeit noch als wirksam erweisen. Und daß die sonst beliebte Form der Durchdringung mit Hilfe eines abhängigen Vasallenfürsten auch keinen nachhaltigen Erfolg verspricht, hat das Beispiel des Scherifen Hussein ausreichend bewiesen.

HANS KOHN:

Neue Entwicklungen im vorderen Orient

Irak und der Völkerbund. — Nationale Wirtschaftspolitik. — Ein vorderasiatisches Bündnis-system. — Verfassung in Syrien. — Fortschritt und Rückschritt in Palästina. — Die Finanzen des Hedschas. — Zwischenzeit in Ägypten.

Die Aufnahme Iraks in den Völkerbund, seit zwei Jahren diskutiert, ist nun beschlossen und wird im September formal vollzogen werden. Irak hat eine Anzahl von Bedingungen angenommen, unter ihnen einen Minderheitenschutz, der sich im wesentlichen nicht von jenen Minderheitenschutzverträgen unterscheidet, die andere neue Staaten nach dem Weltkrieg unterzeichnet haben. Die zwei anderen Verpflichtungen sind drückender. In der einen verpflichtet sich Irak, durch zehn Jahre an seinen Gerichtshöfen ausländische Richter anzustellen. Das ist ein Überrest des alten Systems der Kapitulationen, freilich auf das geringste Maß abgeschwächt dadurch, daß vor den irakischen Gerichten kein Unterschied zwischen In- und Ausländern gemacht wird, daß beide den gleichen Gerichten, Gesetzen und Richtern unterliegen, daß die Anstellung ausländischer Richter zeitlich begrenzt ist und, schließlich ein Vorteil gegenüber dem jetzigen Zustand, daß der Irak frei in der Wahl der Richter und nicht mehr ausschließlich auf britische Juristen angewiesen sein wird. Diese kaum fühlbare Minderung der Justizhoheit kann auch für den Irak von Nutzen sein und durch den Einfluß ausländischer Richter das Niveau der irakischen Rechtsprechung im Laufe der zehn Jahre heben und festigen. Zu bedauern vom irakischen Standpunkt ist eher die dritte Verpflichtung, die dem Irak auferlegt, allen Mitgliedstaaten des Völkerbundes die einseitige Meistbegünstigung zu gewähren, wobei nur besondere Abkommen mit den beiden Nachbarstaaten Türkei und Persien und den arabischen Ländern ausgenommen sind. Das ist eine Fortwirkung der Bestimmungen des Mandatssystems, die es diesen Gebieten sehr zu ihrem Nachteil verwehrt haben, eine völlig autonome Zollpolitik zu treiben, und die Meistbegünstigungsklausel statt zu einem elastischen Instrument der Außenhandelsbeziehungen zu einer schematischen Bindung gemacht haben, wodurch das Mandatsgebiet und jetzt der Irak in einem gewissen Sinn in handelspolitische Abhängigkeit von allen Völkern und Staaten gerät.

Aber die Bedeutung der Aufnahme Iraks in den Völkerbund und des Erlöschens eines der Mandate des Völkerbunds bleibt ungeachtet dieser doch nur geringfügigen Einschränkungen bestehen. In die Statik des Völkerbunds im Orient (und darüber hinaus) ist so ein Element der (freilich schon in seinem Entwurf angelegten) Dynamik getreten, das nicht verfehlen kann, ungeachtet mancher Gegenströmungen, die interessanterweise oft von der Mandatskommission des Völker-

bunds vertreten werden, sich auch bei den anderen Mandaten auszuwirken. Ist auch der Einfluß der kleinen Staaten im Völkerbund sehr gering, so wird doch Irak, dessen König und führende Kreise Bagdad als Kern und Träger einer alle arabischen Länder umfassenden Politik stets empfunden haben, im Völkerbund als der erste arabische und sunnitische Staat eine Aufgabe zu erfüllen haben, die bisher gelegentlich nur von dem schiitischen Persien übernommen wurde. Irak hat in der letzten Zeit auch enge freundschaftliche Beziehungen zur Türkei und zu Persien ausgebaut, König Feissal von Irak hat vor einigen Monaten Ankara und Ende April Teheran besucht, türkische Staatsmänner haben in Bagdad und Teheran gewilt und eine engere Interessengemeinschaft dieser vorderorientalischen Staaten in die Wege geleitet, der auch Afghanistan angeschlossen ist. Diesen Staaten ist nicht nur ihre Abwehrstellung gegen politische und wirtschaftliche Angriffspläne Europas gemeinsam, sondern auch ein ähnlicher Wandel ihrer gesamten wirtschaftlichen und sozialen Struktur. Es sind Agrikulturländer, dünn besiedelt, mit einer armen und primitiven Bevölkerung und mit wenig ausgebauten Verbindungswegen, die nach Schaffung eines modernen Staatsapparates darangehen, ihre Wirtschaft zu modernisieren und zu technisieren, die Landwirtschaft, die zum großen Teil noch nach jahrtausendealten Methoden arbeitet, mit dem genügenden Kapital und der notwendigen Unterweisung zu versehen, um sie zu intensivieren und zu höherem Ertrag und besserer Qualitätsleistung zu befähigen, und vor allem eine nationale Industrie zu schaffen, die die vorhandenen Bodenschätze des Landes selbst verarbeiten und das Land in seinen allmählich sich steigernden Bedürfnissen nach Industriewaren von ausländischer Einfuhr unabhängiger machen soll¹⁾. Dieser Übergang von einer halbfeudalen Agrikultur- und einer frühkapitalistischen Stadtwirtschaft (soweit von Kapital in diesen Ländern die Rede sein kann, ist es Handelskapital) zum Kapitalismus und zur Industrialisierung kann sich ähnlich, wie in der merkantilistischen Periode Europas, nur mit Staatshilfe vollziehen. Diese Staaten, die bisher nur passiv in die kapitalistische Erdwirtschaft verflochten waren, deren Finanzinstitute beinahe ausschließlich ausländische Gesellschaften waren, beginnen jetzt ihre einheimischen Kräfte mit Hilfe des Staates für eine aktive Beteiligung an der kapitalistischen Erdwirtschaft vorzubereiten, nationale Finanzinstitutionen zu schaffen, der Überfremdung und Vasallität ihres Wirtschaftslebens entgegenzuarbeiten und so erst die politische Unabhängigkeit zu einer faktischen zu gestalten. Die Türkei ist auf diesem Wege am weitesten vorangeschritten, Persien folgt ihrem Beispiel, und auch der Irak reiht sich in die gleiche Linie. So ist es nicht nur eine ähnliche geopolitische Lage, die diese Staaten aufeinander angewiesen sein läßt, sondern auch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Wirtschaftsepoche, die sich ebenso in Ägypten wie in allen kolonialen oder halbkolonialen Ländern

¹⁾ Darüber ausführlich: Gerhard Schacher, Die national-wirtschaftliche Emanzipation des Orients. S. 393.

heute kund tut, wo an der Spitze des Landes eigene, und sei es auch halb abhängige Regierungen stehen, denen ein Spielraum in der Fürsorge für die Erziehung ihrer Landesgenossen gelassen ist. Es ist kennzeichnend für das Mandatssystem, daß die Modernisierung der Wirtschaft, die in dieser Wirtschaftsepoche, in der sich diese Länder befinden, nur mit Staatshilfe, durch Schaffung nationaler Finanzinstitutionen, Subventionen an Industrien, großzügige Organisierung des Agrarkredits erfolgen kann, gerade in den Mandatsgebieten, in Syrien und vor allem in Palästina von den Mandatsverwaltungen nicht durchgeführt oder gefördert wird. Und doch sollte der Sinn des Mandatswesens in der Beihilfe zur Modernisierung des sozialen und wirtschaftlichen Lebens der Mandatsgebiete bestehen.

In Syrien wird sich dies zu einer ähnlichen Entwicklung wie in den anderen wenigstens teilweise freien Ländern ändern, sobald das Land auf der Grundlage der neuen Verfassung sich konstituiert und den Vertrag mit Frankreich geschlossen haben wird. In den letzten Monaten fanden in Syrien die Wahlen in das erste syrische Parlament statt. Es waren stürmische Wahlen, bei denen die Unregelmäßigkeiten, die sich die Regierung gegen die nationalistischen Kandidaten zuschulden kommen ließ, Anlaß zu Ausschreitungen gaben, die in blutigen Zusammenstößen mit den französischen Truppen endeten. An manchen Orten, vor allem in Damaskus, konnten die Wahlen, die in Syrien nach einem veralteten Wahlgesetz in zwei Stufen stattfinden, nicht zu Ende geführt und mußten für einen späteren Zeitraum anberaumt werden. Diese zweiten Wahlen verliefen überall in vollkommener Ruhe, aber diese Ruhe war dadurch verbürgt, daß der Große Platz in Damaskus, wo sich das Wahllokal befindet, von französischen Truppen vollständig abgesperrt war, daß grimmige Tanks dort gefechtsbereit standen und daß Truppen und Panzerautomobile den ganzen Tag die Stadt durchzogen. Das neue Parlament, das im Mai zusammentreten soll, wird eine Mehrheit von gemäßigten, einem Ausgleich mit Frankreich geneigten Abgeordneten umfassen. Mit dem Zusammentritt des Parlaments wird eine entscheidende Etappe in der Geschichte Syriens seit dem Weltkrieg zurückgelegt sein. Nun wird das syrische Parlament mit einer gemäßigten Mehrheit den Vertrag mit Frankreich zu beraten haben.

Die Verfassung Syriens erklärt das Land für eine Republik, deren Präsident Mohammedaner sein müsse. In den letzten Monaten wurde wiederholt erklärt, daß Frankreich der Errichtung eines Königreichs in Syrien nach dem Vorbilde Iraks gerne zustimmen wolle, und die gemäßigte Partei, die im Parlament die Mehrheit hat, hat sich für eine monarchische Staatsform ausgesprochen. Es ist fraglich, ob Frankreich einen geeigneten Kandidaten für den syrischen Thron besitzt. Vom Standpunkt der Syrer aus wäre wohl ein Bruder König Feissals von Irak annehmbar, da so Syrien in die dynastische Föderation Iraks und Transjordanien einbezogen wäre, ein Zustand, der schon 1920 für kurze Zeit verwirklicht schien. Die syrischen Nationalisten in ihrer Intransigenz haben den Gedanken einer

Monarchie abgelehnt, da der König unter den heutigen Umständen nur ein Monarch von Frankreichs Gnaden wäre. Es ist wahr, daß im Irak, in Transjordanien und unter ähnlichen Verhältnissen in anderen Gebieten die Monarchen sich als ein Element der Mäßigung in der Vermittlung zwischen den Bestrebungen des Volkes und der fremden Obermacht erwiesen haben, aber gerade infolge dieser Mäßigung, wohl aber auch infolge der persönlichen Klugheit und des Patriotismus König Feisals, der sich in überraschender Weise vom Wüstensohn des Hedschas zu einem modernen Herrscher und Diplomaten entwickelt hat, hat der Irak seine politische Unabhängigkeit und damit auch die Möglichkeit wirtschaftlicher Emanzipation und Entwicklung und kulturellen Aufstiegs früher erlangt als die unnachgiebigeren Nationalisten in Damaskus oder Kairo. Das Problem, das Syrien in seiner Entwicklung der nächsten Zeit die größten Schwierigkeiten bereiten wird, wird aber nicht die Frage der monarchischen oder republikanischen Staatsform, sondern die der syrischen Einheit sein. Die Verfassung von 1930 hat nicht nur neben der Republik Syrien noch die Republik Libanon anerkannt, sondern noch zwei von Syriern völlig getrennte Regierungsbezirke, den von Lattakié und den des Dschebel Druse, die beide unter direkte französische Kolonialverwaltung gestellt sind. Diese vier Staatsgebilde haben in dem geographisch völlig einheitlichen Raum viele Interessen gemeinsam, Zölle, Münzwesen, Verkehr, und alle diese lebenswichtigen Verwaltungs- und Wirtschaftszweige bleiben weiterhin in der Hand des französischen Hohen Kommissars vereinigt, so daß durch Frankreichs Geschicklichkeit in Syrien, sehr zum Unterschied vom Irak, ein sehr verwickeltes staatsrechtliches Verhältnis geschaffen wurde, das jede „Unabhängigkeit“ Syriens illusorisch macht.

Treiben dennoch die politischen Verhältnisse des syrischen Mandats einer Regelung entgegen, so bleiben die politischen Verhältnisse in Palästina, ungeachtet all der Untersuchungen und Kommissionen, Regierungserklärungen und Weißbücher seit 1929, auch weiterhin ungeklärt. Die zwei wichtigsten Probleme, die gegenwärtig zwischen den beiden um die Herrschaft über das Land ringenden Völkern zur Diskussion stehen, die Einführung einer auf Gesetzgebung und Verwaltung des Landes Einfluß habenden Volksvertretung und die Bodenfrage, harren noch immer der Lösung. Die Volkszählung vom 18. November 1931, der wie allen Volkszählungen in gemischt nationalen Gebieten mit dynamischer Kräfteverschiebung auch eine politische Bedeutung zukommt, hat gezeigt, daß die Juden beinahe 17% der Bevölkerung bilden. Durch Einwanderung und Geburtenüberschuß ist ihre Zahl seit der letzten Volkszählung vom 23. Oktober 1922 um etwa 91 000 Seelen gewachsen und übertrifft heute das Doppelte der jüdischen Bevölkerung von 1922. Die arabische Bevölkerung des Landes hat infolge der außerordentlich starken natürlichen Vermehrung der Mohammedaner in den gleichen neun Jahren ein Wachstum von 185 000 aufzuweisen, so daß einer jährlichen Zunahme von etwa 10 000 Juden eine solche von etwa 20 000 Arabern gegenübersteht. So zeigen beide

Völker eine für die kurze Zeit eines Jahrzehnts überraschende Zunahme, und das Land zählt jetzt über 1 050 000 Bewohner, unter ihnen nur etwa 60 000 Beduinen.

Die jüdische Siedlungstätigkeit in Palästina weist in letzter Zeit nach einer Periode des Stillstandes, die zu Beginn 1926 einsetzte, aber eher als eine Periode der inneren Stärkung betrachtet werden konnte, einen neuerlichen vielversprechenden Aufstieg auf. Die Zahl der Einwanderer nimmt zu, wenn sie auch im Jahresdurchschnitt erheblich unter einem Prozent der Gesamtbevölkerung zurückbleibt. Aber während die meisten Länder in dieser Zeit der Weltwirtschaftskrise über Kapitalmangel und Arbeitslosigkeit klagen, fließen der jüdischen Siedlung in Palästina ständig für die Kleinheit dieser Siedlung sehr beträchtliche Kapitalien aus dem Ausland zu, die hier Anlage suchen und den jüdischen Arbeitern Arbeit beschaffen. Das jüdische Kapital findet vor allem in der Anlage von Orangenpflanzungen in der Küstenebene, aber auch in der wachsenden Industrie lohnende Anlagemöglichkeiten. Innerhalb der noch halb mittelalterlich-orientalischen Wirtschaft bietet die nach den fortgeschrittensten Vorbildern Europas wirtschaftlich und kulturell organisierte jüdische Siedlung ein anschauliches Bild dessen, was mit reichem Kapital und kluger Initiative, mit Hingabe und Gewerbefleiß in diesen Ländern an Modernisierung der Wirtschaft erreicht werden kann.

Die Lage des arabischen Fellachen hat sich in Palästina gerade in diesem Jahre infolge einer durch die Dürre verursachten, beinahe völligen Mißernte noch verschlechtert. In Palästina ist, zum Unterschied von Ägypten oder der Türkei, von der Regierung aus nichts zur Modernisierung der einheimischen orientalischen Wirtschaft getan worden, weder für den Agrarkredit noch für die Gründung oder Entwicklung von Industrien, weder für die Schaffung eingeborener Finanzinstitute noch eines Genossenschaftswesens hat die Regierung bisher das geringste getan. Das wie eine englische Kolonie verwaltete Mandatsgebiet von Palästina, das, zum Teil dank der großen jüdischen Kapitaleinwanderung, sehr aktive Staatsfinanzen aufzuweisen hatte, hat seinen Überschuß nicht zum Vorteil der Bevölkerung, sondern vor allem für die Interessen der Mandatarmacht verwendet. Die im Krieg errichteten, vorwiegend strategischen Zwecken dienenden Eisenbahnen mußten von der englischen Verwaltung aus den Mitteln Palästinas aufgekauft werden. Palästina ist der einzige der türkischen Nachfolgestaaten, der seinen Anteil an der ottomanischen Staatsschuld im Interesse der westeuropäischen Eigentümer der Schuldentitel bereits voll bezahlt hat, in der palästinensischen Verwaltung, sehr zum Unterschied etwa von Syrien, wo Frankreich selbst den größten Teil der Kosten des Hohen Kommissariats und seines Stabes trägt, sind alle höheren Stellen ausschließlich von Engländern besetzt, die für die Kleinheit des Landes und für seine Armut außerordentlich hohe Gehälter auf Kosten des Landes beziehen, so daß die Entlohnung der englischen Beamten einen der größten Budgetposten ausmacht. Kennzeichnend ist, daß, während in englischen Kolonien, wie z. B.

im Sudan, die Gehälter der englischen Beamten einschließlich des Generalgouverneurs um 20% gekürzt worden sind, keine solche Kürzung in Palästina vorgenommen wurde. So fehlen der Regierung, der es nur um den Ausbau ihrer strategischen Stellung östlich des Suezkanals auf der Straße nach Indien zu gehen scheint und die aus dem Streit der beiden Völker in Palästina für sich selbst Vorteil zu ziehen weiß, die Mittel, um die von ihren eigenen Kommissionen und Berichten immer wieder als kläglich und verbesserungsbedürftig bezeichnete Lage der palästinensischen Bauernschaft und die Entwicklung des Landes aktiv zu fördern.

Auch der Hedschas ist als Folge der Weltwirtschaftskrise in schweren wirtschaftlichen Nöten, da seine Haupteinnahmequelle, die jährliche Pilgerschaft nach Mekka, zu versiegen droht. Das Land hat unter der vorsichtigen Führung Ibn Sauds die ersten behutsamen Schritte auf dem Wege zur Modernisierung seiner Verwaltung und Wirtschaft zurückgelegt, die jetzige Krise wird es zwingen, darin weiterzugehen und nach neuen Einkommensquellen der Staatsfinanzen und der Privatwirtschaft sich umzusehen. Ibn Saud beabsichtigt, für die Dauer eines Jahres einen holländischen Sachverständigen kommen zu lassen, der Vorschläge über die Reform des Steuerwesens und der Steuereinhebung, über einen neuen Zolltarif und die Zollverwaltung unterbreiten soll. Die wirtschaftliche Not hat auch König Ibn Saud erkennen lassen, daß seine Länder nur in engerer Zusammenarbeit mit den anderen arabischen Ländern bestehen und fortschreiten können. Daher hat er auf die vom Irak ausgehenden Vorschläge einer alle arabischen Länder umfassenden Föderation nach längerem Warten eine zustimmende Antwort erteilt. Der Gedanke dieser Föderation war auch eine Triebfeder bei der Aussöhnung zwischen König Ibn Saud und dem Imam Schija von Jemen. Die Reise, die König Ibn Sauds Sohn Feissal, sein Statthalter im Hedschas, jetzt nach den Hauptstädten Europas antritt, soll auch der Festigung der Lage des Wahhabitenreiches außerhalb Arabiens dienen.

In Ägypten hält sich die vom König im Juni 1930 gegen den Wafd eingesetzte Diktatur Ismail Sidky Paschas. Es ist ihr gelungen, die ägyptische Verfassung zu ändern und unter Beibehaltung eines gewählten Abgeordnetenhauses und parlamentarischer Ministerverantwortlichkeit die Gewalt des Königs gegenüber der Volksvertretung außerordentlich zu stärken. Die ägyptischen Parteien, der Wafd und die konstitutionell Liberalen, haben die Wahlen boykottiert, aber das Parlament, das ausschließlich aus Anhängern des Königs und des Ministerpräsidenten besteht, ist nach etwas absonderlichen Wahlen zusammengetreten, und Ägypten besitzt eine nach außen hin glatt funktionierende Verfassungsmaschinerie. Der anglo-ägyptische Vertrag, der zuletzt im April 1930 zwischen dem Wafd und Großbritannien in London verhandelt wurde und, hätte es nicht die leidige Frage des Sudans gegeben, zur Unterzeichnung gekommen wäre, ist seither zurückgestellt worden, und es ist fraglich, wann er wieder aufgenommen werden wird. Der Fall der Baumwollpreise, von denen bekanntlich Ägyptens Wohlstand abhängt,

hat das Land in schwere finanzielle Nöte gestürzt und das Tempo der großen öffentlichen Bauten, die die ägyptische Regierung seit Jahren zur Erweiterung der Anbaufläche und Verbesserung des Ackerbaus durchführt und plant, verlangsamt. Dennoch ist selbst in diesen Jahren der Wirtschaftskrise viel für die Modernisierung und Nationalisierung der ägyptischen Wirtschaft geschehen. Die rein ägyptische Bank Misr hat der Überfremdung der ägyptischen Wirtschaft erfolgreich entgegenzuarbeiten begonnen und eine ganze Anzahl industrieller und Verkehrsgesellschaften gegründet, in denen wie in der Bank die eingeborene Bevölkerung zur Führung moderner kapitalistischer Wirtschaftsunternehmungen erzogen wird. Dem Fellachen in seiner schweren Lage soll der neu gegründete Credit Agricole helfen, der mit einem Kapital von einer Million Pfund und mit der Zusicherung von Regierungssubsidien von sechs Millionen Pfund die Arbeit im September 1931 aufgenommen hat. Er gewährt den Kleinbauern Betriebskapital, belehnt ihre Ernten, verhütet die Zwangsvollstreckung in ihre verschuldeten Güter, liefert Saatgut und Dünger, hilft bei der Intensivierung der Wirtschaft und organisiert das Genossenschaftswesen in der Absicht, die Zentralbank der landwirtschaftlichen Genossenschaften zu werden. Neben diesen Credit Agricole soll ein auch vom Staate begründeter Credit Industriel treten, der zusammen mit der Entfaltung des Genossenschaftswesens die wichtige erzieherische Aufgabe in die Hand nehmen soll, den Fellachen in die moderne industrielle Wirtschaft einzufügen. All diese Pläne entstammen nicht der Zeit der Regierung Ismail Sidky Paschas, sie sind gemeinsames Gut aller ägyptischen Regierungen seit 1922, die immer wieder, wie zu gleicher Zeit die Türkei und Persien, die wirtschaftliche Emanzipation ihres Landes angestrebt haben. Freilich begegnen sie auf diesem Wege einem Hindernis, dessen die Türkei und Persien, die unter den gleichen Fesseln gelitten haben, sich zu entledigen bereits imstande gewesen sind, den Kapitulationen. Die entscheidende Frage in der Unabhängigkeit Ägyptens ist nicht seine Auseinandersetzung mit Großbritannien, sondern seine Befreiung von den Kapitulationen. Was der Türkei und Persien möglich gewesen ist, sollte auch dem administrativ und wirtschaftlich viel moderneren Ägypten gelingen. Die seit 1922 die innere Politik des Landes beherrschende Auseinandersetzung zwischen dem König und seinen autokratischen Neigungen und dem von dem Wafd repräsentierten, nach Volkssouveränität strebenden Volke kann in näherer oder fernerer Zukunft wieder aktuell werden; in der Zwischenzeit bis dahin wird aber auch die Regierung Ismail Sidky Paschas ihren Beitrag zur Emanzipation und Modernisierung der ägyptischen Wirtschaft geliefert haben.

ALBRECHT HAUSHOFER:**Berichterstattung aus der atlantischen Welt**

„Wenn die Staatsmänner irgendeines Landes glauben, daß die Probleme, denen sie gegenüberstehen, ohne Gefahr auf weitere sechs oder zwölf Monate vertagt werden können, dann sind sie verhängnisvoll verblendet. Denn ein unausweichlicher Schluß ergibt sich aus den Entwicklungen der letzten paar Monate seit dem beklagenswerten Entschluß, die Lausanner Konferenz auf Juni zu vertagen. Gewiß kann, wenn die Einigung schwierig ist, die Notwendigkeit politischer Entscheidungen dadurch umgangen werden, daß man sich auf Nichtstun einigt — aber dieser politische Stillstand bedeutet nicht, daß die wirtschaftliche Entwicklung aufgehalten wird. Die zur Auflösung und zum Zusammenbruch führende Bewegung geht ständig weiter. Schon ist Österreich mit dem letzten Atemzug im Begriff, ein partielles oder vollständiges Transfermoratorium zu erklären; die Aufhebung des Schuldendienstes durch Griechenland und (teilweise) durch Ungarn und Bulgarien — von Südamerika ganz zu schweigen — ist vermutlich nur der Vorläufer anderer Schläge für unser Kredit-system... Der internationale Handel geht mit katastrophaler Schnelligkeit zugrunde. Was auch immer das Ergebnis der Versuche zu internationaler Zusammenarbeit in diesem Sommer sein wird: man hat die Lage sich dermaßen verschlechtern lassen, daß es auf jeden Fall für Deutschland schwer sein wird, ein Transfermoratorium zu vermeiden; eine Entwicklung, für die in der City bereits Vorbereitungen getroffen sind, deren Effekt auf das finanzielle System Londons, auf den Britischen Handel und rückgreifend auf das mühsam ins Gleichgewicht gebrachte Budget unzweifelhaft ernst sein werden. Deutlich gesprochen: Jeder Faktor der gegenwärtigen Lage drängt auf wirtschaftlichen Zusammenbruch; die Aussichten für den kommenden Winter sind in politischer und sozialer Beziehung erschreckend, wenn nicht durch energisches Handeln der internationalen Staatsmänner die jetzt am Werk befindlichen Einflüsse umgekehrt werden können.

Nur eine Möglichkeit bleibt — die einzige! —, um Gefahren zu vermeiden, die nicht einen Deut geringer sind als die, welche 1914 die Zivilisation bedrohten. Bis jetzt hat es in diesem Jahr auf dem Felde der internationalen Staatsmannschaft nichts anderes gegeben als Entschlußlosigkeit, kleinliche Eifersüchteleien und Unfähigkeit, in irgendwelchen Fragen zusammenzuarbeiten. Die Abrüstungskonferenz ließ man stranden auf den Sandbänken der Behandlung durch Sachverständigenkomitees. Ein Fiasko war die Viermächtekonferenz in London, für deren nackte Erfolglosigkeit nicht einmal ein Mäntelchen gefunden werden konnte. Die Beratungen des Völkerbundsrats über die Nöte von Südosteuropa führten zu nichts anderem als zu wiederholten Vertagungsbeschlüssen. Dieses Versagen auszugleichen, bleibt eine letzte Gelegenheit: die Lausanner Konferenz. In dieser Konferenz sind nicht nur die Reparations- und Schuldenfragen konzentriert, sondern das ganze vielseitige Problem der Wiederherstellung Europas, finanziell und wirtschaftlich, steht zur Entscheidung. Versagt auch diese Konferenz, so werden nicht nur die Reste der finanziellen Stabilität in Südosteuropa in einer Flut unkontrollierbaren Bankrotts hinweggeschwemmt werden; auch in Deutschland, der wirklichen Gefahrenquelle, mögen sehr viel schlimmere Dinge geschehen als lediglich die Erklärung eines Moratoriums für Auslandszahlungen. Es bestünde große Gefahr, daß Dr. Brünings Lage unhaltbar würde und das Reich politisch einem Maalstrom entgegengetriebe, in den Europa zu seinem Ruin mit hineingerissen werden könnte.“

So sah der „Economist“ am 28. Mai 1932 (S. 1167) die Lage. Drei Tage später war Brüning gestürzt; die nächsten vierzehn Tage brachten eine griechische Krise, die sich von Venizelos zu Venizelos im Kreise drehte, den Sturz der rumänischen Regierung Jorga und wirtschaftliche Notmaßnahmen in fast allen südosteuropäischen Staaten; in Amerika den Erpressermarsch arbeitsloser „Kriegsteilnehmer“ nach Washington, der seit langer Zeit zum erstenmal dazu zwang, Kapitol und

Weißes Haus in einen verteidigungsfähigen Zustand zu versetzen, und eine radikale Revolution in Chile. Unter diesen Zeichen beginnt nun der Reigen der großen Konferenzen; und man versteht die Warnung des „Economist“, wenn man sieht, daß auch die Lausanner Beratungen zu einer Vertagung der Lösung mindestens bis in den Dezember führen. Rücksichten auf die amerikanische Präsidentenwahl sind dabei entscheidend; denn zum erstenmal läßt sich feststellen, daß auch in Frankreich die Erkenntnis der wirklichen Lage dämmert. Die Reparationen sind tot; und man weiß nicht nur in London, sondern auch in Paris, daß sie tot sind. Der Fortschritt liegt darin, daß man nicht nur in London, sondern auch in Paris den Mut gefunden hat, wenigstens andeutungsweise davon zu sprechen. Die Ausstellung des Totenscheins freilich bleibt an politische Zugeständnisse geknüpft, deren Abwehr für Brüning leichter war als für v. Papen. Auch die Kriegsschulden der Alliierten an Amerika sind tot. Aber kein amerikanischer Staatsmann darf heute, vor den Wahlen, aussprechen, daß er es weiß — und selbst der neu-gewählte Präsident wird es nicht dürfen, wenn die Abrüstungskonferenz kein positives Ergebnis bringt. So sind auch von dieser Seite her die Ergebnisse oder Nichtergebnisse von Genf und Lausanne aufs engste miteinander verknüpft. Die letzte grundsätzliche Entscheidung über Bestehen oder Zerfall des weltumspannenden Prinzips in Verkehr und Wirtschaft, in Kultur und Politik steht zur Wahl; und wenn man schon von den Völkern nicht verlangen kann, daß sie die großen Zusammenhänge sehen, so ist es doch Pflicht der Führer, in beiden möglichen Richtungen die Konsequenzen zu erkennen und zu zeigen. [Wir bitten unsere Leser, sich in diesem Zusammenhang unseres Berichtes im Januarheft zu erinnern, wo wir versucht haben, das Grundsätzliche in großen Zügen herauszuschälen.] Die Krise ist eine gemeinsame Not aller Völker der europäisch-amerikanischen Welt, entstanden aus der Gemeinsamkeit ihrer Entwicklung. Sie wird entweder gemeinsam, durch Opfer aller Beteiligten auch auf den Gebieten der staatlichen Souveränität, überwunden oder als Dauerzustand in abgeschlossenen staatlichen Kleinräumen so lange getragen werden müssen, bis diese Kleinräume von größeren Mächten außerhalb Europas überrannt werden in ähnlicher Weise, wie das hellenische Kleinstaaten-system der antiken Mittelmeerwelt überrannt wurde, als es (um mit Mommsen zu reden) in der „greisenhaften Verbitterung“ kleiner Einzelsouveränitäten erstarrt war. Ein Drittes gibt es nicht. Gefahr und Aufgabe der deutschen Stellung erkennt man daraus von selbst. Der Nationalstaatsgedanke, wie er vom französischen Zentralismus überkommen ist, versagt; ein föderativer, in allen Fragen des nationalen Gefühls durchaus und grundsätzlich toleranter Typ des staatlichen Baus ist nötig — ein Typ, für den das Deutsche den Begriff des „Reichs“ geprägt hat, den der Angelsachse in seinem vielgestaltigen und juristisch überhaupt nicht faßbaren „Empire“ neu gestaltet hat.

Weil wir die tiefe Krise des deutschen Staatsbegriffs kennen — deshalb haben

wir es für unsere Pflicht gehalten, schon vor Monaten auf die räumlich darstellbaren Spannungen innerhalb des deutschen Volkes hinzuweisen. Seipel hat einmal geäußert, die große Aufgabe sei der innere Ausgleich Österreichs mit dem deutschen Norden. Er hat gewußt, was er damit gesagt hat. Man macht es sich wahrlich zu leicht, wenn man nur den Gebrauch eines unfreundlichen und unerfreulichen Schlagwortes (wie der „Mainlinie“) verbieten will und die Augen davor schließt, daß unter dem Druck der Nachkriegszeit 1866—1870 nur scheinbar gelöste Spannungen wieder aufgelebt sind. Es ist ein weiter Weg von der Belagerung Regensburgs durch den Sachsenkönig Heinrich I. und der Zerschlagung der Welfenmacht durch die süddeutschen Staufer zum Sonderfrieden des Großen Kurfürsten mit Ludwig XIV. und zum Rheinbund; von der vergeblichen Belagerung Wiens durch die Protestanten und der vergeblichen Belagerung Stralsunds durch Wallenstein zu den Ereignissen von 1866 und zu denen von 1918. Wer sich dieser Zusammenhänge bewußt ist — die den Reichtum der deutschen Kultur ebenso bestimmen, wie sie jeden politischen Aufbau erschweren —, der wird sich über den erbitterten Widerstand Altpreußens gegen die seit 1918 regierenden Kräfte ebensowenig wundern, wie er sich über den süddeutschen Protest wundern darf, der die Wiederherstellung altpreußischer Machtverhältnisse in Berlin begleitet. Der durch den Sturz der Regierung Brüning eingeleitete Kampf um die Macht in Deutschland (von dem die Reichstagswahl ja nur ein kleiner Ausschnitt sein wird) erfordert daher ein ganz besonderes Maß von Verantwortungsgefühl — damit nicht das einzige Positivum seit 1918, das von allen Seiten anerkannt werden kann, die Erweckung des seit 1866 verlorengegangenen gesamtdeutschen Bewußtseins, wieder zerstört werde. Es darf nicht vergessen werden, daß alle Grenzgebiete des deutschen Volkstums mit Ausnahme Nordschleswigs und des preußischen Nordostens katholisch sind... Soviel zur allgemeinen Lage Deutschlands, deren innerpolitischer Deutung die Geopolitik sich fernhalten muß, um nach allen Seiten ihre eigentliche Aufgabe erfüllen zu können: aus der Kenntnis des Raumes her Wache zu halten. Nur an zwei sehr ausgeprägten Sondergebieten sei ein Teil der Problematik aufgezeigt.

Das Ergebnis der französischen Kammerwahlen im Elsaß ist sehr viel klarer gewesen, als die deutschen Presseberichte (mit Pariser Lokalfarbe getränkt) im allgemeinen erkennen ließen. Von einem Rückgang der Heimatbewegung kann nicht gesprochen werden. Daß es den Heimatrechtlern nicht gelungen ist, einige städtische Zentren (wie Mülhausen, Straßburg I) zu gewinnen, war vorauszusehen. Dort ist die Einwanderung französischer Mittel- und Oberschichten zu stark gewesen, als daß die bodenständige Bevölkerung sich hätte durchsetzen können. Entscheidend aber ist die Niederlage des sogenannten Nationalkatholizismus, d. h. der französischgerichteten Teile des politischen Katholizismus, die sich der unverhohlenen Förderung des Straßburger Bischofs erfreuten. Die Katholische Volkspartei, die sich unter der Führung von Haegy immer stärker auf den Boden des

Volkstums gestellt hat, konnte den Nationalkatholiken alle Sitze bis auf einen abnehmen. Der französischgerichtete politische Katholizismus im Elsaß ist damit als politische Macht im Elsaß selbst erledigt; der bodenständige Katholizismus hat sich als stärkster Träger volksdeutschen Bewußtseins in einem besonders gefährdeten Gebiet deutschen Kulturbodens erwiesen. Kennt man auf der anderen Seite die Rolle, die das Ansetzen katholischer Siedler im evangelischen Nordosten für den Sturm gegen Brüning gespielt hat, so wird man sich der ganzen Gegensätzlichkeiten bewußt. Die ostdeutsche Siedlungsfrage gehört überhaupt zu den schwierigsten geopolitischen Fragen, denen Deutschland gegenübergestellt ist. Der Bereich des ostdeutschen Großgrundbesitzes lag vor dem Krieg eingebettet in den großen zusammenhängenden Gürtel mitteleuropäischer Großbesitzherrschaft, der sich länger gehalten hatte als die entsprechenden feudalen Formen des Westens. Überblickt man die Entwicklung seit der französischen Revolution, so findet überall, im gesamten Bereich der atlantischen Welt, eine Liquidierung des privaten Großgrundbesitzes statt. Sie ist in Frankreich am frühesten erfolgt, sie hat ungefähr zu gleicher Zeit Lateinamerika und den Osten Europas erfaßt. Die Herrschaft des Großgrundbesitzes in Osteuropa ist bis auf geringe Reste zerschlagen worden. Diese Zerschlagung hat sich in Rußland in der schroffsten, in den meisten Nachfolgestaaten in mildereren, aber doch nahezu konfiskatorischen Formen abgewickelt. Als Restgebiete der zurückgedrängten Wirtschaftsformen blieben: Rumpf-Ungarn, Teile von Polen (dort, wo kein politisches Interesse an der Aufteilung fremdvölkischen Großgrundbesitzes bestand) und Ostdeutschland. In allen diesen Ländern hat sich die Wirtschaftsform des privaten landwirtschaftlichen Großbetriebs der Krise gegenüber als weniger widerstandsfähig erwiesen als die Bauernwirtschaften. In allen diesen Ländern, vor allem aber in Preußen und Ungarn, hat die Schicht der großen Besitzer eine starke staatliche Tradition hinter sich und verteidigte ihre Stellung mit scharfen Mitteln. Die Frage, vor der Ostdeutschland ebenso wie Ungarn steht, ist die: Kann es gelingen, die notleidenden Großbetriebe dauernd auf Kosten der übrigen Staats- und Volksteile zu halten, oder muß versucht werden, die in anderen Ländern gewaltsam erfolgte Agrarreform in einer Weise durchzuführen, die den Rechtsboden wahrt und radikaleren Ereignissen vorgreift? Im Osthilfeggebiet ist die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Großbetriebe notleidend. Wenn gesagt wird, daß von den etwa 60000 Betrieben, die unter das Sicherungsverfahren gegangen sind, nur der fünfte Teil Großbetriebe sind, so ist das irreführend, denn tatsächlich stellt dieses Fünftel rund 80% der vorhandenen Großbetriebe dar. Das ist eine Lage, die zu Änderungen drängt. Wir glauben nicht, daß es auf die Dauer möglich sein wird, die gegenwärtige Agrarstruktur des deutschen Ostens zu halten. Selbst wenn es möglich wäre, müßte die Erkenntnis von der Gefährdung des dünnbesiedelten großagrarisches Ostens durch die wachsende Zahl benachbarter Kleinbauernvölker zu vorbeugenden Maßnahmen führen.

Bestrebungen zur Reform einer sehr ungleichmäßigen Besitzverteilung durchziehen nicht nur Europa, sondern auch diejenigen Teile der Erde, in denen koloniale Herrschaftsformen der europäischen Feudalzeit zwar außenpolitisch, aber nicht innerpolitisch abgebaut worden sind. Der langjährige Kampf um die Agrarreform in Mexiko ist bekannt; der Widerstand, der in den kleinen mittelamerikanischen Staaten gegen die Herrschaft des Plantagenkapitals versucht wird, gehört in die gleiche Reihe wie die Abwehrmaßnahmen gegen Landüberfremdung, die Venezuela und Kolumbien getroffen haben — ohne doch gegen ihre eigenen Großbetriebe vorzugehen. Die Anden-Hochländer haben immer wieder Agrarrevolten ihrer braunen Bevölkerung, wenn auch in kleinen Ausmaßen, erlebt; nun tritt als letztes der pazifischen Länder Südamerikas Chile in die Reihe derer, deren Revolutionen nicht mehr innerhalb einer gegebenen Ordnung des Besitzes und der sozialen Ordnung ablaufen, sondern zu grundlegenden Umwälzungen führen können. Die Voraussetzungen für eine radikale Revolution sind in Chile stärker gegeben als in anderen südamerikanischen Ländern. Chile ist der am wenigsten tropische Staat Südamerikas; seine Wirtschaft ist auf einer besonders gefährdeten Basis stärker entwickelt als die größerer, raum- und menschenreicherer Nachbarn. Sie ist aufgebaut auf einer vielseitigen Landwirtschaft im Süden, deren Struktur zwar in den Bereichen des kühlgemäßigten Klimas überwiegend bäuerlich, in den günstigeren Strichen mit Mediterranklima jedoch durch Großbesitz bestimmt ist, und durch den Abbau von Kupfer und Salpeter. Der wüstenhafte Norden Chiles ist in seinem Leben vollkommen abhängig von der Salpeterwirtschaft. Deren Schrumpfung bedeutet für Nordchile die Aufhebung seiner wirtschaftlichen Existenz: die überzähligen Menschen strömen nach Süden; gleichzeitig verlieren die Staatsfinanzen ihren Halt: so wird verständlich, daß Santiago der Boden für eine sehr ernsthafte Revolution werden konnte, deren endgültiges Ergebnis noch nach keiner Richtung vorausgesagt werden kann.

Eine Revolution durchaus anderen Charakters wird aus Abessinien gemeldet. Dort ist der seit sechzehn Jahren gefangengehaltene Exkaiser Lidsch Jeassu, der Enkel Meneliks, seiner Haft entkommen und wird nun als Sturmbock der konservativen, antizentralistischen Kräfte gegen den reformfreudigen Kaiser Selassi benutzt, der dadurch in eine ähnliche Lage kommen könnte wie seinerzeit Amanullah von Afghanistan. Innere Unruhen in Abessinien geben den benachbarten Kolonialmächten natürlich manchen Grund zur Einmischung — zumal zu gleicher Zeit die Raubzüge abessinischer Sklavenhändler, der Völkerbundskommission zum Trotz, sich sogar über die Grenze des angloägyptischen Sudans erstreckt haben.

Ein bemerkenswerter Vorgang — freilich auf kleinem Raum — ist die Aufhebung der Verfassung des Libanon-Freistaats durch die französische Mandatsverwaltung. Mißbrauch mit den Freiheiten abendländischer Selbstverwaltung wird als Grund angegeben...

Nach Europa zurückkehrend, haben wir einige Sondergebiete kurz zu berühren: In Malta ist der Friede zwischen Lord Strickland und der katholischen Kirche wiederhergestellt — aber der antiitalienische Spracherlaß bleibt bestehen. Spanien ist mit der Diskussion des katalanischen Autonomiestatuts beschäftigt, das die schwierige Aufgabe zu erfüllen hat, gleichzeitig dem am weitesten entwickelten, mit einem starken Sonderbewußtsein erfüllten Teilraum ein Höchstmaß an Selbstbestimmung zu gewähren und dennoch die Einheit des Staates zu bewahren. Damit gibt Spanien einen Lösungsversuch zu einem nicht nur für Spanien bedeutsamen Problem; wir werden uns mit dem katalanischen Statut in seiner endgültigen Form eingehend zu beschäftigen haben. Das zweite Hauptproblem ist nach wie vor die Landfrage, die vor allem im Süden geregelt werden muß, will man den starken anarchistischen Kräften den Boden entziehen. Drittes Gebiet einer starken und der Zentralregierung keineswegs angenehmen politischen Eigenbewegung ist neben Katalonien und Andalusien der baskisch-kantabrische Norden, der ja schon im vorigen Jahrhundert zur Zeit der Karlistenkriege seinen regionalen Eigenwillen bewiesen hat.

Das Sonderleben eines kleinen Gebietes wird auch an einer Stelle wieder sichtbar, die unmittelbar im Bannkreis der großen Konferenzen liegt. Das Haager Gericht hat entschieden, daß die durch Poincaré vorgenommene einseitige Aufhebung der Genfer Freizonen in Savoyen durch Frankreich widerrechtlich war; durch diesen Akt war der Wirtschaftsraum der Stadt Genf entgegen alten Verträgen eingeschnürt worden; nun soll Frankreich vor einer Entscheidung zurückweichen, die einen geographisch wohlbegründeten Zustand wiederherstellt, der mitteleuropäischen Auffassungen und Traditionen gemäß ist, dem starren zentralistischen Staatsbegriff der „*republique une et indivisible*“ freilich widerspricht.

Das Gegenbild des romanischen Staatsrechts läßt sich freilich am besten an einem Vorgang beleuchten, der sich Ende Mai im englischen Unterhaus abgespielt hat. Die Absetzung des radikalen Ministerpräsidenten Lang in Neusüd Wales durch den Gouverneur Sir Philip Game hatte den radikalen Labourabgeordneten Maxton im englischen Unterhaus veranlaßt, ein Tadelsvotum des Unterhauses oder ein Einschreiten der englischen Regierung gegen den Gouverneur zu verlangen. Auf seine Frage teilte ihm Baldwin, der Lordpräsident, mit, daß er sehr bedauere, keine Antwort geben zu können. Die Frage, ob das englische Unterhaus überhaupt das Recht habe, gegenüber dem Vertreter der Krone in einem der Dominien einzuschreiten, sei ungeklärt. Weder das Kabinett noch die Kronjuristen hätten darüber eine feste Meinung gebildet. Er persönlich bezweifle freilich das Recht des Unterhauses in diesem Fall... Damit mußte sich Maxton zufrieden geben. Und eine staatsrechtliche Grundfrage des Empire bleibt weiter ungeklärt. Inzwischen haben die Wähler in Neusüd Wales dem gestürzten Ministerpräsidenten eine vernichtende Wahlniederlage bereitet und damit von sich aus dem Gouverneur recht

gegeben. (Zu gleicher Zeit hat sich in Queensland die gemäßigte Richtung der Arbeiterpartei wieder durchgesetzt.) Der ganze Vorgang beweist wieder einmal die erstaunliche Anpassungsfähigkeit des britischen Staatsrechts. Um so bezeichnender ist, daß in der irischen Frage eine Einigung nicht erzielt werden konnte. De Valera kann sich als nationalistischer Doktrinär nicht auf den Boden des Kompromisses begeben; die Forderung einer Auslieferung Ulsters an den Irischen Freistaat kann von keiner englischen Regierung gewährt werden; für die Landannuitäten könnte sich die englische Regierung schadlos halten; die einseitige Aufkündigung von Verträgen aber beantwortet sie mit der Weigerung, die wirtschaftlichen Vorverhandlungen für Ottawa, die mit allen anderen Dominien geführt worden ist, mit dem Irland De Valeras auch nur zu eröffnen. Für die irische Regierung rückt damit eine sehr unbequeme Entscheidung immer näher — zumal De Valera in Irland selbst einer doppelten Opposition gegenübersteht: dem von seinem Vorgänger Cosgrave beherrschten Senat, der das Eidgesetz De Valeras für ihn unannehmbar umgestaltet hat, und der „Republikanischen Armee“, der geheimen Kampforganisation der radikalen Aktivisten. Der Kampf zwischen wirtschaftlicher Vernunft und politischer Gefühlswelt, der in Irland ausgefochten wird, ist ein Symptom für gleiche Vorgänge in sehr viel weiteren Räumen...

KARL HAUSHOFER:

Bericht über den indopazifischen Raum

Der Frühsommer verging damit, daß ein Sicherheitsventil nach dem anderen in die Luft ging und so auf kommende Gefahr einer Weltkesselexplosion hinwies — ohne daß die Sprengungsgeräusche die beamteten Staatsmänner zu einer Beschleunigung ihres Gedankentempos und Konferenzverfahrens bewogen hätten; wenigstens wurden sie nicht im indopazifischen Bereich fühlbar.

Wir verzeichnen einige Warngeräusche: der politischen Attentatserie in Japan, die bereits den Exfinanzminister Inoué (II/32), die Seele des größten Finanzkonzerns Baron Dan (III/32) und das Pulvermagazin in Takinogawa (28. 4. 32) umschloß, wurde (V/32) der greise siebenundsiebzigjährige Ministerpräsident Inukai angereicht, während eine größere Liste teils durch Zufall (General Ugaki?), teils durch unzulängliche Bombenfunktion entrann. Ganz mit Recht schreibt ein Beobachter aus Tokio der „Voss. Zeitung“ (30. 4. 32), daß in Japan der früher staatssozialistisch-rötliche Radikalismus die Farbe gewechselt habe; es war nur halb notwendig, denn auch die Staatsfarben sind ja weiß-rot, und die rot aufsteigende Sonne ist Staatssinnbild. Er endet: „Eines der nationalstolzesten Völker der Erde ist auf dem Wege, den Machtgedanken mehr und mehr zur Zentral-

sonne seiner Weltanschauung zu erheben.“ Wer hat es dazu gezwungen? Wer stieß ihm die Nase darauf, das Beste, was es hatte, seine ganzen Männer, in diesen Dienst zu stellen? Die beiden Mächte, denen es jetzt am unangenehmsten ist: USA. und SSSR.! —

Den Anteil der chinesischen Studenten am ostasiatischen Überdruck beleuchtet ein vorsichtigerweise anonymer Brief eines ihrer Lehrer an den „*Manch. Guardian*“ (16. 5. 32, S. 13).

Der chinesische Hexenkessel antwortete Japan mit einem Massenattentat auf die japanischen Führer in Shanghai, das sogar merkwürdig ruhig in Tokio aufgenommen wurde und zum Glück für China von Koreanern ausging. Auch hier steht ein Nebenkessel unter Überdruck: „*Nationalism in Korea*“ („*Times*“, 6. 5. 32). Die „Vertrags“reihe, die Korea in den japanischen Bannkreis führte (1895—1904—1905—1907—1910), liegt für die heutige jungkoreanische Generation weit zurück, sie ist seitdem durch 22 Jahre harter, japanischer Erziehung gegangen und wissend geworden. Nun schießt auch sie auf politische Vollzugsorgane des Inselreichs, ja auf den Kaiser selbst.

Ähnlich halten es die indischen Aktivisten: sie liefern mörderische Knalleffekte, teils in offener Sitzung (Robert Douglas, ein Jahr nach James Peddie in Midnapore [„*Times*“, 2. 5. 32], nach dem Angriff auf Villiers), teils in Aufputschung der nie abreißenden Weltanschauungsfehden zu regelrechten Aufständen (u. a. Bombay fortlaufend).

So ist in Südasiens Altkulturländern das Tragen von „the white man's burden“ keine ungetrübte Freude mehr; und schwerer und schwerer hält es, tauglichen Ersatz für ihre Träger zu gewinnen. Aber auch Japan wird seinen Kolonialruhm zwischen 18. 9. 31 und 31. 3. 33 mit 900 Mill. Goldmark zu finanzieren haben.

An einer anderen Stelle aber, wo noch hinlänglich Raum für Abdämpfe ist, in Australien, hat der gesunde Menschenverstand der Angelsachsen endlich ein gellendes Unruhepfeifchen in Gestalt des Ministers Lang von Neusüdwalles abgeschraubt und den renitenten Ultra des Staatssozialismus durch eine bundesstaatliche Kontrolle ersetzt. Es ist nicht der erste australische Teilstaat, der unter Kuratel gestellt werden muß („*Times*“, 2. 5. 32). Queensland ist mit dem bösen Beispiel des Zusammenbruchs drei Jahre vorhergegangen. „Milchrat“, „Fleischrat“, „Verkehrsausgleichsrat“, „Kohlenrat“, „Gas- und Elektrizitätsrat“: eine erdrückende Sozialisierungsbürokratie ohne wirkliche Tragkraft, das sind auch in Mitteleuropa wohlbekannte Auswüchse derselben Ideologie; ihr Ergebnis war z. B. bei den Eisenbahnen von Neusüdwalles „Bau einer Menge unwirtschaftlicher Linien; ein Defizit, das sich gewaschen hat; und eine lähmende Einmischerei in die albernsten Kleinigkeiten der Verwaltung“. — „Das Durcheinander im Transportwesen, unter dem Neusüdwalles, wie die meisten anderen Staaten, leidet, schreit laut zum Himmel um Abhilfe.“ Das ist kein rühmendes Ergebnis für ein so schrankenlos

ausgetobtes Schlagwort, unter dem Langs Regierung stand: „Alle Macht den Gewerkschaften!“ Kein Wunder, wenn die australischen Faschisten Lang am Tage der Brückenweihe in Sidney ins Wasser werfen wollten. Nun sitzt er auf dem Trocknen; und es ist Sache der Australischen Commonwealth, ihren Augiasstall in einem Augenblick gefährlichster indopazifischer Spannung zu reinigen — womit Australien als außenpolitischer Kraftträger für eine Weile außer Gefecht gesetzt ist, und die britische Reichskarre noch wackeliger auf Ottawa zuwandert als zuvor.

Um so mehr soll der neue „Census“ über Malaya von C. A. Vlieland beruhigend wirken — denn auch dort ist nicht alles, wie es sein soll.

Die kongestive Verkehrsentwicklung und die unsinnig hohen Grundpreise in Singapore waren uns nicht neu; daß Malaya arme Böden habe, davon merkte man erst etwas, als ein Raubbau ohnegleichen in dem früher im wirtschaftsgeographischen Gleichgewicht dahinlebenden Land getrieben wurde; und ganz aus den Tropen und den Monsunländern hinweg wird uns auch Vlielands Geschicklichkeit die Malaienhälfte nicht eskamotieren können. Gewiß ist es ungesund, wenn nur ein Viertel des Ackerlands, das für den Raubbau der Gummigewinnung angebaut wird (800000 ha) für Kokospalmen und andere autarkiefördernde Gewächse dient, so daß Malaya von Nahrungszufuhr abhängig ist. Aber wer hat diesen ungesunden Zustand herbeigeführt? Doch der Segen, den 1877 Sir Henry Wickham über das Zinnland brachte, das mit 45% der Weltzinnerzeugung Überschußgut genug besaß.

Und wer hat im Zusammenhang damit „die einzigartige Rassenheterogenität“ auf dem Gewissen? Die Malaien doch sicher nicht! Und wie salbungsvoll heißt es: „Segen und Sicherheit, die über Malaya mit der britischen Verwaltung kamen, die Hilfe britischen Kapitals und britischer Unternehmungslust; Fleiß und wirtschaftliches Genie der Chinesen (sie werden bald mit dem ersteren fertig sein!); die Arbeitskraft des Südinders; die Anpassungsfähigkeit und Sozialphilosophie des Malaien — (es bleibt ihm schon nicht mehr viel anderes übrig!) —; das alles hat sich verbunden, um aus Malaya ein Eldorado in den Augen der benachbarten Völker zu machen.“ Nur in den Augen des Malaien selbst ist es für den — sein Land losgewordenen — keines mehr.

Man müßte auch die Kehrseite dieses Rassensalats nicht verschweigen. Gewiß bedeuten die etwa 4,4 Mill. heute eine Volksmehrung um 1 Mill. seit 1921, d. h. über 30%; und die Volksmenge der Straits Settlements stieg auf 1,1 Mill., um etwa 26%; Singapore um 33%, Penang nur um 18, Malakka um 21; und die verbündeten Malaienstaaten stiegen auf 1,7 Mill. (28%) — die ganze Halbinsel auf 7¼ Mill. Die weiße Bevölkerung stieg nur von 15000 rund auf 18000 (18,8%). Die Chinesenzahl für Britisch-Malaya als Ganzes wird auf 1,7 Mill. geschätzt, in Singapore allein auf ein Fünftel dieser Zahl, was sicher nicht reicht (342000?). „Acker- und Bergbau müssen die Zukunft tragen.“ „Abgesehen von Singapore ist Industria-

lisierung nicht wahrscheinlich.“ Gewiß! Die Frage ist nur, wer in Zukunft Acker- und Bergbau ausübt und ihre Früchte erntet.

Schwerlich werden es auf die Dauer weiße Männer sein.

Weitere Symptome liefern einige Stellen größter Verstädterung: Bombay und Shanghai haben Repräsentationsrollen. Sie gelten als die Prunkeingangstore von Indien und China. Es macht sich schlecht, wenn ausgerechnet in solchen Toren störendes Geräufe stattfindet, und es steht in ganz besonderem Gegensatz zu dem so oft geräuschvoll verkündeten Grundsatz der offenen Tür. Trotzdem hat das Aufsehen, das Shanghai vom Januar bis zum jüngsten Friedensschluß um Chapei in der Welt hervorrief, auch Bombay nicht ruhen lassen.

Zudem hatte Bombay seinen Präzedenzfall von 1929 für den möglichst störenden und geräuschvollen Ablauf seiner Großstadtunruhen; und „Bombay Chronicle“ bestätigte auch freundlich den Behörden, „daß sie aus jenem Fall nichts gelernt zu haben schienen“. 64 Tote und 650 Verwundete sind ja nicht viel für einen dreitägigen Straßenkampf an so hervorragender Stelle, wie zwischen dem wichtigsten Landehafen Indiens, der geräuschvollen Victoria Terminus Station und Bombays größter Sehenswürdigkeit, den Türmen des Schweigens. „Als neue Züge seien weitgehende Brandstifterei und Lädenplünderung hervorgetreten“, steht in einem „Times“-bericht (17. 5. 32) vom 16. 5. aus Bombay. Das ist keine erfreuliche Bereicherung! Und es ist ein schlechter Trost, daß die streitenden Hindus und Islambekenner sich gleichmäßig dabei hervortaten.

Wesentlich stiller sind die Aktionen der indischen Fürsten, die (11. 5. 32) L. F. Rushbrook Williams sachkundig schildert. In diesem Kreis lehrt das unbehagliche Gefühl des Erdbebenvorzitterns unter den Füßen, des überhitzten Dampfkessels, der seit 1925—1930 zu langsam angestrebten Einigung etwas rascher nahezutreten. Zwischen der Charybdis des angloindischen Zentralismus, der mit gleicher Tendenz vom Fremdherrentum zum allindischen hinübereutern könnte, und der Szylla auflüpfischer Einzelbewegungen in ihren Staaten hatte ihnen der sog. Butlerbericht eine schwache Hoffnung gegeben. Nun ist ihre Hoffnung erschüttert; die Frage: Zentralismus oder Föderalismus? ist im indischen Zerrungsraum ganz ähnlich gestellt wie im mitteleuropäischen, und hier wie dort sind die einzelnen Steine im Bau von ganz ungleichem geschichtlichem Alter und Wert; verschieden durch Verträge geschützt, die schwer auf einen bündischen Nenner gebracht werden können, der dennoch nötig ist.

Nach derberen Mustern, als die feinen Ränke indischer Fürstenhöfe, arbeitet die NW.-Grenze. Der neue „Sarhad-i-Azad“ erschien in Peschawar unter gekreuzten Schwertern und dem Motto: „Der Islam steht unterm Schatten des Schwerts.“ Er beglückwünscht die oberen Mohmandistämme zu ihrem Erfolg über die regierungsfreundlichen Halimzai Mohmandi, der in einem zweitägigen Brand-, Raub- und Plünderungsfest vom Khapakpaß in das Gandaotal bestand, in einem

Stil, wie ihn Walter Scott seinerzeit für die schottischen Hochländer schilderte. Man kann solche Proben als Nadelstiche vernachlässigenswert finden! Aber sie können, wie das Beispiel der Wirren in Kashmir zeigt, schnell weite Landstriche in Unruhe versetzen; Stichwunden können zu Schwären, Flämmchen zu Bränden werden. Deshalb müssen wir die Einstichpunkte wie die Feuerstellen verzeichnen.

Über der größten Brandstätte des Fernen Ostens errichtet Tadashi Hanaya, ein vorzüglich unterrichteter japanischer Generalstabsmajor, in der Mandschurei einen „japanischen Stahlrahmen“ innerhalb der neuen mandschurischen Regierung mit großzügigen, an „Nationalsozialismus“ („Times“, 17. 5. 32!) gemahnenden Siedlungsgedanken. Innerhalb von vier Jahren soll sein System wirksam werden: Unterbindung weiteren chinesischen Zuzugs, Gemeinschaftssiedlung in Gruppen von 300 und 500 wehrhafter Siedler von Japan aus, Landauskauf gleichläufig mit den neuen Bahnbauten, Ausbau der Seishin-Kainei-Yenki-Tunghwa-Kirin-Changchun-Taonan-Solun-Linie mit direktem, ungefährdetem Anschluß über die Japansee!

Hier offenbart sich wenigstens großer Stil im Anschlag auf eine Lebensraum-erweiterung für das Inselreich, in dem noch etwa 70 Millionen in der Mandschurei, 20 Millionen in der reservierten inneren Mongolei Platz haben. Man fühlt sich also offenbar nicht als „sterbendes Volk“, sondern setzt sich — wie man glaubt — noch rechtzeitig auf Wohnräume für die Volksvermehrung der nächsten hundert Jahre — falls man die Leute hineinbringen kann! Man denkt in diesen Kreisen offenbar — trotz Völkerbundkommission, Sowjetängsten und USA. — eher an ein häusliches Einrichten in dem überrannten wertvollen Land, als an ein Herausgehen; man bereitet ein autarkisches, weiträumiges Kaiserreich vor und drängt eben die Massen auch gegen ihren Instinkt westward-ho! Eine nationalsozialistische Bewegung (Ausdruck der „Times“, die sie ausdrücklich mit „Hitlerism“ vergleicht) habe sich vom Heer aus des ganzen Reiches bemächtigt, will auf die alten, spartanischen Ideale Japans zurück und aus ihnen heraus eine gewaltige Siedlungsbewegung entfachen. Aber vor diesem Silberstreif stehen noch Gewitter. (Hikomatsu Kamikawa in „Gaiko Iiho“ über die furchtbare Zwangsläufigkeit japanischer Außenpolitik. Englischer Auszug: „Transpacific“, 5. 5. 32, S. 4.)

Eines dieser Gewitter steht, zu etwa 280 000 Tonnen Stahl zusammengeballt, mitten über dem Pazifischen Ozean; zwei andere steigen vom Ussuri und von den beiden oberen Amurquellströmen auf, von Moskau, Rot- und Weißrussen publizistisch gespeist, aber durch eine weite Spanne getrennt (K. Radeck; „Iswestija“, 15. 5. 32; Botschafter Matsudaira, Genf, 27. 5. 32). Im Sturmfeld selbst aber ver-raten zahlreiche kleinere Wirbel, daß es nicht beruhigt ist, sondern voller Bildungsmöglichkeit für Teiltiefbildungen steckt, namentlich durch die vielseitige Tätigkeit des schillernden chinesischen Generals Ma: so dicht vor den Außensiedlungen um Charbin, längs der ganzen Strecke der ostchinesischen Bahn, zwischen ihr und dem Amurbogen und in den Waldungen Kirins — wobei mit Recht darauf hingewiesen

wird, daß mit der Wiederbelaubung dieser gewaltigen Laubwaldstrecken der Sicht- und Tätigkeitsbereich der japanischen Fluggeschwader erheblich eingeengt, die Bewegungsfreiheit der „Räuber“ erhöht wurde, was bis zum Oktober dauert. (In China versteht man unter Räubern noch Leute, die mit 20000 Mann und 1000 Reitern umherziehen.)

Wir erinnern uns dabei des Lobhymnus, den vor kurzer Zeit „France militaire“ der bergenden Leistung der französischen Wälder sang. Auch von diesem Standpunkt hat eine zu weitgehende Rationalisierung und Raubausbeutung der Pflanzenwuchsdecken ihre Bedenken.

Wird das pazifische Gewitter der us.amerikanischen Flottenzusammenziehung von den rund 850 000 Tonnen Stahl, die Japan schlimmstenfalls entgegenzustellen hätte, mehr angezogen oder mehr abgelenkt? — Das ist eine Frage mit weitgehender geopolitischer Zukunftsbedeutung, wobei die andere Erwägung naheliegt, daß US.Amerika dabei in Japan gewaltige, dort in sehr produktiven, küstennahen Anlagen steckende Werte verlieren könnte, ja wohl selbst zerstören müßte; und daß Japan, neben Frankreich, augenblicklich der einzige einigermaßen sichere Gerichtsvollzieher für kapitalistische Außenstände im ganzen mittleren und fernen Osten ist. (G. Bronson Rea im Aprilheft der „Far Eastern Review“.)

Diese Tatsache wirkt freilich auf die beiden festländischen, sowjeterzeugten Gewitter eher anziehend („Asahi“, Mai 1932 über russische Umtriebe; „Hochi“, „Nichi Nichi“ gegen Mussolinis „gelbe Gefahr“). Aber auch Sowjetrußland weiß, wieviel es bei einem nicht ganz unvermeidlichen Zusammenstoß mit Japan aufs Spiel setzen muß. Man weiß in Moskau genau, wie dünn und ungleichmäßig widerstandsfähig der schmale, weiße, mäandernde Siedlungsstreif durch Nordostasien ist, auf dessen ganz unzulängliche Verkehrsdurchblutung man sich für örtliche Widerstände nur stützen kann. Man weiß, wie verhängnisvoll ein bloßer Vorstoß der Tarbogan-Pest, vor dem niemand sicher ist: auch ohne Bazillenkrieg, durch bloßes Zusammenballen unreinlicher Menschen, diese hygienisch ganz unzulänglich verwahrten Gebiete entwehren könnte.

Man weiß in Moskau, welcher Schlag es für die jetzige und jede künftige Pjatiljetka wäre, alle Kräfte jäh nur auf Kriegsindustrien und die arg vernachlässigte Verkehrserhaltung werfen zu müssen; man weiß, daß ein im Bürgerkrieg verbrodelndes China wenig verwendbare Kräfte nach außen abgeben könnte — selbst wenn der Sowjetgedanke zu einem rückschlaglosen Siege durchstieße; man weiß, daß man das Amurland mit reiner Gewalt noch nicht hundert Jahre in Händen hat, ganz unvollkommen entwickelt, und daß es — so oder so — an Ostasien wieder heimfallen könnte bis an den Baikalsee; daß also auch ein russischer Appell an die Gewalt zu verzweifelt unberechenbarem Gebrauch zweischneidiger Waffen führen muß.

Alle diese Erwägungen stimmen nachdenklich und legen gerade den beiden

gefährlichsten Einmischungsmächten in Ostasien zunächst eine beobachtende Haltung nahe, bei der sie Aufschlüsse erwarten, wie der vergewaltigte Boden selbst und das Volk auf ihm sich zur Vergewaltigung verhält und welche Kräfte er aus sich selbst zu entfalten vermag. Dieses große X sehen wir keinen der Best-informierten anders als mit höchster Vorsicht in seine Rechnungen einstellen; General Honjo ist sicher nicht leichten Herzens mit seinem Stab von Mukden über Changchun nach Charbin gefahren; und ganz gewiß haben die fünf Völkerbundswächter ernste Folgen daraus gezogen, daß ihnen die Sowjets das Erreichen des Lagers von General Ma (Sakalan) auf dem Südufer des Amur bei Blagowjeschtschensk unmöglich machten, und daß sie auf anderem Wege keine Fühlung dorthin fanden! Im Verkehrstil der Mandschurei steht eben der moderne Salonwagen unvermittelt dicht neben der Völkerwanderungskarre. Der Völkerbundskommission kann es ergehen wie dem Mann im Märchen, der an einem Fuß Siebenmeilenstiefel und am anderen hemmende Pantoffeln trug und darüber ins nordische Eiswasser fiel. Andere warnen sie vor dem heißen Griff in glühende Kastanien, den USA. und SSSR. so gerne anderen überließe. Nur die verantwortungslose Kleinstaatphantasie setzt sich in fröhlichem Redegeplätscher über solche Warnungen vor Lausanne, Genf und Ottawa hinweg. Wer die Verantwortung für das Sein oder Nichtsein von vielen Millionen trägt, der darf es nicht. Er muß „bereit sein“. Und bereit bleiben kann nur, wer nicht als Erster ins Abenteuer tappt. („Transpacific“, 5. 5. 32, über Völkerbunds-Komm.-Reisehemmungen!)

Scharf umrissen steht vor den gestaltungsfähigen Mächten der Erde — (ganz jenseits von der reinlich auf dem schuldbelasteten Boden Nordostasiens überhaupt nicht mehr zu lösenden Rechtsfrage) — die wichtigere geopolitische: Was ist für die Zukunft der Menschheit die beste Lösung der mandschurischen Frage, geopolitisch, vom Standpunkt der höchsten pfleglichen Entwicklung des letzten großen erschlossenen Rückhaltraumes im nördlichen Weizengürtel der Erde leidenschaftslos betrachtet? Diese Lösung drängt auf eine chinesisch-japanische Kooperation! Denn das Gericht für eine chinesische Alleinherrschaft steht in der unvermeidlichen Zukunftsprognose für die mandschurische Kulturlandschaft aus der nordchinesischen Gegenwart bei deren Raubwirtschaft geschrieben. Es ist ein Zeugnis für die geopolitischen Dauerwerte, die in Richthofens Arbeiten stecken, daß man hier fast den Wortlaut seines „China“ (Bd. II, S. 34 und 66g) über die Gefahren der Klimaschwankungen in der Monsunlandschaft und die Folgen der chinesischen Waldzerstörung und Raubwirtschaft an der ständigen Pflanzendecke der Lößsteppen anführen kann, wie ihn auch Wagners Erfahrung in seiner „Chinesischen Landwirtschaft“ als Eidhelfer heranzog. Tatsache ist, daß die sprungweise Hochentwicklung der Bodenleistung und Wirtschaft ohne die japanische Ordnung weder in Korea noch nachher in der Mandschurei möglich gewesen wäre, und daß Korea selbst von 1895 bis 1905, China aber von 1911 (seit dem Sturz der Mandschu-

dynastie) bis 1931 Zeit gehabt hätte, diese Ordnung herzustellen, wenn sie dazu fähig gewesen wären. Sie waren es aber nicht.

Bei dem heutigen dynamischen Entwicklungstempo der Erde ist das Geschick sehr langmütig, wenn es einem Volk zwei Jahrzehnte Zeit läßt, ohne grundstörende feindliche Einwirkung sein Haus neu in Ordnung zu bringen, wenn es schon die eigene evolutionäre Entwicklung durch Zerstörung fast sämtlicher Überlieferungswerte unterbrechen zu müssen glaubt, wie unter anderen das China Dr. Sun Yat Sens. Aber der bodenfremde Ordnungsträger wiederum ist verloren ohne die Bauern, die fleißigen Hände der Söhne Han. Er wird auf sie zurückkommen müssen, wenn er unter einer Viertelmillion Einwanderer nicht mehr als 9000 seiner eigenen Leute in ein unmittelbares Arbeitsverhältnis zu den Bodenschätzen und nicht mehr als 3000 in ein solches zur gelben Erde bringt, wie bisher. Angestellte, Soldaten und Zwischenhändler erschließen keinen Kulturboden, auch wenn sie zu Hunderttausenden ein- und abströmen, sondern nur die Hände an der Axt, am Grabscheit und am Pflug.

S P Ä N E

Waffenschacher

Ein harmloser Wanderer fragt am 10. 6. 1931 den britischen Außenminister nach den letzten Waffeneinfuhrzahlen in China und erhält für 1929 einen Wert von nicht ganz 10,25 Mill. M., für 1930 von rund 18 Mill. Mark allein über die Seezollverwaltung, und darunter aus Deutschland 1929 rund 3,2 Mill. — Der „Official Report“ fügt scheinheilig hinzu: „Ich müßte beifügen, daß die angegebenen Zahlen die Länder angeben, von denen aus die Güter (Europas heiligste wohl?) nach China direkt verschifft werden und nicht notwendig die Erzeugungsländer.“ Da Deutschland bekanntlich keine Kriegswaffen machen darf, verbirgt sich unter der von Deutschland aus verschifften Zahl das blühende Waffengeschäft der Tschechoslowakei, der Skodawerke, mit ihrer Beteiligung von le Creuzot usw. Aber Kapitälwächterinnen des Friedens schnattern die Zahl zu Lasten Deutschlands nach, ohne ihre wahre Herkunft aus der Ägide des Philosophen-Präsidenten auf dem Hradschin zu bedenken.

★

Guter Rat

Lord Lytton für den Völkerbund an die Chinesen:

„Es ist nicht möglich für eine Volkheit, Haß und Feindseligkeit gegen andere Völker und Volkheiten zu hegen und zu pflegen, und dann zu erwarten, daß der Völkerbund einspringt, und sie vor den Folgen einer solchen geistigen Haltung errette und bewahre.“

★

Waikiki und Pearl Harbour!

Angesichts der Skandale auf dem Strande von Waikiki und der Bestrafung us-amerikanischer Marineangehöriger formal zu zehnjährigem Zuchthaus, praktisch zu einer Stunde Tee-Garten-Arrest wegen Ermordung eines Braunen, dem eine weiße Frau am nächtlichen Strande zu nah gekommen war, wurde die Kontrollaufgabe von Admiral Yates Stirling via Richter Seth W. Richardson zu einem verwegenen Eiertanz in Rassenfragen.

Das Wichtigste aus dem Wortlaut steht im „Pacific Affairs“ 1932, S. 432 ff. und verdient, gründlich gelesen zu werden!

„Die Mission der Flotte hier ist von sehr komplizierter Art.“ „Viel Geld steckt schon in der Entwicklung von Pearl Harbour (auf Oahu) als Flottenbasis; und in der Nachbarschaft sind große Massen wertvollster Kriegsstoffe gelagert: Öl, Minen, Munition, Vorräte aller Art... All dies ist praktisch so gut wie schutzlos gegen örtliche Sabotage... das Personal: etwa 4500 Offiziere und Mann, lebt größtenteils in Honolulu... akute Sabotage würde vor oder während dem Krieg die Inselwehr in eine Gefahr bringen, die in Friedenszeiten kaum richtig abzuschätzen ist... ein Zweifrontenkampf wäre möglich...“

Dann folgen schärfste Anklagen gegen Rassengemisch und Blutführung von reichlich neun Zehntel der Inselbevölkerung, wobei gänzlich vergessen wird, daß man ja zu deren Wohlfahrt die Inseln seinerzeit weggenommen hat! Nun werden sie plötzlich wegen „lower intellect“ und „increasing degeneracy“ angeklagt, die ja doch als Folge der Segnungen us-amerikanischer Herrschaft über eine der liebenswürdigsten Bevölkerungen des Pazifischen Ozeans gekommen sein muß, die am Strande von Waikiki auch heute noch von us-amerikanischen Damen als Bademeister usw. geschätzt wird.

Und dann heißt es plötzlich: „Es scheint ein Zug unter denen zu herrschen, die ihr Leben in Hawaii verbringen, zu vergessen, daß die Wichtigkeit der Hawaii-Inseln für die USA. in ihrer Lage als Vorposten im Pazifik liegt und nicht in ihrer landwirtschaftlichen und industriellen Wohlfahrt.“

„Die Hawaii-Inseln sind eine lebenswichtige Festung für die USA. als Ganzes...“ Ganz richtig! Aber wo bleibt da „the white man's burden“, wo bleiben die Gründe, um derentwillen man den Deutschen ihre Kolonien nahm, die nicht als bloße „Festungen“ gedacht waren?

Hier zeigte sich einmal Dollarpolitik und wahrer Imperialismus nackt, sogar in Röntgendurchleuchtung! Hier sollen Quäker und Wohlfahrtsladies die scharfen Brillengläser ihrer allein gepachteten Menschlichkeit ansetzen, aber auch Bünde gegen den Imperialismus, Abrüstungsfreunde usw. und bekennen:

„und mehr erblick' ich, als mich freut“ — um einmal Schiller im Goethe-Jahr zu zitieren! —

★

Gibt es Unmöglichkeiten?

Oberstleutnant Y. Kasahara, aus Moskau rückkehrender jap. Militärattaché, erklärt das Gerücht möglichen Zusammenwirkens zwischen Sowjets und USA. „gegen andere Länder“ als unbegründet in den Tatsachen. „Es ist möglich, daß beide Länder bis zu einem gewissen Grad in der Theorie zusammenarbeiten, aber absolut unmöglich, daß sie etwas Positives zusammen unternehmen.“ Auch umgekehrt könnte gefahren werden! Hielt man nicht auch bei uns die Kooperation zwischen Eisbären und Walfisch für unmöglich? — Und doch trat sie ein, als der Vorteil beiderseits groß genug schien!

★

Ein Russenfreund?

Senator Borah, ein alter Befürworter der Anerkennung der Sowjets durch die USA. meinte, „er wolle im Augenblick die Anerkennung der Russen noch nicht als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des USA.-Senats zur Debatte stellen, weil das Volksgefühl dafür noch nicht reif sei.“

Seit zehn Jahren hat Borah die Anerkennung der Sowjets bei jeder Gelegenheit befürwortet. Ist ihm nun auf einmal die Luft zwischen Moskau und Tokio zu dick? Oder denkt er an den alten Seefahrertrunk: „Not yet -- but now“ — mit dem eine brennende Flüssigkeit hinuntergestürzt werden mußte?

Borah ist ein Freund überraschender, gegensätzlicher Wendungen. So war er gegen den Völkerbund, gegen die Schuldenabkommen, gegen Nikaragua-Ränke, gegen Weltgerichtshof. Nun ist er aus Abrüstungswünschen für die Russenankennung, „weil man nicht zu Frankreich, Tschechoslowakei, Südslaven und Rumänen gehen könne, und sagen: Ihr habt zuviel Soldaten, wenn Rußland mit seinen 600000 dicht dabei stehe, und die USA. — 8000 km seitab — sie nicht anerkennen wollten“.

Hier reichen sich einmal Widerspruchsgeist und Ferngefühl die Hände!

HANS OFFE:
Der Staaten-Spiegel I
 Ein Entwurf

Wie die äußeren Organisationen der Gesellschaft in den Verbänden der Familie, der Gemeinde, der Kirche, des Staates aus dem lebendigen Zusammenhange der Menschenseele hervorgegangen sind, so können sie schließlich auch nur aus diesem verstanden werden. Psychische Tatsachen bilden ihren wichtigsten Bestandteil, ohne psychische Analyse können sie also nicht eingesehen werden. Sie entfalten Zusammenhang in sich, weil Seelenleben Zusammenhang ist.

Wilhelm Dilthey, Ideen über eine beschreibende und zergliedernde
 Psychologie (1894).

Erblickte Fr. Ratzel in der politischen Geographie einen Teil der Geographie der Lebewesen, so ist R. Kjellén aufs tiefste überzeugt, daß die von ihm erfaßte Einheit staatlichen Gesamtdaseins eine solche „des Lebens und der Persönlichkeit“ bedeutet. Nun hat ja die allgemeine Staatslehre die Idee der Staatspersönlichkeit seit vielen Menschenaltern vertreten. Allein Kjellén gebührt das Verdienst, den großen Gedanken folgerichtig weiter entwickelt zu haben. Entscheidend ist für ihn: die Einheit in der Vielheit, die Zweckhaftigkeit und die Individualität. Mit der neueren Staatswissenschaft setzt sich Kjellén im „Staat als Lebensform“ ein für die Auffassung eines „überindividuellen Lebens, das ebenso wirklich ist wie die Privatindividuen, nur unvergleichlich viel größer und mächtiger in seinem Entwicklungsgange“. Dergestalt gelangt er in allen wesentlichen Punkten und nahezu wörtlich übereinstimmend zu derselben Wesensbestimmung, die William Stern vom Staat als einer „Überpersönlichkeit“ gibt. Es liegt nahe anzunehmen, daß die neuzeitliche Persönlichkeitsforschung fruchtbare Gesichtspunkte bietet zu einer Wirklichkeitsanalyse der staatlichen Gebilde.

Bemerkenswert hinsichtlich der Methode erscheint zunächst der Ausgangspunkt, der völkerrechtliche Staatsbegriff, von dem aus Kjellén einen ersten Schritt in der angedeuteten Richtung unternimmt. Man lese nach, was das staunenswerte 1. Kapitel im „Staat als Lebensform“ über die Staaten als Träger der Balkankrise von 1908 zu sagen hat. Diese Analyse verleitet aber den Verfasser dazu, die Persönlichkeit der Staaten ganz vorwiegend unter den Gesichtswinkeln zu betrachten, die man zusammenfassend als „Haltung“ bezeichnet. Das Kennzeichnende des Persönlichkeitsbegriffs wird im übrigen darin erblickt, daß „die Entwicklung der Staaten im Kampf ums Dasein sich in der Richtung höherer geistigerer Bestimmung vollzieht“. Im ganzen betrachtet Kjellén angesichts der psychophysischen Doppelnatur des Staates „die Diskussion über den Charakter des Staates als abgeschlossen“.

Über eine solche Enge der Auffassung gilt es zu einer charakterologisch-allseitigen Würdigung der Staatspersönlichkeit zu gelangen. Diese Forderung aufstellen,

heißt zugleich auf die erheblichen Mängel gesicherter Ergebnisse, teilweise auch der Methoden, den Blick lenken. Erwägt man, daß das Gesagte bereits für das Gebiet der menschlichen Einzelpersönlichkeit gilt, so begreift sich ohne weiteres, daß sich die folgenden Ausführungen auf einige wenige der hervorstechendsten Punkte beschränken müssen. Überhaupt aber kann heute noch über Dinge, die so wenig greifbar sind wie die vorliegenden, eigentlich nur aphoristisch gesprochen werden und mit immer neuem Ansatz; das gilt für diesen allgemeinen Teil, aber auch für die darauf folgenden Beispiele. —

Eine ergänzende Betrachtung staatlichen Innenlebens lenkt den Blick ab von der Mannigfaltigkeit der Eindrücke und Gefühle, aber auch von der entsprechenden praktisch-politischen Einstellung, wie sie die auswärtige Politik zwangsläufig im Gefolge hat. An die Stelle der Ansprechbarkeit von außen, überhaupt der Gesamthaltung, tritt einmal die fast unübersehbare Fülle der im inneren Staatsleben wirkenden materiellen und geistig-seelischen Kräfte und Fähigkeiten (Material); es werden sichtbar die Bedingungen des jeweiligen Ablaufs der Innenvorgänge (Gefüge—Struktur, d. h. der gesamte Mechanismus im Kampfe um die Gestaltung staatlicher Machtverhältnisse); die „Artung“ als Inbegriff letzter Triebfedern und allgemeinsten Denkrichtungen offenbart sich (z. B. Staatsidee); schließlich macht der „Aufbau“ (Tektonik) als Oberbegriff das Verhältnis aller gefundenen Erscheinungen zueinander klar.

Dem naheliegenden Einwand, die genannten Gesichtspunkte seien z. T. schon auf weite Strecken zum Gegenstande der Forschung gemacht worden, ist entgegenzuhalten, daß die bei weitem wichtigste Aufgabe der charakterologischen Darstellung des Staatslebens in der Idee der Ganzheit der Staatspersönlichkeit beschlossen liegt. Die durchgängige Gefahr der Gewinnung von Trugschlüssen vermittels isolierter Betrachtung politischer Tatsachen tritt von unserm Standpunkt offen zutage (vgl. unten Beispiel 1). Fast könnte man versucht sein, als Vergleich die exakte Psychologie heranzuziehen: wie diese, nach einem vielgebrauchten Worte, „Psychologie ohne Seele“ sein sollte, so fehlte auch der Erforschung staatspolitischer Tatsachen nur zu häufig die deutliche Beziehung auf ein letztes Substrat, das wir als die Staatspersönlichkeit bezeichnen. Wer nun vollen Ernst macht mit der Idee der Ganzheit in ihrer Anwendung auf unsern Gegenstand, wird sich entschließen müssen, das Rüstzeug neuzeitlicher Persönlichkeitsforschung anzuwenden — zunächst ohne Rücksicht auf die Sonderfrage, inwieweit die Überperson, im Vergleich zu der menschlichen Person, in vielen Stücken veränderte Voraussetzungen und Methoden künftig erfordern sollte.

Eine Ermutigung zur folgerichtigen Aufarbeitung im Geiste der Persönlichkeitsforschung schafft Kjellén selbst, indem er die Beziehungen zwischen Staat und Reich, zwischen Staat und Volk durchaus ähnlich auffaßt, wie es die Persönlichkeitsforschung der Gegenwart mit dem Problem „Körperbau und Charakter“ tut: „Das

Verhältnis zwischen Staat und Reich nicht etwa das eines Eigentümers zu seinem Eigentum, sondern ein inneres, das sich am besten mit demjenigen zwischen einem Menschen und seinem physischen Körper vergleichen läßt.“ Und weiterhin: „In der Verbindung des Naturwesens der Nation und des Vernunftstrebens des Staates liegt der moderne Staatsgedanke in seiner größten Tiefe; dort spiegelt sich auch der Charakter dieser Lebensform am klarsten ab — nicht der reine Trieb, auch nicht abstraktes Recht, sondern das reine Licht des Rechts muß sich in einem nationalen Temperament wie in einer Atmosphäre brechen und gelangt nur so zu seiner Rolle in der Geschichte.“

Der Staat als Persönlichkeit mit seinen Grundmerkmalen: Vieleinheit, Zweckwollen und Besonderheit stellt also eine Ganzheit besonderer Art dar; als solche ist sie eigentlich nur auf dem Wege der Anschauung zu erfassen, jedenfalls mit begrifflicher Sauberkeit kaum erschöpfend zu bestimmen — eine Behauptung, die bereits in der unübersehbaren Zahl der bezüglichen Definitionsversuche seitens der allgemeinen Staatslehre eine gewisse Rechtfertigung findet. Wesentlich sind dieser Ganzheit die Glieder, die sinnvoll aufeinander bezogene Momente des Ganzen darstellen und sich damit zu einer höheren Einheit fügen, als zu einem Ganzen, „das sein Wesen verliert, wenn ihm etwas genommen wird“. So gesehen, bietet der Staat fraglos manche wichtigen Ähnlichkeitspunkte mit der Auffassung vom menschlichen Körper seitens der neuesten Medizin. Es ist gewiß nicht zufällig, wenn die medizinische Wissenschaft unsrer Tage den Konstitutionsbegriff wieder in den Vordergrund zu stellen beginnt. Liegt nicht letztlich derselbe Grundgedanke vor in Kjelléns an bemerkenswerter Stelle ausgesprochenem Wort von der erhofften „Verbesserung der Staatspersönlichkeit zu immer größer werdender Vollkommenheit“ und von einem „Glauben an einen höheren Staatstypus, der einen Vernunftzweck klar erkennen läßt“? Hier wie dort die klare Vorstellung einer Ganzheit psychophysischer Art; diese Ganzheit beide Male als notwendige Voraussetzung gedacht — dort der Heilung und Kräftigung, hier der Emporentwicklung weitemfassenden Ausmaßes. Sollte also die Idee der geopolitischen Konstitution als Inbegriff der Staatspersönlichkeit charakterologischen Sinnes nicht erörterenswert sein?

Im besonderen wird eine künftige „vergleichende Politik“, wie sie auch Kjellén vorschwebte, einer vermittels charakterologischer Einsichten vertieften Erkenntnis der Staatspersönlichkeiten nicht entbehren können.

Gegenüber einer weitverbreiteten Ansicht muß davor gewarnt werden, daß man das Wesentliche für die Überperson des Staates im „Bewußtsein-Haben“ erblickt; andererseits bedarf es schwerlich einer Auseinandersetzung darüber, daß im allgemeinen die Ausprägung der Staatspersönlichkeit im Verlaufe ihrer geschichtlichen Entwicklung mit derjenigen ihres Selbstbewußtseins — als Korrelates des Außenweltbewußtseins — Hand in Hand geht. Wie weit sich im einzelnen die Analogie mit dem persönlichen Selbstbewußtsein erstreckt, wäre von einer künftigen For-

schung festzustellen. Die wertvollen Beiträge von Kjellén, K. Haushofer u. a. zu den eben angedeuteten Punkten von grundlegender Wichtigkeit erheischen weiterhin die systematische Untersuchung der Bewußtseinsgrade staatlichen Lebens; die Reichweite ihrer Skala wie auch ihre gelegentliche Sprunghaftigkeit dürfte nicht so leicht zu überschätzen sein (Deutschland August 1914!).

Gilt als integrierender Bestandteil des Personbegriffs die individuelle Einheit, die Fähigkeit zu zielbewußtem Tun sowie die Selbständigkeit, so würde in der angedeuteten Forschungsrichtung weiterhin liegen die des Staats-Ich, als des einheitlichen Subjekts individueller Erlebnisse (z. B. das deutsch-belgische Problem 1906—1914), nach allen seinen Kategorien, bis hin zu den praktisch besonders erörterungsbedürftigen Fragen der Ich-Masken (vgl. unten Beispiel 3) und der Selbsttäuschungen. Neues Licht dürfte von unserer Einstellung noch zu erhoffen sein für das zu sehr vernachlässigte Kapitel der politischen Fiktionen, nicht weniger auch für Sonderprobleme wie das der Spaltung der Persönlichkeit (Britisches Weltreich!). Ob ferner nicht das System der geopolitischen Typen aus einer Nachprüfung vom charakterologischen Standpunkt gewinnen könnte? — Sicherlich wäre das geopolitische Gesetz der Genesung von dem Gebiet des Staatsorganismus auf die gesamte Persönlichkeit auszuweiten. Das Problem des „Materialverlustes“ etwa in der Gestalt des Prestigeverlustes legt z. B. vergleichende Fragen nahe wie diese: Wie bewertet ihn Frankreich, wie England? Inwiefern kann die Stellung zum Prestigeverlust als Ausfluß der Staatspersönlichkeit gelten? (Faschoda, Afghanistan!) Wie muß im ganzen der Charakter der staatlichen Überperson beschaffen sein, um der durch Materialverlust (dieser oder jener Natur) drohenden Gefahren charakterologischer Umbildung zu entgehen? usw. —

Die vorliegenden Ausführungen beschränken sich bewußt auf die neuzeitlich-europäisch-amerikanische Kulturwelt — die gesamte asiatische, vor allem die chinesische und die indische Geschichtswelt, wie fast ausnahmslos die politischen Machtgebilde aller früheren Zeiten, wissen ja nichts von den ausgedehnten Beziehungen der modernen „Staaten“ europäischen Gepräges zum Individuum, zum Kapital und zum Militarismus; und dazu der grundverschiedene territoriale Charakter! Berufenen sei es überlassen, die entsprechenden Probleme über den hier angedeuteten Bereich hinaus zu entwickeln.

(Fortsetzung in Heft 8.)

HANS HUMMEL: Büchertafel

Das 20. Jahrhundert

4. **Werner Sombart:** Die Zukunft des Kapitalismus. 45 S. Buchholz u. Weißwange, Berlin 1932. Geh. 90 Pfg.

S.s. Bekenntnis zur Entwicklung: Planwirtschaft und Autarkie werden die Merkmale der Zeit sein, die dem Kapitalismus alter Art folgt. Er nennt es: rationalisierter Kapitalismus.

5. **Reinhard Lautermann:** Not durch Überfluß. 48 S. Selbstverlag, Berlin o. J. Geh. 60 Pfg.

Ein Enthusiast rollt das Währungs- und Goldproblem von der soziologischen Seite auf, zeigt die Schäden einer überalterten Geldtheorie und macht interessante, aber wissenschaftlich nicht genügend fundierte Abänderungsvorschläge.

6. **Fritz Schumacher:** Der „Fluch“ der Technik. 30 S. Boysen u. Maasch, Hamburg 1932. Geh. 80 Pfg.

Sch. fordert gegen Spengler eine Be-seelung der Technik, die auch Natur ist, Ausfluß menschlichen natürlichen Intellektes. Mit Recht fragt Sch. nach dem Kausalzusammenhang zwischen Massenhäufung und Technik; denn es steht nicht so fest, daß die Technik erst die Massenhäufung herbeigeführt hat, das Gegenteil ist fast leichter beweisbar.

7. **Otto Corbach:** Offene Welt. 352 S. Rowohlt, Berlin 1932. Geh. 7 M., geb. 9 M.

Ein interessantes Handbuch zur Philosophie der Außen- und Innenkolonisation und ihrer Aussichten. Nicht erfreulich die versteckte kommunistische Tendenz und der in vielem unberechtigte Haß gegen USA. Programm: Weltplanwirtschaft ohne regionale Autarkie.

8. **Hugo Rachel:** Kulturen, Völker und Staaten von Urbeginn bis heute. XII, 544 S. Sieben-Stäbe-Verlag, Berlin 1931. Ln. 3,75 M., Hbld. 4,80 M.

Es ist interessant, in unserer Zeit der politischen und weltanschaulichen Wendung das Resümee der kulturgeschichtlichen Entwicklung seit dem ersten Menschen zu ziehen. R. hat auf 500 Seiten den gewaltigen Stoff so knapp zusammengefaßt, daß die großen Züge sichtbar werden und eine brauchbare Einführung entsteht. Aber ob der Ruf R.'s nach europäischem Zusammenschluß wirklich logisch aus früheren Entwicklungen erwächst?

9. **Hello von Gerlach:** Le problème franco-allemand. Revue de l'Université de Lyon, 1932, H.1/2, S. 23–38. Lyon 1932.

Ein höchst unangenehmer Beitrag einer deutschen Verständigungswühlmaus zum deutsch-französischen Problem, in einem

Sammelheft, das — von unbefugten und unbedeutenden Hintertreppenpolitikern zusammengestellt — dem europäischen Frieden dienen will, für den G. nur einen Feind sieht: Hitler.

Deutsche Innenpolitik

1. **Hermann Hass:** Freiherr vom Stein. (Deutsche Volkheit 77.) 86 S., 6 Abb. Diederichs, Jena 1931. Geb. 2 M., Ln. 2,80 M.

Eine knappe Biographie mit gut aus-gesuchtem Material, erschienen im Jahr des 100. Todestages Steins, den die deutsche Republik zu ihrem Helden erkoren hat, obgleich er ihr heute sicher sehr unbequem werden würde.

2. **Fritz Klein:** Auf die Barrikaden? 116 S. Hanseat. Verlagsanst., Hamburg und Berlin 1931. Geh. 2 M.

Nur ein starker nationaler Staat mit Auto-rität, Würde und ausreichendem Lebensraum, mit Wiederherstellung des deutschen Ansehens in der Welt kann das Ziel unserer Politik sein. Ohne Barrikaden — auf dem Wege der Brüningpolitik als Übergangslösung. Die Wirtschaft wird zum Problem zweiten Grades, aber zum Problem des Staates.

3. **Das Problem des Reichsrates.** 244 S. Bund zur Erneuerung des Reiches, Berlin 1930.

4. **A. Weitzel:** Deutschlands Neugliederung nach dem „Frankfurter Entwurf“. 4 S., 44 S. Tab., 1 Karte. Ravenstein, Frankfurt a. M. o. J. Geh. 3 M.

5. **Nordmark.** Eine Denkschrift zur Reichsreform. Hrsg. G. Bartsch u. a. Lübeckische Gesellschaft für Reichsreformfragen, Lübeck 1932.

6. **Siegfried Berger:** Betrachtungen über die kulturelle Aufgabe Mitteldeutschlands. Sonderdr. aus Kreis der Städte, 1932, H. 1/2. 5 S. o. O. 1932.

7. **Hermann Brill:** Reichsreform, eine thüringische Schicksalsfrage. 102 S. Stritzke, Altenburg (Th.) 1932. Br. 1,50 M.

Der Bund z. Ern. d. Reiches (3) wendet sich in seiner dritten Schrift dem Ausbau des Reichsrats (zweite Kammer) unter Einbeziehung des RWR. zu, d. h. einer Aktivierung des Reichsrats über die regionale Gliederung hinaus. Die Denkschrift beweist, unterstützt durch eine ausgezeichnete Literatursammlung, die Möglichkeit dieses Ausbaus und kommt zu einer interessanten, wenn auch nicht befriedigenden Lösung. Es müßte eine Zerschlagung Preußens vorausgehen, dann die neuen, ehemals preußischen Länder den alten gleichgesetzt werden. So etwa sieht es auch der Frankfurter Entwurf vor, den

Weitzel (4) mit interessanten Statistiken zu stützen sucht. In vielem eine gekünstelte Lösung, in manchem geopolitisch wirksam und richtig gesehen. Wichtiger die Kleinarbeit, die nun schon überall einsetzt, aber die Gesamtlösung erschwert: die Nordmark ist ein schlagendes Beispiel. (5) kommt aus Lübeck und ist völlig ostseegelenkt. Es ist kaum denkbar, daß die untere Elbemündung zur Grenze zweier Reichsländer werden kann, Hamburg würde sein Hinterland, Obersachsen und Berlin, verlieren. Alle für die Nordmark wichtigen Verkehrslinien — außer dem Nordostseekanal — haben nordsüdliche Richtung, die ostwestliche nach Stettin ist unwesentlich und nur im Interesse Lübecks.

In (6) wird eine neue Seite des Problems Mitteleutschland angeschnitten: es kann keine Einheit im Sinne Ost-, West- oder Süddeutschlands sein, es ist verbindend, ausgleichend. (7) scheint bedenklich: die Pläne eines Greilministers für das Land Thüringen, aber vor den Preußenwahlen geschrieben, und zwar wird Anschluß an Preußen oder eine Provinz im neuen demokratischen Mitteleutschland der Reichseinheit, was parteipolitisch dasselbe bedeutet, sehnlichst gewünscht. Die gegebene Begrenzung des neuen Thüringen ist richtig gesehen.

8. **Otto Haußleiter:** Verwaltungsgliederung und Reichsreform. Zeitschr. f. d. ges. Staatswiss., Bd. 92, S. 212–237. Mohr, Tübingen 1932.

Die mögliche Verbindung besonderer Verwaltungsbezirke mit der Reichsreform wird hier ähnlich erwogen, wie es H. im H. 6 der Zeitschr. f. Geopolitik ausführt.

Geographie

1. **Meyers Volksatlas.** 34 Haupt-, 52 Nebenkarten, Reg. mit 30 000 Namen. Bibliogr. Institut, Leipzig 1932. Geb. 6,90 M.

Man sollte diesen knappen, ausgezeichneten, nebenbei billigen Atlas jeden Morgen beim Zeitunglesen zur Hand haben.

2. **Kurt Krause:** Geographische Kausalprofile. 48 S. mit 39 Profilen. Hirt, Breslau 1930. Kart. 2,50 M.

Eine für Schüler gedachte Sammlung von Profilen, die — gut ausgewählt — die Erkenntnis geologischer Zusammenhänge erleichtert.

3. **Johannes Matz:** Geographische Wanderungen durch die Mark Brandenburg. 142 S., 28 Skizzen. Reimer, Berlin 1931. Geh. 3 M.

Gründliche eigene Anschauung und sorgfältige Benutzung der wissenschaftlichen Ar-

beiten. Dankenswert, daß über dem vielen Geographischen die wirtschaftliche Bedeutung Berlins nicht vergessen wurde, das ja einen großen Teil zu der Landschaftsgestaltung der Mark beigetragen hat.

4. **Liselotte Kayser-Boelitz:** Das Land an der unteren Nahe. (Rhein-main. Forsch., hrsg. H. Schrepfer, H. 5.) 121 S., 11 Karten. Brönnner, Frankfurt a. M. 1931. Geh. 3,50 M.

5. **Gerhard Endriss:** Stadtgeographie von Ulm an der Donau. 103 S., 1 Karte, 8 Abb. Selbstverlag, Ulm o. J.

Die erste Dissertation (4, bei Norbert Krebs) bringt in außerordentlich fleißiger Arbeit eine Monographie über ein kleines deutsches Teilgebiet. Hauptteil: Besiedlung, Bevölkerung und Wirtschaft des Nahelandes, lebendig gemacht durch die auf Grund vieler Wanderungen erweckte Liebe zu diesem Stück deutscher Erde. In der zweiten Dissertation (5, bei Carl Uhlig), auch aus Liebe zur Heimat entstanden, beweist E. ein eingehendes Studium aller Quellen. Die interessante Entwicklung der im Mittelalter wichtigen Brückensstadt, des Endpunktes der Donauschiffahrt, das spätere Absinken zu geringerer Bedeutung ist ein augenfälliges Beispiel für die Tragik so vieler süddeutscher Klein- und Mittelstädte.

6. **Philipp Borchers:** Berge und Gletscher im Pamir. 260 S., 111 Abb., 2 Karten. Strecker u. Schröder, Stuttgart 1931. Geb. 12 M.

Der bergsteigerische Ergänzungsbericht zu dem Buch von Rickmers über die Alai-Pamir-Expedition 1928. Lebendige, humorvolle, durch spannende Situationen gewürzte Schilderung des Kampfes mit Gelände und Klima. Fabelhafte Photos.

7. **Handbuch der geographischen Wissenschaft.** Hrsg. Fritz Klute. Lief. 32–36. Akad. Verlagsanst. Athenaion, Wildpark-Potsdam 1932.

Lieferung 36 ist das Schlußheft für Australien. Mit Lieferung 33 und 35 wird die neue Abteilung Vorder- und Südasien eingeleitet; Mitarbeiter: Ulrich Frey, Oskar von Niedermayer, Paul Rohrbach, Hermann von Wißmann, L. van Lauren, Walter Behrmann. Lieferung 32 und 34 sind Fortsetzungen der Abteilung Südost- und Südeuropa. Alles in der bekannten guten Ausstattung und Gründlichkeit.

8. **Oswald Muris:** Kartenkunde. 93 S., 16 Abb. Beltz, Langensalza 1932, Gh. 2,25 M.

Eine aus eigener Praxis zusammengetragene Einführung für Lehrer der unteren Klassen von dem bekannten Schulgeographen.